Nr. 3/1994 9. Jahrgang Einzelpreis 7 DM 1P 4356 F

die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik

SCHWERPUNKT KIDS

Sechs KrüppelInnen an vier Computern in zwei Wohnungen; hektoliterweise Bohnenkaffee, hemmungsloser Tabakabusus, und immer wieder: Nudelsalat! Das sind in Kurzform die Rahmenbedingungen der Redaktionssitzung an einem grauen Augustwochenende. Dauerschniefende Redakteurinnen und Redakteure mit Himmelfahrtsfrisur (morgen i s t Himmelfahrt!) geben ihr letztes, um die maßlos überzogenen Erwartungen der LeserInnenschaft einmal mehr überzuerfüllen.

•••

Immer wieder Nudelsalat.

•••

Die "randschau" wird 10 Jahre alt!!! Noch nicht gleich, aber immerhin so bald, daß wir uns so langsam Gedanken machen, wie wir dieses Ereignis gebührend würdigen können. Die Tatsache, daß wir nach fast einem Jahrzehnt gegen alle Wahrscheinlichkeit immer noch nicht pleite sind (auch wenn wir in unserem Faltblatt das Gegenteil behaupten) und daß es uns gelingt, immer wieder eine lesbare, interessante und unbequeme Zeitung zu machen, ist uns doch ein FEST wert. Alle, die auch finden, daß 10 Jahre "randschau" ein Grund zum Feiern sind, sind aufgerufen, sich mit Ideen, Lust und Engagement einzubringen. Meldet euch bei den Redaktionsadressen! Voraussichtlicher Termin ist im Frühsommer 95.

•••

Schon wieder Nudelsalat.

•••

Einen Beitrag, damit diese Zeitung auch in ihrem zweiten Jahrzehnt über die Runden kommt, hat der "Ökofond" der bayrischen Grünen/Bündnis 90 geleistet. Mit einer großzügigen Spende wurde die technische Ausstattung der Redaktion München finanziert. Herzlichen Dank auch! Dies gilt natürlich ebenso für alle anderen SpenderInnen, die uns auf diese Weise das Weitermachen ermöglichen. Wärmstens zur Nachahmung empfohlen, denn über den Berg ist die "randschau" noch lange nicht; von unserem Ziel, daß die Zeitung sich finanziell selber trägt, sind wir noch weit entfernt.



•••

Nudelsalat.

•••

Auf unerwartet heftige Resonanz sind unsere Faltblätter gestoßen. So heftig, daß wir mit dem Versand nicht mehr nachkommen. Wer bestellt hat, muß sich noch etwas in Geduld üben, denn die zweite Auflage ist gerade im Druck. Wer es noch nicht getan hat, möge das schleunigst nachholen, denn kein ambulanter Dienst, keine Einrichtung (sofern nicht bereits aufgelöst), keine Unibibliothek darf von der "randschau"-Werbekampagne verschont bleiben! Demnächst gibt es zusätzlich ein massenwirksames "randschau"-Poster mit dem gleichen Motiv, zu bestellen bei der Redaktion Kassel (siehe Impressum).

•••

Was essen wir heute? Na was wohl?

•••

Wenn den Layouter ein Anfall von maßloser Selbstkritik überkommt, bezeichnet er diese Zeitung als Bleiwüste. Das ist erstens falsch und zweitens gelogen, denn die "randschau" ist immer auf der Suche nach guten Bildern. Wer also radikale, subversive, taktlose oder einfach nur schöne Fotos besitzt, sollte diese ohne Zögern uns zukommen lassen. Pflegliche Behandlung und Rückgabe sind zwar nicht garantiert, aber ehrlich beabsichtigt.

•••

Nudelsalat forever!

•••

In der letzten Ausgabe haben wir angekündigt, daß wir regionale LeserInnen-Foren planen. Zwar sind wir über das Stadium des guten Willens noch nicht hinausgekommen, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und wer sagt eigentlich, daß die Initiative immer von der Redaktion ausgehen muß?

•••

Guten Appetit wünscht

DIE REDAKTION

INHALT

SCHWERPUNKT - KIDS



Rezensionen

RUBRIKEN

Aus aktuellem Anlaß: Schwerpunkt-Fotos der Redaktion

Ursula Aurien
Thomas Schmidt
Ulrike Lux
Volker van der Locht
Martin Seidler
Jörg Fretter

VORSCHAU

Heft 4/94
Schwerpunkt:

Die Linke und Behinderung

Viele politisch interessierte bzw. engagierte Behinderte begreifen sich mehr oder weniger bewußt als "Linke".
Grund genug zu fragen:
Was ist eigentlich "die Linke", gibt es sie überhaupt (noch)? Ist, wer sich für die Rechte Behinderter einsetzt, automatisch "links"? Oder sitzen wir zwischen allen Stühlen? Was für Vorstellungen, Utopien haben wir gemeinsam und was trennt uns? Welche Bedeutung hat die Auseinandersetzung mit Behinderung für Menschen, die sich als "links" verstehen? Welche Motive haben Behinderte, sich in linken Zusammenhängen zu engagieren, und welche Erfahrungen machen sie?

Wir freuen uns über Ideen, Artikel und sonstige Beiträge. Wer sich beteiligen will, kann sich bei
Thomas Schmidt
Planeggerstraße 10
81241 München
Tel.: 089 / 88 88 598
oder den anderen Red.adressen melden.

Redaktionsschluß:
15. Oktober 1994
erscheint Anfang/Mitte Dezember

INTEGRA 94

Vom **22. bis 24. September 94** - also für Kurzentschlossene - findet **in Altenhof am Hausruck (Österreich)** die "integra - fachmesse für rehabilitation und integration" statt; mit Fachmesse, Bildungsprogramm, Aktions-(Kultur)programm, Symposion "Ge-hinderte Kommunikation" und einer Sonderausstellung des Landes Brandenburg. ReferentInnen u.a.: Oliver Tolmein (Wann ist der Mensch ein Mensch?), Ingolf Österwitz (Selbstbestimmt Leben - Paradigmenwechsel in der Behindertenarbeit?), Adolf Ratzka (Lebenssituation behinderter Menschen in Europa), Ursula Eggli u. Barbara Kreilinger (ein workshop nur für Frauen zum Thema "Sexueller Mißbrauch behinderter Frauen"). Podiumsdiskussionen: am 22.9. zum Thema "Behinderte und Medien", am 23.9. "Perspektiven europ. Sozialpolitik". Jeden Vormittag um 11.00 Uhr veranstaltet Lyxda Zydel aus den Niederlanden, selbst Rollstuhlfahrerin, eine Demonstration zu Selbstverteidigung.
Organisationsbüro: Tel.:+ 43(0)7735/ 6631204 fax: +43(0)7735/6631300 (8.00 bis 16.30 Uhr)
Bildungsprogramm: Johann Tausch, Tel. 0 7235/5809

EINLADUNG

Am 23. September 94 wird **Automom Leben in Hamburg 10 Jahre alt!** Auf dem Programm stehen feiern und nachdenken.

11 Uhr Empfang
14 - 16 Uhr Arbeitsgruppen:
1 Frauen und Mädchen mit Behinderungen (Birgit Schopmanns), 2 Was bringt uns ein Antidiskriminierungsgesetz? (Ottmar Miles-Paul), 3 Rationierte Medizin und Sozialabbau - Wieviel behinderte Menschen will sich die Gesellschaft noch leisten? (Gerlef Gleiss)
16.30 - 18 Uhr Berichte aus den AGs, Vortrag: Neue Gefahren - nicht nur von Rechts, auch aus der Mitte! (Udo Sierck)
ab 20 Uhr Musik, Tanz, Spaß
Freitag, den **23 September 94 in der MOTTE, Eulenstr./Ecke Rothestr., Hamburg (Altona)**

Anmeldung: Autonom Leben, Eulenstr. 74, 22763 Hamburg-Altona. Tel. (040) 39 66 25 fax 390 70 78

HAMBURGER ASSISTENZ GENOSSENSCHAFT (HAG) GEGRÜNDET

Am 1. Juli 94 hat die HAG, eine "Tochter" von Autonom Leben, ihre Arbeit aufgenommen; sie organisiert Assistenz für behinderte, alte und kranke Menschen. Ein Genossenschaftsanteil kostet 250 DM. Die Inanspruchnahme der Dienstleistungen ist aber auch "selbstverständlich ... Nicht-GenossInnen" möglich.
Büro: Antonistr. 3, 20359 Hamburg. Tel. 311210/20. fax 317 52 28. Öffnungszeiten Mo - Fr 9 - 17 Uhr

ARBEITSKREIS BEHINDERTER BEI BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN GEGRÜNDET

"... in die Offensive gehen und effektiver für die Belange Behinderter in der Partei und der Behindertenpolitik allgemein eintreten." lautet das Ziel des Arbeitskreises. In einem feurigen Appell anläßlich der Gründungsversammlung forderte Sprecher Andreas Jürgens, Kandidat für den Bundestag, *"den längst fälligen Wandel in der Behindertenpolitik und die Ablösung der für uns Behinderten außerordentlich schädlichen Kohl-Regierung."*
Infos c/o Andreas Jürgens, Goethestr. 12, 34117 Kassel. Tel 0561/13116

VIDEOFILM ZUM "WELTKONGREß FÜR SOZIALE PSYCHIATRIE 1994"

"Abschied von Babylon" lautete der Titel des 14. Weltkongresses für Soziale Psychiatrie, der v. 5. bis 10. Juni 94 in Hamburg mit über 3.000 TeilnehmerInnen stattfand. Sowohl in der Vorbereitung wie in der Durchführung des Kongresses waren Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige beteiligt. Der Film ist, wie das Organisationskommitee mitteilt, ein athmosphärischer Bericht über Arbeitsgruppen, Symposien, Kulturprogramm und enthält auch einige Interviews mit Referenten. Dauer: 50 Minuten. Kosten: 30,- DM
Zu bestellen bei: DGSP, Stuppstr. 14, 50823 Köln. Tel. 0221/511002



"EIN HISTORISCHER TAG"

"... von den passiven Objekten der Fürsorge anderer hin zu aktiven Mitgestaltern des politischen Geschehens... wir alle zusammen haben es geschafft". (Andreas Jürgens)
Am 30. Juni verabschiedete der Bundestag in Berlin nach langem Hin und Her die Aufnahme des Benachteiligungsverbotes für behinderte Menschen in den Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz. Also Grund zur Freude und zum Feiern. Es war schon faszinierend, wieviele Leute extra aus "Wessiland" angereist waren! - Der "Segen" durch den Bundesrat steht allerdings noch aus.
Bis heute wird gerätselt, wie der Stimmungsumschwung zu erklären ist. Fast 20.000 Unterschriften unter dem "Düsseldorfer Appell" und über 30.000 Postkarten und Briefe an Mitglieder der Verfassungskommission und Abgeordnete im Lauf mehrerer Jahre einerseits - ein "Wort des Kanzlers" im Mai 94 auf dem 12. VdK-Verbandstag andererseits. Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen, gibt es nicht. Es wäre zu schön, wenn es stimmen würde, was Gertrud Dempwolf am 21.4.94 im Bundestag sagte: Es stimmt nicht, *"daß Behinderte in der Bundesrepublik Deutschland diskriminiert werden".* Wie gesagt, es wäre zu schön.

SKANDALÖSES URTEIL

Das Amtsgericht Hannover hat in einem Urteil v. 13.4.94 einem Jugendlichen mit Down-Syndrom, der seit zehn Jahren die Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule (offenbar in Hannover) besucht, jede Lernfähigkeit abgesprochen. Der eigentliche Skandal, so der nds. Behindertenbeauftragte Karl Finke, *"liegt aber darin, daß das Gericht Gutachter beauftragt, die immer noch Menschen in die Kategorien "Schwachsinn" und "Ideotie" einordnen und daß sowohl dem Gutachter wie den Richtern die notwendige Sensibilität für Behinderte fehlt, solche Formulierungen nicht in ein Urteil aufzunehmen."* - Wie war das doch mit der Sensibilität deutscher Richter, z.B. in Flensburg oder jüngst in Mannheim?

ISRAEL-REISE FÜR ROLLSTUHLFAHRERINNEN

Vom **2. bis 10. Mai 1995** ist eine Gruppenreise geplant, für die ein Bus mit hydraulischer Rampe zur Verfügung steht. Kosten: knapp 2.300 DM. Flug ab Frankfurt/Main. Das Programm gibt keine Auskunft darüber, ob eine "fitte" Begleitperson mitgebracht werden muß. (Kopfsteinpflaster und Stufen der Jerusalemer Altstadt sind mir noch lebhaft in Erinnerung. U.A.)
Infos: Rudolf Harler, Weinbergstr. 32, 69256 Mauer. Tel. 06226/3522.
Informationen über Reise-Bedingungen bzw. Erleichterungen **für behinderte Menschen in Isreal** erteilt auch das israelische Fremdenverkehrsbüro in Frankfurt/Main, Tel 069/75 20 84.

PFLEGE-VER-UN-SICHERUNG

"Die Pflegeversicherung steht. In Zukunft hat jeder Krankenversicherte Anspruch auf Leistungen aus der Pflegeversicherung. Das finanziell gewichtige Risiko der Pflegebedürftigkeit wird solidarisch abgesichert" heißt es lapidar im DAK-Magazin 2/94. Apropos solidarische Absicherung: Das Pflege-VersicherungsGesetz sieht für ostdeutsche Pflegeeinrichtungen eine Anschubfinanzierung von insges. 6,4 Milliarden Mark vor. Die Leistungsübersicht ist so kurz wie nichtssagend, denn wer welche Kriterien erfüllen muß, um schließlich in den Genuß der schon jetzt sagenhaften Versicherung zu kommen, wird leider nicht erwähnt. Das kann man dafür in einem ISL-Papier (Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben) v. 19.6.94 nachlesen. Da immer noch große Unklarheiten bestehen, was die Stufen I, II und III bedeuten, seien die Krierien noch einmal kurz dargestellt:
Stufe I *"erheblich Pflegebedürftige"*:
Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität **mindestens einmal täglich** der **Hilfe** bedürfen und **zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung** benötigen.
Stufe II *"Schwerpflegebedürftige"*:
Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität **mindestens dreimal täglich zu verschieden Tageszeiten** der **Hilfe** bedürfen und **zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung** benötigen.
Stufe III *"Schwerstpflegebedürftige"*:
Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität **täglich rund um die Uhr, auch nachts**, der **Hilfe** bedürfen und **zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung** benötigen.

Häusliche Pflege: (Beginn 1.4.95)

	Geldleistung	**Sachleistung**(Sozialstation)
Stufe I	400 DM	bis 750 DM mtl.
Stufe II	800 DM	bis 1.800 DM mtl.
Stufe III	1.300 DM	bis 2.800 DM mtl.

"DIE KRANKENVERSICHERTENKARTE GEFÄHRDET IHRE GESUNDHEIT"

Unterschriftensammlung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD) und der Fachgruppe "Verdatung" des Instituts für Informations- und Kommunikationsökologie (IKÖ)

"Zug um Zug" soll der Krankenschein von der Krankenversichertenkarte (KVK) abgelöst werden. In Baden-Württemberg, Thüringen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland ist sie "schon im Einsatz", ab 1.7.94 auch in Nordrhein-Westfalen. Ab 1.10.94 soll sie in Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Bremen gelten und ab 1.1.95 in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt (vgl. DAK-Magazin 2/94).

In einer Unterschriftenaktion von DVD und IKÖ (s.oben) wird allerdings gefordert, die Ausgabe zu stoppen, rückgängig zu machen und grundlegende Änderungen vorzunehmen. In der Begründung heißt es u.a.: *"Die Auswirkungen ... sind für den einzelnen nicht mehr zu durchschauen. Ohne Erlaubnis des Patienten werden seine Daten zusammen mit Untersuchungsergebnissen benutzt, um Krankheitenregister zu füllen. Die Chipkartentechnik macht es möglich, erheblich mehr Daten zu speichern, als gesetzlich für die Krankenversichertenkarte erlaubt ist. ...*
Auch die Ärzte werden in computergerechte Systeme eingebunden: Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen bestimmen Richtgrößen und Durchschnittswerte, die festlegen, wessen Gesundheit welchen Aufwand wert ist. Dadurch werden ärztliche Leistungen standardisiert und kontrolliert. Ärzten wird ein Katalog von Krankheiten vorgeschrieben. Aus diesen Katalog müssen sie diejenige Krankheit auswählen, die den Symtomen des untersuchten Patienten am ehesten entspricht. Dadurch wird der Arzt gezwungen, eine Durchschnittsbehandlung durchzuführen. Die Verbände kontrollieren, ob der Arzt zu viele kostspielige Krankheiten erkannt hat und ob die Behandlung dem vorgegebenen Muster entspricht. Der Arzt wird damit zum Arbeitsroboter in der Gesundheitsfabrik, der Patient wird zur Massenware."

Die Unterschriften sollen Ende 94 dem Bundesminister für Gesundheit übergeben werden. Unterschriftenlisten und die Broschüre *"Die Krankenversichertenkarte gefährdet Ihre Gesundheit"* (5 DM pro Broschüre, 2 DM Versandkosten, V-Scheck) sind zu erhalten bei:
Deutsche Vereinigung für Datenschutz, Geschäftsstelle, Reuterstr. 44, 53113 Bonn

"ENGEL DES TODES" IN DEN NIEDERLANDEN

Der ehemalige Generalsekretär im niederländischen Justizministerium, Gerard van Dinter, berichtet in einem Interview mit dem in Rotterdam erscheinenden "NRC Handelblad" von "rundreisenden Euthanasie-Ärzten", die sich darauf spezialisiert hätten, das Leben von Todkranken auf deren Wunsch hin zu beenden. Der christdemokratische Parlamentsabgeordnete Vincent van der Burg sprach in diesem Zusammenhang von "Engeln des Todes"; es gebe mehrere Dutzend solcher Ärzte. (Tagesspiegel 5.8.94)

TAGUNGSBERICHT: PRÄVENTIVER GESUNDHEITSSCHUTZ IM ARBEITSLEBEN UND ARBEITSPLATZGESTALTUNG FÜR BEHINDERTE

Der Bericht dokumentiert Grußworte und Fachreferate aus neun Arbeitsgruppen einer Fachtagung, die von der Hauptfürsorgestelle Hamburg und dem bei der Hauptfürsorgestelle Bremen angesiedelten Modellvorhaben "Umsetzung von Ergebnissen der Humanisierungsforschung im Tätigkeitsbereich einer Hauptfürsorgestelle - Arbeitsplatzgestaltung für Behinderte" durchgeführt wurde.
Anzufordern bei der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Landesamt für Rehabilitation, Hauptfürsorgestelle, Hamburger Str. 47, 22083 Hamburg.



"BARRIEREFREI BAUEN FÜR BEHINDERTE UND BETAGTE" IN 3. AUFLAGE

Das "Standardwerk", Hrsg. Axel Stemshorn, wurde komplett überarbeitet, durch neue Themen erweitert und mit neuen Normen und Vorschriften aktualisiert. "28 namhafte Architekten, Mediziner, Therapeuten, Psychologen, Soziologen u.a. wirkten als Experten mit, um die Zusammenhänge zwischen Medizin, Sozial-Psychologie, Gebäude-Planung, Umweltgestaltung, Finanzierung und Statistik und die daraus resultierenden baulichen Maßnahmen aufzuzeigen." (BAR-Information 2/94) Die Empfehlung, es sei ein Handbuch für jeden, der sich mit dieser Thematik auseinandersetzt, ist angesichts des Preises von 196,- DM schwer nachvollziehbar, nichtsdestotrotz gehört es ja vielleicht in jede Uni/Bibliothek, in jedes Bauamt, in jedes Architekturbüro? Ob der Preis sich lohnt, ist der Redaktion leider nicht bekannt, aber der Zusammenhang zwischen Medizin, Psychologie und Gebäude-Planung ist sicher spannend.

ANONYME UMFRAGEN ZU STERBEHILFE

Anläßlich eines Jubiläums der Pädiatrischen Intensivstation im Dr.-von-Haunerschen Kinderspital in München faßte Robert Truog von der Harvard Medical School in Boston/USA die Ergebnisse einiger anonymer Umfragen zur (Nicht)Behandlung Todkranker zusammen. Beispielsweise nannten amerikanische Ärzte - 600 Kinderärzte, Chirurgen, Internisten, Anästhesisten - als eines der wichtigsten Kriterien zur Aufnahme auf die Intensivstation die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Patient den Aufenthalt auf der Intensivstation überleben wird. Noch mehr zähle allerdings, wie lebenswert der Patient selbst sein Dasein empfinde. Bei einer Umfrage an der Medizinischen Fakultät der Universität von Miami/USA gab jeder sechste Befragte an, er würde der Bitte nach Sterbehilfe nachkommen.
Europäische Ärzte hätten eine andere Einstellung. *"83 % der anonym befragten Europäer gaben an, mindestens einmal einem todkranken Patienten eine lebensnotwndige Behandlung vorenthalten zu haben. 63 % hatten eine bereits begonnene lebensverlängernde Behandlung abgebrochen und 36 % hatten schon einmal das Leben von Patienten aktiv verkürzt."* (Süddeutsche 4.8.94)

CAMPINGFÜHRER FÜR ROLLSTUHLFAHRERINNEN

"Rollis auf Reisen. Campen - auch mit Handicap." so heißt der neue Campingführer (Stand Mai 1994), der von behinderten Menschen erstellt wurde. Über 40 deutsche und 20 europäische Campingplatze werden beschrieben. Leider hat er der Redaktion bei der letzten randschau-Nummer, also rechtzeitig zum Urlaub in diesem Jahr, noch nicht vorglegen.
Anfordern beim: Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, Postfach 141, 30001 Hannover

BROSCHÜRE: DIE MENSCHENRECHTE.

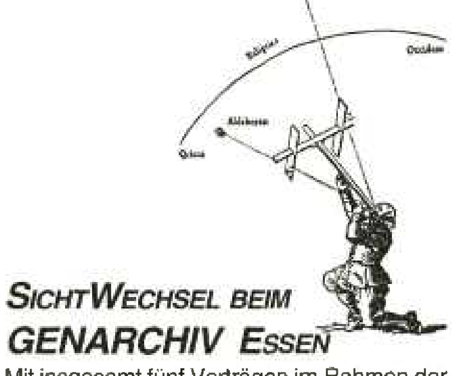
Die "Internationale Liag für Menschenrechte" hat in einer Broschüre die Beiträge zur Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 1993 an Karl Finke und Aziz Nesin dokumentiert.
Adresse der Liga: Mommsenstr. 27, 10629 Berlin

ZENTRALE ANLAUF- UND BERATUNGSSTELLE FÜR BEHINDERTE IN NÜRNBERG

Norbert Roth als Behindertenbeauftragter der Stadt Nürnberg berät *"bei allen Fragen zum Sozialleistungsrecht bzw. Behindertenrecht schnell und umfassend"* und vermittelt Kontakt zu den zuständigen Stellen.
Tel. 231 32 33 (Anrufbeantworter)

GESPRÄCHSKREISE DES BUNDES DER "EUTHANASIE"-GESCHÄDIGTEN UND ZWANGSSTERILISIERTEN E. V.

In Altenburg, Berlin, Detmold, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig und Nürnberg finden regelmäßige Treffen statt. Ferner plant die Lagergemeinschaft Auschwitz v. 15.- 28. Oktober eine Studienfahrt nach Auschwitz. Kosten: vermutl. ca. 1000 DM (Bildungsurlaub/Lehrerfortbildung möglich)
BEZ Schorenstr. 12, 32756 Detmold, Tel. 055231/58202



SICHTWECHSEL BEIM GENARCHIV ESSEN

Mit insgesamt fünf Vorträgen im Rahmen der Veranstaltungsreiche "SichtWechsel - Kritische Blicke hinter die Sichtweise der Moderne", die das Genarchiv Essen in Kooperation mit der Ökologiestiftung NRW vom Oktober bis Dezember 94 durchführt, wollwn die VeranstalterInnen sich mit der "'Unvermeidbarkeit' der Wissenschafts- und Technologieentwicklung auseinandersetzen, die modernen Selbstverständlichkeiten hinterfragen, Distanz gewinnen, versuchen, anders und anderes zu sehen und zu wissen."
Im Zeichen der Biomacht (Petra Gehring) 12.10.94, 19.30 Uhr; **Leben als letzte Gelegenheit** (Marianne Gronemeyer) 26.10.94, 19.30 Uhr; **Anatomie der guten Hoffnung** (Barbara Duden) 9.11.94, 19.30 Uhr; **Bilder aus den Biowelten** (Dia-Vortrag), 7.12.94, 19.30 Uhr; **Die Antquiertheit des Menschen** (Hajo Schmidt) 15.12.94, 19.30. Alle Vorträge finden im **Genarchiv, Friederikenstr. 41, 45130 Essen** statt.

EMMA - "... FUNDIERTE KRITIK FINDEN WIR IMMER GUT." (58)

In ihrer letzten Ausgabe (Juli/August 94) will EMMA das Bild zurechtrücken. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe - Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit (vgl. auch "die randschau" 2/94) - sind in ihren Augen natürlich falsch und ungerechtfertigt. Knapp sieben Seiten benutzt EMMA für eine ausgiebige Selbstdarstellung: Vorwürfe, Gegenvorwürfe; Zitate, Gegenzitate, Interpretationen, Gegeninterpretationen; vermeintlichen Feindbildern werden eigene Feindbilder entgegengesetzt. Übrig bleibt jede Menge Polemik, die mit Auseinandersetzung nichts mehr zu tun hat und - vor allem - EMMA als Opfer.
EMMA weiß, worum es geht: *"Hinter allem steckt Kontinuität und Logik. Die Logik der Anbiederung an die Männerwelt (pseudo-antirassistisch zu sein, ist in der Szene eben so unendlich einfacher als echt-feministisch) ebenso wie die Selbstverachtung von Frauen."* (58) EMMA weiß auch, warum das so ist: "Die Motive gegen Emma gehen von traditionell politischen Konflikten (links ist wichtiger als feministisch) bis hin zu Abgründen der weiblichen Psychologie (der Selbsthaß von Frauen und ihrer Wut auf die so gar nicht zur Selbstverleugnung und zum Masochismus neigende Emma). (58) So weit, so (un)klar? Wenn es nur das wäre, könnten wir EMMA damit abhaken, denn jetzt wissen wir ja Bescheid.
Aber schauen wir uns EMMAs Umgang mit den Protesten an, die u.a. nach Erscheinen des pro-Singer-Artikels (März/April 94) und der Aktion einiger Frauen in der EMMA-Redaktion (10.5.94) geäußert wurden. Z.B. habe das "Feministische Archiv Marburg" das Abo mit der Begründung gekündigt: *"Wir solidarisieren uns mit dem Boykottaufruf der Frauen mit Behinderung".* EMMA dazu: *"Einen*

Boykottaufruf von Behinderten selbst hat es bis dahin übrigens noch nie gegeben." (54) EMMA vermißt *"die solidarischen Briefe"* (55) von Frauengruppen, linken Gruppen, Behindertengruppen - dies zeige, wie allein EMMA sei. Das mit den "solidarischen Briefe(n)" muß ich nochmal lesen. Auf welcher Grundlage bitte erwartet EMMA Solidarität von "Behindertengruppen"? Sie hatte zu diesem Zeitpunkt (Mitte Mai) mindestens Kenntnis von der Protesterklärung der "randschau"-Redaktion, die der "randschau" Nr. 1/94 beigelegt war und als Fax auch direkt an die EMMA-Redaktion ging. Außerdem hatte EMMA bis zum Erscheinen des Singer-Artikels regelmäßig "die randschau" erhalten und hätte also durchaus über den Stand der Auseinandersetzungen um Singer u. Co. informiert sein können. Die zahlreichen Protestschreiben (behinderter) Frauen/Gruppen scheint EMMA verlegt zu haben, es ist nicht erkennbar, daß sie sich damit auch nur annähernd auseinandergesetzt hat. Im Gegenteil, sie spricht von einer "Szene", die "vorwiegend im Namen des "Feminismus", des "Antirassismus" und der "Krüppelbewegung" (die sich hoffentlich bald von solchen Taten distanzieren wird)" (55) argumentiert. Die "Krüppelbewegung" wird also benutzt und sollte sich schleunigst distanzieren? Eine "Krüppelbewegung", die selbst argumentiert und agiert, scheint EMMA (trotz gehabtem randschau-abo) nicht zu kennen, ebensowenig wie den Boykottaufruf gegen EMMA auf der letzten Seite der letzten "randschau"-Ausgabe (2/94, erschienen am 20.6.). Und wie war das noch mit der EMMA-Antwort auf die ISL-Presse-Protest-Erklärung (vgl. "die randschau" 2/94, 32): *"Wir zitieren Euch und andere in der nächsten EMMA und werden weiterhin am Thema bleiben."* - Ein entsprechendes Zitat ist auf den besagten sieben Seiten nicht zu finden.

DOKUMENTATION (Presseerklärung):

PROTEST GEGEN EUROPÄISCHEN HUMANGENETIK-WORKSHOP ERFOLGREICH

Hamburg, den 17.6.94

Der in Hamburg für europäische Fachleute der Humangenetik, Bioethik, Sozialwissenschaften und Medizin vom 17. bis 19. Juni geplante Workshop "Die Analyse des menschlichen Genoms und die Sicht der Behinderten und chronisch Kranken" wurde durch starken Protest verhindert. 80 Menschen aus der automomen Antifa-, Frauen und Lesben-, Behinderten- und Anti-"Euthanasie"-Bewegung besetzten am Abend des 17. Juni die Eingänge des Elsa-Brandström-Hauses in Hamburg-Rissen. Die Aktion verlief friedlich. Die Leiterinnen des Tagungshauses verhielten sich umsichtig und hatten sich gegen den vorbereiteten massiven Polizeieinsatz verwahrt. Die Forderung, den Workshop sofort und ersatzlos abzubrechen, begründeten die Demontrantinnen und Demonstranten mit den sich verschärfenden Angriffen auf die Lebensbedingungen und das Lebensrecht alter, behinderter und kranker Menschen, die von der Humangenetik ausgehen. Sowohl inhaltlich als auch personell sei die Ausrichtung des Workshops mit der 'Bioethik-Konvention' des Europarats (siehe FR v. 25.5.94) verknüpft. Der Workshop sei für eine Vernetzung europäischer Fachleute geplant und ziele auf eine breit angelegte Akzeptanzforschung. Sich dem entgegenzustellen bedeute, die Selektion von Menschen nach humgenetischen Verwertungskriterien abzulehnen und sich für eine Gesellschaft einzusetzen, die Leben und Würde für alle Menschen gewährleistet.

Arbeitskreis gegen Selektion und Bevölkerungspolitik - tel./fax 040/4322886

(Vgl. dazu auch die Dokumentation des Protestaufrufs in der letzten "randschau", S. 6.)

VERANSTALTUNGSHINWEISE ZUM THEMA FRAUEN MIT BEHINDERUNGEN

Wenn Du Dich informieren möchtest, welche Tagungen, Vorträge, Seminare oder Workshops zum Thema "Frauen mit Behinderungen" im nächsten halben Jahr stattfinden werden, kannst Du 'ANGESAGT - Veranstaltungshinweise und Tips des Hessischen Koordinantionsbüros für behinderte Frauen' bestellen beim:
Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Werner-Hilpert-Straße 8, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 71 33 87, Fax: 0561 / 71 31 32



Foto: Ursula Aurien, Berlin

KOMMENTAR:

1. WELTMEISTERSCHAFT DER BEHINDERTEN LEICHTATHLETEN

Behinderte Sportler vor leeren Rängen und trotzdem unüberschaubar. Im überdimensionalen Berliner Olympiastadion unter der heißen Julisonne war mann und frau unter sich. Die Medaillen und Weltrekorde purzelten so schnell, daß mensch mit dem Zählen gar nicht hinterherkam, abgesehen davon, daß schon beim Zusehen nicht klar war, wer denn in welcher Disziplin, genauer gesagt, in welcher "Schadensklasse" (ein gräßliches Wort) startet. Mag ja sein, daß es als Fortschritt zu werten ist, daß die Presseberichte diesmal wohl überwiegend nicht mehr in der Sparte "Gesundheit" auftauchten. Aber ist es wirklich eine Herausforderung oder eher ein Mythos, 'so sein zu wollen wie die Nichtbehinderten'? Für jedeN einzelneN SportlerIn mag das eine höchstpersönliche Entscheidung sein. OK. Doch was für ein Ideal wird dem großen "Rest" damit vorgesetzt? Was ist mit denjenigen, die diesem Leistungs-Ideal weder genügen können noch wollen? Ist die Message nicht die gleiche, wie wir sie mit jedem "tollen" Mannequin in jeder Illustrierten finden?
"Fortschritt" im Sport für behinderte Menschen - wäre das nicht vielmehr, wenn ich mich zu einem beliebigen VHS- oder sonstigen Kurs anmelden kann, nach Lust und Laune, und nicht erst in einen (Behinderten-Sport-)Verein eintreten muß, um "Behindertensport" zu treiben? - Und wenn die entsprechenden Rollstühle oder was auch immer von den Kassen finanziert werden.
Unabhängig davon muß ich zugeben: Es macht mir Spaß, Menschen zu fotografieren; behinderte, nichtbehinderte, nachdenkliche, fröhliche, und natürlich auch, wenn sie sich bewegen. Das war für mich die Faszination dieser WM, meine ganz private. **U.A.**



REINGEWASCHEN

Nicht auf sich sitzen lassen wollte das Kölner "Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung" den Vorwurf, in seinem Namen einen geistigen Wegbereiter nationalsozialistischer Rassenideologie zu verewigen. Das Institut trägt nämlich zusätzlich den Namen "Erwin-Baur-Institut".
Erwin Baur (1875 - 1933) ist nicht nur als Pionier der Genetik in Deutschland bekannt, sondern auch als vehementer Anhänger von negativer Eugenik und Rassenhygiene. Davon zeugen nicht nur zahlreiche Veröffentlichungen, sondern u.a. auch sein Engagement in der "Gesellschaft für Rassenhygiene". Anzunehmen ist, daß nur die "Gnade des frühen Todes" den Wissenschaftler vor wesentlich direkteren Verstrickungen in die NS-Rassenpolitik bewahrt hat.
Dennoch stellt das medizingeschichtliche Institut der Universität Münster, bei dem die Kölner eine Untersuchung ihres heiklen Namenspatrons in Auftrag gegeben hatten, Baur eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus. Zwar wird sein eugenischer Eifer nicht bestritten, doch sei Baur darin lediglich dem damaligen Zeitgeist gefolgt. Für die spätere Verwendung seiner Schriften durch die Nazis könne er nicht haftbar gemacht werden.
Zu fragen bleibt, ob alleine der Umstand, daß ein Rassenhygieniker die Umsetzung seiner Vorstellungen nicht mehr miterleben durfte, diesen als Namensgeber für eine wissenschaftliche Einrichtung tragbar macht. Und daß der Zeitgeist als Entschuldigungsgrund für (fast) alles dienen soll, kann eineN auch heute wieder frösteln machen.
Die Untersuchung ist in Buchform erhältlich: H.-P. Kröner, R. Toellner, K. Weisemann: Erwin Baur - Naturwissenschaft und Politik, Köln 1994. Kostenlos zu beziehen beim MPI für Züchtungsforschung, 50829 Köln

SCHWERPUNKT

K I D S



Da wäre sie doch fast ins Sommerloch gefallen, die KIDS-Nummer. Dies ist alles andere als ein "runder" SchwerPUNKT geworden. Eine Reihe geplanter und angefragter Artikel ist aus terminlichen Gründen unter der Tisch gefallen, z.B. das Thema Mädchenarbeit oder behinderte Mädchen in Integrationsklassen. Weitgehend unbeantwortet blieb leider auch die Frage, wie die KIDS zum "Szene"-Nachwuchs werden oder werden könnten. Vielleicht läßt sich das eine oder andere in einer nächsten Nummer nachholen.

(Behinderte) Kinder, ein Thema, das sich beim erstem Hinschauen oder Hinhören nett anhört, irgendwie weniger "problembeladen" als die meisten randschau-Schwerpunktthemen. Irrtum, und hier liegt der Knackpunkt im Detail: In nahezu allen Beiträgen wird deutlich, daß nicht die Kinder mit ihren Behinderungen "das Problem" sind, sondern, wie Volker van der Locht schreibt, die "Diagnose-Macht" der ExpertInnen. Wird ein Kind mit einer Behinderung geboren oder erwibt es eine Behinderung in früher Kindheit, ist seine Kindheit von ungleich mehr Diagnosen, Beurteilungen und "Fördermaßnahmen" geprägt als die eines Kindes ohne Behinderung. Schnell wird ein Kind einzig über die Behinderung beschrieben.

Daß sich Widerstand regt, im kleinen, etwa bei einer Begutachtung, wie im großen, etwa gegen das neue NRW-Sonderschulentwicklungsgesetz, ist nicht nur erfreulich, sondern absolut notwendig. Kinder und Eltern sind selbstbewußter geworden, lassen sich nicht mehr so leicht mit dem Hinweis auf sogenannte Sachzwänge oder medizinische Diagnosen abspeisen. Und zeigen so, daß "Normalität" auch ganz anders aussehen könnte.
Viel Spaß beim Lesen!

Hier kommt Samantha Matuya*...



Im September letzten Jahres haben wir ein Kind mit Trisomie 21 gekriegt. Wir sind erklärte und aktive Gegnerinnen der Human- und Gentechnologie. Für uns war völlig klar - schon beim ersten Kind, das 2 Jahre älter ist: eine Fruchtwasseruntersuchung lassen wir nicht machen.

Selbstverständlich wurde mir dazu geraten, da ich die Kinder erst mit 37 und 39 Jahren kriegte. Die Fruchtwasseruntersuchung ist speziell für die Abtreibung von Kindern mit Trisomie 21 da.

Wir waren uns klar, daß wir auch ein behindertes Kind haben könnten. Trotz der Entscheidung waren wir aber nicht so vertraut mit dem, was es heißt, Trisomie 21 zu haben (oder zu sein). Was ist denn genau geistige Behinderung? Wie und worin zeigt sie sich? Wir haben dann angefangen zu lesen, uns erstmal über die ganzen körperlichen Auswirkungen usw. schlau gemacht. Aber was diesen ganzen Bereich "geistige Behinderung" ausmacht, da hadern wir bis heute.

Trisomie 21 ist eine Chromosomenabweichung, die schon seit Jahrhunderten vorkommt und auch weltweit. Erfahrungswerte liegen also vor. Und doch: wir können wenig damit anfangen, wenn wir die Norm und Normalität infrage stellen, von der aus die Abweichung definiert wird. Früher (früher?) hat man solche Menschen in die Doofenecke abgeschoben, hat ihren Zustand mongoloide Idiotie genannt und nicht mehr von ihnen erwrtet, als geistig behindert zu sein. Im Faschismus wurden sie umgebracht und/oder zwangssterilisiert. Heute gelten sie einerseits als so unzumutbar, daß sie noch im 5. Monat abgetrieben werden dürfen, andererseits gilt es als aufgeklärt, sie für förderbar zu halten und ihnen ein weitgehend selbständiges Leben in Aussicht zu stellen. Bloß die heutigen Werte und Normen sind eben überhaupt nicht unsere. Insofern nützen uns auch die heutigen Erfahrungsberichte über den Umgang mit und das Aufwachsen von Menschen mit Trisomie 21 wenig, wenn sie die herrschenden Erwartungen an Menschen zur Basis haben, Behinderung daran definieren oder mit der Meßlatte dieser Menschenbilder die Auswirkungen der Behinderung minimieren wollen.

Wir waren und sind immer noch auf der Suche nach Erfahrungen, die wir verwenden können, die unserer Herangehensweise entsprechen. Erfahrungsberichte und Bücher mit dem Tenor: "unsere Tochter hat Down-Syndrom." haben wir irgendwann nicht mehr gelesen, weil sie entweder alle mit völliger Verzweifelung über die Geburt eines behinderten Kindes beginnen, aus der sich die Familien oft erst nach Jahren wieder herausarbeiten, um dann aber auch wieder bei der Akzeptanz zu landen, daß das Kind eben geistig behindert sei, aber süß. Oder aber der mit vielen Mühen gepflasterte Weg zur Erreichung gewisser intellektueller Leistungen (was diese Kinder alles schaffen mit entsprechender Förderung) dargestellt wird. Oder aber Kompensation auf anderem Gebiet stattfinden könne: wie musisch veranlagt sie sind usw. Doof, aber süß.

*** Die Matuya ist die Feenkönigin, die Armen und Verlassenen hilfreich beisteht.**

Bisher gab es nur ein Buch, das unserer Suche entsprach: "Namenlos - geistig Behinderte verstehen". Das Ansprechendste darin ist, daß es von einer Akzeptanz dieser Menschen in ihrem So-Sein ausgeht, um dann im folgenden nachzuforschen und aufzuzeigen, wo und wie "die Gesellschaft" geistige Behinderung produziert. Z.B. in der Tabuisierung der Behinderung, wenn die Person ihr Anders-Sein realisiert, aber nicht erklärt bekommt. Z.B. im Nicht-verstehen(-wollen) der speziellen Ausdrucksmöglichkeiten der Personen und damit ihre Zurückweisung ins sinnlose Gelall.

Wir sind schon sehr früh auf die Möglichkeiten hingewiesen worden, daß wir mit dem Kind Anspruch auf Frühförderung hätten. Aber was die Frühförderung betrifft, so ist sie auf jeden Fall ein zweischneidiges Schwert. Wir waren zuerst total skeptisch, ob wir schon gleich mit irgendwelchen Förderprogrammen auf das Kind losgehen sollten. Wir haben dann aber auf jeden Fall einen Antrag auf Kostenübernahme beim Sozialamt gestellt. Bis zum positiven Bescheid zog es sich auch ganz schön lange hin, denn im ersten Anlauf meinte die leitende Ärztin des Gesundheitsamtes unseren Antrag vorerst ablehnen zu müssen, weil eine liebevolle Familie und vernünftige Säuglingspflege in dem Alter genug an Förderung sein müsse. In der Begründung des Widerspruchs haben wir uns dann nochmal intensiver mit der Frühförderung beschäftigt und sind zu dem Entschluß gekommen, daß es nichts schaden kann, unserem Kind zusätzliche Reize zu bieten durch die Frühförderung. In Bezug auf die Entwicklung und Entfaltung der Sinne hängt alles mit allem

zusammen: das Sehen und Hören, das Greifen und In-den-Mund-nehmen, überhaupt das Mitten-im-Leben-stehen, nicht weggepackt und abgeschirmt herumliegen.

Gleichzeitig und sicher nicht zufällig entstand in dieser Zeit bei mir ein ziemlicher Druck, in dieser wichtigen Entwicklungsphase jetzt bloß nichts zu verpassen, was für das Kind wichtig wäre. Wir waren sogar bereit, die Förderung erstmal privat vorzufinanzieren, wenn sie noch nicht bewilligt wird.

Das ist auch eine weitere Seite der Förderung, daß sie nämlich nicht nur Chance ist, sondern so wie die Pflicht zur Gesundheit auch ein Muß werden kann, das die Eltern unter Druck setzt, ob sie nun auch wirklich alles ausgeschöpft haben und jede sich bietende Chance zur Förderung auch wirklich genutzt haben. Auch kann Frühförderung das Mittel sein, mit dem eine äußerliche, vordergründige Anpassung an die gesellschaftlichen Ansprüche erreicht wird, die auch an diese Menschen gerichtet sind. So als wenn Schule für ein Kind schon ab der 1. Klasse nur mithilfe von Nachhilfeunterricht machbar ist. Immer Streß. Immer Aufholen. Nachholen, nur mit doppeltem Aufwand den Durchschnitt erreichen, immer Ziele, die nicht die eigenen sind. Daß wir das nicht wollen, ist völlig klar. Zur Zeit besteht eine solche Gefahr allerdings nicht und daher nehmen wir die Frühförderung als zusätzliche Anregungs- (auch für uns) und Spielstunde gern mit.

Es findet allerdings auch bei der Krankengymnastik, die wir schon fast von Anfang an kriegen, sowie bei der Frühförderung eine ständige Beurteilung statt. Das ist eine Gratwanderung. Von der Feststellung und Freude über das, was das Kind jetzt schon kann und macht, hin zur Beurteilung und Bewertung im Schema von Entwicklungstabellen ist es oft nicht weit. Nuancen unterscheiden beides oft nur.

Was uns fehlt, ist der Austausch mit solchen Eltern von Kindern mit Trisomie 21 oder anderer Behinderung, die das behinderte Kind als Herausforderung und Chance begreifen, einmal so, wie es jedes Kind ist, das ich in die Welt setze. Einen anderen Umgang mit diesen Kindern/Menschen praktisch zu machen, bedeutet das umzusetzen, warum wir Auslese ablehnen. Unsere eigenen Vorstellungen hier darzulegen, finde ich auch deshalb schwierig, weil sie natürlich völlig angreifbar sind, denn sie gründen sich ja nicht auf Erfahrung. Sie können sich als unrealistische Träumereien rausstellen oder abgetan werden unter dem Motto: "Ja, ja, so haben wir alle mal angefangen, aber nachher hat uns die Realität wieder eingeholt." Unsere Vorstellungen sind sicher in der bisherigen Kritik schon umrissen. Positiv ausgedrückt gründen sie sich auf eine linke, radikale Vorstellung von Entfaltung einer Persönlichkeit, einer fortschrittlichen Erziehung, einem anderen sozialen Umgang miteinander usw. Wir stellen uns vor, daß wir es so machen, wie mit unserer anderen Tochter auch: wir zeigen ihr die Welt, nehmen sie überall mit hin, lassen sie so weitgehend wie möglich an unserem Leben teilhaben, wecken alles an Neugierde und Interesse, was sich wecken läßt, und sehen dann, was sie daran interessiert. Und so lassen wir uns immer weiter leiten von dem Kind. Bisher klappt das prima.

Nach 10 Monaten Erfahrung mit unserer Tochter steht für uns die Frage immer noch: was heißt geistige Behinderung? Es gibt eine körperliche Behinderung, die darin besteht, daß ihr Körper insgesamt schlaffer ist, daß sie Krankengymnastik erhält und in ihrer körperlichen Entwicklung etwas zurück ist. Sie krabbelt noch nicht, sondern sitzt gerade erst. Allerdings war sie auch mit nur 2000 Gramm geboren und hatte sehr viel nachzuholen. Aber worin soll die geistige Behinderung bestehen? Besteht sie in einer allgemeinen Verzögerung?, in frühzeitigem Stillstand?, oder wird sie von allem nur die Hälfte kapieren? Wir jedenfalls können bisher keine geistige Behinderung feststellen. Das mag naiv sein. Aber sie macht alles so, wie andere Kinder auch, parallel zur körperlichen Entwicklung entfaltet sie ihre Sprache (brabbeln), Beobachtung, Kommunikation (scherzen, lachen) und Spiele. Wie gesagt, es gibt eine zeitliche Verzögerung, aber für uns ist unklar, ob das nicht ihrer verzögerten körperlichen Entwicklung entspricht und auch der etwas größeren Schlaffheit geschuldet ist.





Man muß sich auch gewisse gängige Faustregeln in Bezug auf Kinder mit Trisomie 21 aus dem Kopf schlagen, die da z.B. lauten: Sie sind zwar lieb, aber können ganz schön dickköpfig sein. In meiner Übersetzung heißt das ja nur, daß ein starker eigener Wille bei diesen Kindern vorhanden ist, mehr noch als im allgemeinen sowieso nicht erwünscht ist und als lästig und kleinzuhalten gilt. Es ist unsere Absicht, ihr alle Phasen einer kindlichen Entwicklung zuzugestehen, inclusive der ständig auftretenden sogenannten Trotzphasen, die nämlich immer dann wieder da sind, wenn das Kind einen neuen Entwicklungssprung für sich macht und seine Person spürt und austestet. Weiter wollen wir ihre persönliche Individualität immer besser kennenlernen und sie nicht behindert behandeln.

Eine andere Faustregel lautet, daß diese Kinder häufige Wechsel in ihrem Alltag nicht verkraften könnten. D.h. der Tagesablauf soll ritualisiert sein, die Umgebung nicht so häufig, besser gar nicht gewechselt werden, in Bezug auf Menschen wohl auch. Mal abgesehen davon, daß Dinge passieren, die auch unsereins den Boden unter den Füßen wegziehen können, und berücksichtigt, daß es in dieser Hinsicht auch unterschiedliche Charaktere gibt, sind wir eher dafür, daß auch ein bißchen was an Leben los ist im Leben. Daß es Besuch gibt, daß nicht ein Tag verlaufen muß wie der andere, daß es eben immer wieder neue Dinge und Menschen kennenzulernen gibt.

Ein Unsicherheitsaspekt, der bei der ganzen Geschichte bleibt, lautet: ist nicht irgendwo doch was dran an diesen ganzen vermittelten Erfahrungen? Können wir uns da einfach drüber hinwegsetzen? Hatten nicht doch mehr Leute solche hehren Absichten wie wir und sind dann bei der anderen Praxis gelandet?

Wir können das letztlich nicht auflösen für uns. Wir stehen noch ganz am Anfang und vielleicht ergeben sich ja in Zukunft Kontakte mit Leuten, die eine ähnliche Sichtweise wie wir haben und mit denen wir Erfahrungen austauschen können.

■ REGINA DUBS & WOLFRAM TAUBITZ, GLIENEITZ

"Ohne ständige Förderung wird das schlimme Unglück ein noch schlimmeres Unglück."

Ein behindertes Kind wird geboren. Im günstigsten Fall gerät die Mutter bei der Mitteilung der Diagnose an eine Ärztin, die auch einem behinderten Kind Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten nicht abspricht. Das medizinische Zauberwort heißt "Frühförderung". Die Frühförderung verspricht Förderung der Fähigkeiten (in Anlehnung an eine als Durchschnitt definierte Normalität) und Integration (im Sinne der Anpassung an eine nicht behinderte Umwelt). Vorausgesetzt wird hierbei jedoch, daß ein behindertes Kind zur Entwicklung auch immer einer besonderen Erziehung, Therapie genannt, bedarf.



Zielgruppe der Frühförderung sind Eltern sog. Risikokinder (gemeint sind zu früh geborene Kinder, Kinder, die sich langsamer als der Durchschnitt entwickeln) und Kinder mit Down-Syndrom. Heil- und Sonderpädagogen gehen davon aus, daß diese Kinder ohne Frühförderung weniger Chancen einer annähernd normgerechten Entwicklung haben.
In der Praxis stützt sich die Therapie meist nicht auf eine einheitlich theoretische Grundlage. Vielmehr werden verschiedene theoretische Perspektiven, vorwiegend der Lerntheorie und der konstruktivistischen Entwicklungstheorie Piagets miteinander verknüpft. Die Methodik der Instruktion variiert nach Vorliebe mehr zum konstruktivistischen oder lerntheoretischen Pol. Manche Förderprogramme sorgen durch stimulierendes Spielzeug für eine anregungsreiche Umgebung und vermitteln dem Kind Lernerfahrungen durch vielfältige spielerische Aktivitäten. Am Ende des Kontinuums stehen hochstrukturierte Programme, die Lernziele ebenso präzise festlegen wie die Bedingungen von Reizangebot und Reaktion sowie die Konsequenzen, die auf korrektes oder falsches Reagieren des Kindes folgen: *"Sie reichen ihrem Kind einen Ring, den es auf einen Stift stecken soll, aber es wirft ihn stattdessen über seine Schulter. Was machen Sie? Schimpfen sie es aus (...)? Schimpfen richtet nur genau die Aufmerksamkeit auf das Verhalten, das Sie abstellen möchten. Besser wäre es, den Wurf zu ignorieren. Reichen Sie ihm ruhig einen anderen Ring. Sagen sie: "Steck den Ring auf den Stift" und bringen Sie es sanft, aber bestimmt dahin, das Gewünschte zu tun. Bestätigen Sie seine richtige Reaktion und schreiben Sie ihre Daten auf."* Die *"Freude am Effekt"*, die Piaget sonst nichtbehinderten Säuglingen als Motivator für ihr Handeln attestiert (Welches Kind liebt nicht das Spielchen: Ich werf weg, und Du holst es mir wieder.), wird bei Säuglingen mit dem Down Syndrom offensichtlich erst gar nicht vermutet. Und wehe der Mutter, die hier ganz naiv den Ring aufhebt. Selbst umarmen, halten, wiegen genügt nur bei unauffälligen Babys. Im Falle einer Behinderung handelt es sich hier um *"Haltetherapie"* oder um *"Anregungen zur Früherziehung im Sozial- und im Gefühlsbereich"* (Bach). Hier wird die Therapie zur Ersatzrealität.

Über allem aber hängt das Damoklesschwert der verpaßten Chance, d.h., nicht rechtzeitig die Angebote der Frühförderung in Anspruch genommen zu haben, Entwicklungschancen eines Kindes für immer zu versäumen.

Nicht Fürsorge, Liebhaben, Zeitlassen stehen im Vordergrund, sondern ängstliches Klammern an Entwicklungstabellen. Immer geht es um Leistung und das Bemühen, der "Normalität" möglichst nahezukommen. Ob die Eltern ihre behinderten Kinder "annehmen" und liebhaben können, ist für viele Frühförderer weniger für die Seele des Kindes interessant, als vielmehr vor dem Hintergrund, daß die Eltern sich zu Co-Therapeuten und willigen Förderern formen lassen: *"Aber ihre Selbstvorwürfe hatten auch ihr Gutes. In ihrem leidenschaftlichen Wunsch, ihr Versagen, ein unvollkommenes Kind* (mit Down-Syndrom, Anm. d. Verfasserin) *geboren zu haben, wiedergutzumachen, suchte sie nach der zweitbesten Lösung. Sie nahm sich vor, aus dem kleinen Georg das "vollkommene Kind" zu machen. Sie nahm mit ihrem Kind an unserem Lernprogramm teil und führte das vorgeschlagene Programm mit äußerster Genauigkeit und Hingabe durch. (...) daß wir daran dachten, sie zu etwas weniger Ehrgeiz zu ermahnen. Aber wir waren auch äußerst erfreut darüber, daß Frau D. einen produktiven Weg gefunden hatte, mit ihren Gefühlen fertig zu werden."* Das Zitat stammt aus *"Frühförderung mongoloider Kinder"*, einer der Bibeln der Frühförderer und Eltern, wenn es um die Förderung von Kindern mit dem Down-Syndrom geht.

Wie muß ein kleiner Mensch sich fühlen, der von Beginn seines Lebens an Mittelpunkt eines Lernprogramms ist. Der vom Tage seiner Geburt an erlebt "so wie ich bin, bin ich nicht richtig". Gelten gerade diese Kinder als besonders umgänglich und brav, weil der Umgang mit ihnen in Förderprogrammen bis zur Perfektion ausgearbeitet wurde? Förderprogramme, in denen es nicht um Spontaneität, Gewährenlassen und Zeitgeben geht, sondern um das möglichst rasche Erreichen entwicklungsspezifischer Meilensteine. Und wenn die Kinder mit dem Down-Syndrom nicht in der Lage sind, auf Dauer mit den Entwicklungsschritten nichtbehinderter Kinder Schritt zu halten, gibt es für sie spezielle Entwicklungstabellen für das Down-Syndrom, deren Erreichung dann nachgeeifert wird.

"Keine Forschung reicht bis heute in die Hölle hinab, in der die Deformationen geprägt werden, die später als Fröhlichkeit, Aufgeschlossenheit, Umgänglichkeit, als gelungene Einpassung ins Unvermeidliche und als unvergrübelt praktischer Sinn zu Tage kommen. Es (...) resultiert der Zustand, der so normal ist wie die beschädigte Gesellschaft, der er gleicht, aus einem gleichsam prähistorischen Eingriff, der die Kräfte schon bricht, ehe es zum Konflikt kommt." (Adorno)

Vor zwei Jahren habe ich mich ausführlich mit der Art und der Wirkung der Mitteilung der ärztlichen Diagnose an Eltern behinderter Kinder auseinandergesetzt. Damals begründete ich meine Forderung: durch Art, Inhalt und Zeitpunkt der Diagnoseeröffnung die Beziehung der Eltern zu ihren behinderten Kindern positiv zu beeinflussen, damit, daß diese Eltern sich in Frühförderprogrammen kooperativer zeigen würden.
Ich glaube weiterhin, daß die Form der

Diagnosemitteilung die Annahme oder Ablehnung der Eltern gegenüber ihren behinderten Kindern entscheidend mitbeeinflußt. Nur würde ich heute nicht mehr unhinterfragt "Annahme" und "Teilnahme an der Frühförderung" gleichsetzen.
Unter "annehmen" verstehe ich, an die Entwicklungsmöglichkeiten eines (beh.) Kindes zu glauben, es in seinem "So-Sein" zu akzeptieren und ihm die Förderung (vielleicht auch Therapie) zu geben, die es braucht, um seine eigenen Fähigkeiten entfalten zu können. Um Ausschöpfung der eigenen Möglichkeiten sollte es gehen und nicht um eine möglichst perfekte Anpassung an die Durchschnittswerte der "Normalität". Soweit die Theorie. Vor wenigen Tagen wurde in dem psychiatrischen Krankenhaus, in dem ich arbeite, eine 45jährige mehrfachbehinderte Frau aufgenommen, die vom Ordnungsamt neben der Leiche ihrer seit Tagen verstorbenen Mutter gefunden wurde. Wie Recherchen meiner KollegInnen ergaben, hatte diese Frau nie eine Form von Förderung oder (Sonder-)Beschulung erfahren. Nur am Abend wurde sie gelegentlich von der Mutter zum Spaziergang auf die Straße geführt.
Wäre für diese Frau nicht selbst die Frühförderung (hätte es sie damals schon gegeben) ein Segen gewesen?

Für mich ist das Thema noch lange nicht ausdiskutiert. Dieser Artikel ist nicht mehr als ein skizzenhafter Versuch, Thesen und Fragen für weitere Diskussionen aufzuwerfen.

Aber gibt es wirklich nur diese beiden Möglichkeiten: sich entweder den Förderern mit seinem Kind völlig auszuliefern und professionelle Erfahrung höher zu werten als eigene Beobachtungen und Gefühle oder gar nichts zu tun, das Kind als nicht "entwicklungsfähig" ins Bett zu legen und rein pflegerisch zu versorgen?

SUSANNE LAMBECK, ESSEN

Literaturbelege bei der Verfasserin
Inspirierende Literatur:
Heinz Bach: Früherziehungsprogramme für geistigbehinderte und entwicklungsverzögerte Säuglinge und Kleinkinder. Berlin 1990
Dietmund Niedecken: Namenlos. Geistigbehinderte verstehen. München 1989
Susanne Lambeck: Diagnoseeröffnung bei Eltern behinderter Kinder. Entwicklung eines Leitfadens für das Erstgespräch. Göttingen 1992
Valentine Dmitriev: Frühförderung für "mongoloide" Kinder. Weinheim 1987

Unter anderem habe ich auch ein behindertes Kind

Mein Kind würde wohl behindert sein. Diese Situation stellte sich mir 1983 völlig unerwartet. Eigentlich glaubte ich das auch nicht. Es würde schon alles gut werden. Aber was ist gut? Ist behindert sein schlecht? Was wußte ich schon darüber mit meinen 24 nichtbehinderten Jahren? Nichts.
Genau genommen war es sogar nebensächlich. Es ging erst mal nur darum, daß David überlebt. Ihm war während der Geburt eine Vene im Kopf geplatzt - Gehirnblutung Grad IV. Laut Auskunft der Ärzte die Schlimmste - seine Lebenschancen nicht mal 50:50. Er bekam Luminal, weil er am 1. Tag gekrampft hat. Am Brutkasten stand "no touch" - er durfte nicht bewegt werden, wegen des Bluts im Gehirn. Man hatte ihm die Augen verklebt, weil er gegen Neugeborenengelbsucht bestrahlt wurde. Er wurde sondiert, denn er war zu schlapp, um selbst zu trinken. Er lag am Tropf, da die Bestrahlung ihn auszutrocknen drohte. Täglich wurde ihm Blut abgenommen, um seine Werte zu kontrollieren. Er wurde mehrmals durch Fontanelle und Rückenmark punktiert, um dem Wasserkopf (Folge der Blutung) Druckausgleich zu verschaffen. Genaugenommen wurde er tagein - tagaus gequält. In diesem Abschnitt seines Lebens (8 Wochen) überwog das vielzitierte Leid einer Behinderung.
Aller lustvollen Erfahrungsmöglichkeiten beraubt (saugen, schmecken, schmusen etc...), bekam er Nadeln, Medikamente und Schmerzen. Ein Wunder, daß er überlebte.
In diese Kerbe trafen dann auch die Aussagen: *"Sie können sicher sein, wenn das Ausmaß der Qualen und Schmerzen zu groß wird und die Chancen glücklich leben zu können geringer, dann werden wir ihn nicht länger unnötig quälen und die Behandlung einstellen."* Ja - das würde sicher gut sein. So dachte ich jedenfalls vor fast 11 Jahren. Wer will schon unnötige Qualen für sein Kind? Ich wußte nichts von den Einbecker Empfehlungen, jenen Kriterien, die ausschlaggebend sind, welche Babies eine Behandlung bekommen und welche nicht. So langsam begriff ich erst mal, wie unnötig so manche Behandlung überhaupt war: tägliches Blutabnehmen, Antibiotika, um einer Infektion vorzubeugen, immer wieder Sonographien und Röntgen...



Nach 2 1/2 Jahren erst, setzte ich das Luminal ab, daß David völlig unnötig schachmatt gesetzt hatte, und er wachte langsam auf. Er hat übrigens bis heute keine Anfälle bekommen - trotz abweichenden EEG. Doch, was die Ärzte mit "unnötiger Behandlung einstellen" ausgesagt hatten, wurde mir in der ganzen Tragweite erst später klar. Die Tatsache, daß David keine Beatmung gebraucht hat, hat ihm das Leben gerettet. Denn er hätte die Auswahlkriterien niemals erfüllt: *"Dieses Kind wird vorraussichtlich weder geistig noch emotional an diesem Leben teilnehmen und körperlich nicht über sein heutiges Niveau herauskommen"*, war die Diagnose, als er 2 Wochen alt war.
Sie haben probiert und getestet an David, jeder Assistenzarzt durfte mal punktieren üben. Ich weiß nicht, was ausschlaggebender ist für Davids Behinderungen, das Krankenhaustrauma oder die Zerstörung von einigen Gehirnzellen. Ich glaubte Ihnen damals, daß alles zu Davids Besten sei. Es war ja auch logisch, daß alle Ärzte einmal irgendwo anfangen mußten, das war nicht nur Davids Schicksal. Aber was ist das Beste für ein behindertes Kind und seine Mutter? Ich wußte es nicht. Ich kannte nur meine fast bedingungslose Liebe zu diesem Kind, mit dem Wunsch, alles in meiner Macht stehende zu tun, um ihm zu helfen. Es wurde uns nur eine Form von Hilfe geboten: Apperatemedizin, Punktionen, Operationen und Krankengymnastik (KG). Eines ging ins andere über. Identifikationsmöglichkeiten mit anderen hatte ich nicht, die Gruppe, in die wir passten, mußte ich 1986 erst selbst mitgründen.
So glaubte ich, daß das Beste für David sei, was ihm die größten Chancen für sein späteres Leben eröffnete. Schritt für Schritt rutschte ich in eine für mich untypische Autoritätsgläubigkeit hinein, die ich erst wieder durchbrach, als David 3 1/2 Jahre alt war. Er begann sich aufzulehnen, gegen den täglichen Drill, der sich KG nennt und ihm angedeihen lassen sollte, was er nicht konnte. Man hatte mich zur Co-Therapeutin degradiert. Zur Handlangerin einer institutionalisierten Gesellschaft, die alles ausgrenzt, was anders ist und in dieser Logik auch Kinder vor ihrem Anderssein bewahren muß.
Wir hatten keine richtige Mutter-Kind-Beziehung mehr, Maßstab war immer das Erlernen normaler Fähigkeiten, nicht sein Wohlbefinden oder gar eine glückliche Kindheit. So wird es auch uns Eltern nahegebracht. Der wohl gängigsten Elternzeitschrift "Eltern" ist zu entnehmen: *"Viele Frühförderungskonzepte sind für Kinder ein Motivationskiller ... sie können die kindliche Kreativität lähmen.* (Mit ihnen - Anm. S.D.) *nimmt man Kindern die Möglichkeit, eigenen Gedanken Raum zu lassen, eigene Fähigkeiten spontan zu erleben, ohne Druck von außen sich selbst Erfolgserlebnisse zu verschaffen.... Daher ist es ganz wichtig, daß Eltern ihr Leistungsdenken nicht*

auf ihre Kinder übertragen.... Ein Kind zu fördern heißt vielmehr: ihm die Fähigkeit zu erhalten, Glück zu empfinden." Im gleichen Artikel heißt es aber: *"Natürlich braucht ein Kind, das unter einer Krankheit oder einer Entwicklungsverzögerung leidet, fachgerechte Behandlung. Für ein Kind aber, das sich normal entwickelt, hat intensive Förderung fast immer Nachteile."*[1] Da haben wir`s, den normalen Kindern sollen wir keinen Druck geben, damit sie *"ihr Ungestühm ausleben, sich austoben, Erfahrungen selbst machen können, damit sie lernen ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen"*[2] - für behinderte Kinder aber gilt der Förderdruck, koste er was er wolle. Hauptsache normal.

Letzte Szene eines mißglückten Versuchs uns in eine Norm zu zwängen: David liegt mit Sandsäcken am ganzen Körper beschwert in der KG auf der Matte und schreit. Panisch und voller Entsetzen schaut er mich dabei an. Warum helfe ich ihm nicht? Er hat Angst und kann sich nicht befreien - zu diesem Zeitpunkt war er noch fast am ganzen Körper gelähmt und schlaff (man nennt es hypoton). Die Krankengymnastin sagte, das brauche er, um seine Grundspannung zu erhöhen, und aus sozialer Sicht müsse er langsam mal in die Trotzanfälle kommen. Wenn ich es nicht ertragen könne, solle ich lieber raus gehen - *"ein Päuschen machen"*. Ich bin gegangen - und



zwar mit David - das Päuschen hat dann gedauert, bis er 8 Jahre alt war und von selbst wieder KG in der Schule machen wollte.

Wie konnte mir das passieren? Was geschieht mit uns Eltern von behinderten Kindern, daß wir uns nicht mehr am Wohlbefinden unseres Säuglings und Kleinkinds orientieren, sondern ihn frustrieren, ihm wehtun, ihn zwingen und uns dabei gegen sein Klagen, Weinen und Schreien abhörten? Aus der Warte einer alleinerziehenden Mutter heraus betrachtet, liegt dies in Folgendem begründet: Der Wert einer Frau wird tatsächlich noch immer an der Fähigkeit, gesunde Kinder zu gebären, festgemacht - auch von ihr selbst. Dies läuft bewußt und unbewußt ab, meistens versteckt und zwischen den Zeilen. Alleinerziehende Frauen sind aufgrund der Glorifizierung der Ehe noch immer unter Beweiszwang, ob sie ihre Kinder auch allein aufziehen können, besonders wenn sich ihre Kinder unartig oder irgendwie auffällig benehmen. Wenn sie nun behinderte, also auffällige Kinder bekommen, ist diesem Beweisen von vornherein der Boden entzogen. Denn es wird nur als vollwertig angesehen, was im Sinne der "Verwertbarkeit" vollfunktionsfähig ist. Die Verletzbarkeit dieser Mütter ist also ungleich höher und der Boden geebnet, sich an den Vorgaben der Autoritäten zu orientieren. So ist Trainieren streckenweise die einzige Form gewesen, über die wir Anerkennung erhielten. Wir taten alles, auch wenn`s schwer fiel. Es zeichneten sich kleine Erfolge ab, und ich hörte immer wieder "toll, wie Du das machst und schaffst" - von allen - da nehme ich Freunde und Familie nicht aus.

Doch zurück zum Päuschen. Nach und nach ließ ich alle Übungen aus dem Programm fallen, zu denen ich David zwingen mußte. Zuerst noch mit schlechtem Gewissen nebst Schuldgefühlen und dann immer mehr aus Überzeugung. Wenn ich merkte, daß etwas zäh und spannungsgeladen wurde, daß die Situation zur Last wurde, hörten wir einfach damit auf. Es begann ein Lotterleben. Wir hatten uns einfach nur lieb. Schmusten, badeten stundenlang, schaukelten endlos, machten spontane Besuche und viele Reisen. David entwickelte sich besser als je zuvor. Er lernte jetzt seinen Körper und die Welt über die Lust sich zu fühlen kennen und nicht mehr über den Frust falsch zu sein. Aber ich bekam Schimpf und Schelte. Teils von anderen Eltern und Ärzten, die prophezeiten, daß mir David später vorhalten würde, was er durch meine Schuld alles nicht könne (plötzlich war er zurechnungsfähig!). Besonders aber, als ich es wagte, diesen Werdegang in einer Elternzeitschrift zu veröffentlichen. Da konterte die Landesärztin der Hamburger Sonderschulen: *"Man kann ein behindertes Kind nicht nur lieben', man lebt mit ihm auf lange Zeit, und die Qualität dieses Lebens hängt wesentlich vom sinnvollen Einsatz der Co-Therapie ab."*

Heute muß ich Ihnen ganz entschieden widersprechen, liebe Frau Dr. Schwarzbach, man kann behinderte Kinder einfach nur liebhaben. Man kann mit ihnen das Leben genießen. Lernen, die Normen zu überschreiten und Begrenzungen zu durchbrechen. Ich habe dabei gelernt, meine Ängste zu überwinden, vor dem mir Fremden - Anderen. Weil ich es zugelassen habe, daß mein Sohn anders ist, als ich es mir vorgestellt hatte. Doch welches Kind ist schon so, wie wir es uns erträumen? An meinen beiden Kinden habe ich den Unterschied zwischen Behindert-Sein und Nichtbehindert-Sein sehr deutlich erleben können. David wurde gehindert, sich seinen Fähigkeiten entsprechend frei zu entfalten. Das macht eigentlich seine Behinderung aus. Er darf eben nicht ein Leben lang auf dem Bürgersteig herumkrabbeln, ohne schief oder schlimmer noch, ohne überhaupt nicht mehr angeschaut zu werden. Rollstuhl oder gehen lernen sind seine Alternativen, obwohl er doch ursprünglich so glücklich war, sich fortbewegen zu können.

Wie einfach hat es dagegen Anna: alles, was sie aus sich selbst heraus macht, wird belobt und beklatscht. Da ist es leicht, vor Selbstbewußtsein zu strotzen. Diese Erfahrung müssen aber unsere behinderten Kinder auch machen dürfen: um ihrer selbst willen angenommen und geliebt werden. Das habe ich leider erst begriffen, als David schon 3 Jahre Normalitätstraining hinter sich hatte. David hat heute das Glück, von denen, die ihn lieben, so angenommen zu werden, wie er ist. Nicht viele können das von sich behaupten. Das haben wir nur durch seine Behinderung gelernt. Und seine Schwester profitiert davon, weil dies nun auch für sie gilt (und das ist nicht einfach, ich sag nur eines: Ronja-Räubertochter...).

Vieleicht könnte David heute laufen - mit all dem Drill - wer weiß das schon? Aber um welchen Preis? Was ist Laufen-können gegen das Gefühl, sich toll zu finden, wie man ist, samt dem extra auf seinen Wusch glimmergoldlackierten Rolli?

Wir haben unseren ganz persönlichen Weg gefunden. Das ist es, was ich mit diesem Beitrag sagen möchte. Suchen, wechseln, hinterfragen, vergleichen, bis die Leute gefunden sind, die Stütze und Begleitung sein können, auf dem Weg, auf dem sich Kind und Eltern wohlfühlen können.

Wir haben eine gute Zeit zusammen, mit all den stinknormalen Kämpfen, die dazu gehören: Zimmer trotz Chaos nicht aufräumen, Sachen einsauen, zuviel Fernsehen, nicht ins Bett wollen, Lügen und nicht hören wollen. Auf jede Anordnung von mir, kommt ein "Ja-aber" von ihm. Denn leider habe ich bei all dem Hin und Her, was nun das Beste für ihn ist, eines aus dem Auge verloren: meinen ursprünglich feministisch orientierten Erziehungsansatz. Ich habe mir einen schrecklich süßen Macker herangezogen, der letztlich alles besser zu wissen scheint und dessen Bedürfnisse einfach schwerer wiegen. Später habe ich dann wenigstens meine Tochter versucht, rollenfrei zu erziehen, mit dem überwältigendem Erfolg, daß ich nun zwei schrecklich süße Macker habe - doch das ist ein anderes Thema...

SONJA DEUTER, HAMBURG

* Gruppe "Alleinerziehende Mütter mit einem behinderten Kind" im VAMV, Hamburg

Quellen:

1) + 2) Eltern, Heft 5/91
3) ASbH extra Heft 11/87

Sonja Deuter ist 35 Jahre alt, Mitarbeit MütterCourage e.V., VAMV Hamburg (Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.), Anti-Eugenik-Forum, Die Grünen.

Die Namen meiner Kinder wurden von mir geändert.

"...ansonsten würde ich Himmel und Hölle in Bewegung setzen ..."

Behinderte Kinder: Sind es in erster Linie Kinder oder zunächst Behinderte? Verbirgt sich dahinter eine eigene Lebensweise, in der die unterschiedlichen Ebenen von Kind-Sein und Behindert-Sein eine Einheit bilden, so wie wir es als Erwachsene in der Krüppel/Behinderten-Szene entwickelt haben? Oder steht - erinnert sei an unsere eigenen Clinchs mit Behörden, Krankenkassen ... um Pflegegeld, Hilfsmittel etc. - die amtliche Bestätigung von Behinderung im Vordergrund, um als potentieller Leistungsempfänger der Sozialbürokratie überhaupt anerkannt zu werden? Wird mit einer Bescheinigung über das Vorliegen einer Behinderung die mehr oder weniger vorhandene Benachteiligung behinderter Kinder im Vergleich zu Nichtbehinderten noch zementiert? Oder anders gefragt: Würde eine schnelle Zuschreibung von Behinderung nicht unserer Wahrnehmung entsprechen, Krüppel/Behinderte zu kategorisieren, zu klassifizieren, letztlich auszusondern? Daß Behörden wenig Interesse an den Tag legen, Behinderung anzuerkennen, zeigt das folgende Interview. Es berichten Lisa Mertens und Stefan Wolf über ihre Erfahrungen mit dem Versorgungsamt Essen über die Ausstellung eines Schwerbehindetenausweises für ihren zweijährigen Sohn Konrad. Das Gespräch führte Volker van der Locht.

die randschau: Ihr sagtet, daß ihr Probleme mit dem Versorgungsamt hattet?

Stefan: Die Motivation war, wir wollten Erleichterung haben. Wir haben einen Antrag gestellt auf Anerkennung dieser Behinderung, weil wir sehr viel Zeitaufwand haben. Was die Wahrnehmung von Therapien betrifft, und daß wir einen Kostenaufwand haben. Wir haben auch Probleme mit der Parkerei gehabt, wenn wir unterwgs waren, weil wir Konrad nicht einfach laufen lassen können. Deshalb haben wir den Antrag gestellt. Ich glaube es war drei Monate nachdem die Diagnose gestellt war - im Frühsommer 93 mein ich.

die randschau: Wie alt war Konrad damals?

Stefan: Ein einviertel Jahre.

die randschau: Und mit dem Antrag, was passierte dann?

Stefan: Das erste, was wir dann von dem Antrag gehört haben, war eine Bestätigung des Eingangs und auf der Eingangsbestätigung war schon eine Formulierung, die uns die Vermutung nahelegen sollte, daß die Bearbeitung des Antrags sehr sehr lange dauern würde, und daß läge daran, die Begründung stand sogleich mit darauf, daß eine Vielzahl von Unterlagen von Ärzten usw. erstmal eingeholt werden müßten. Tatsache war aber, wie wir später ermittelt haben, daß die lange Bearbeitungszeit nicht daran lag, daß die Ärzte ihre Gutachten und Diagnosen nicht rechtzeitig abgegeben haben, sondern der Grund war einfach, daß die Mühle Versorgungsamt unwahrscheinlich langsam mahlt.

Lisa: Beziehungsweise die haben auch Gutachten gar nicht angefordert, das ist, fand ich, der größte Skandal.

die randschau: Kannst Du das erläutern?

Lisa: Man mußte in dem Antragformular auch schreiben, bei welchen Ärzten Konrad in Behandlung ist und die Diagnose ist ja gestellt worden vom Sozialpädiatrischen Zentrum, von dieser Frau Scheidthauer, das ist die Ärztin dort. Sie hat ein schriftliches Gutachten dazu gemacht und deren Anschrift haben wir bei dem Antrag mit angegeben. Das wäre nun ja das allernächste gewesen, daß die Sachbearbeiter vom Versorgungsamt diesen Bericht anfordern. Das haben sie, wie mir die Ärztin vom medizinischen Dienst des Versorgungsamtes nach wirklich fast einem Jahr um Weihnachten 93 sagte, gar nicht angefordert. Sie hatte also nur eine Telefonnotiz, wo ihre Stellvertreterin, während sie im Urlaub war, mit der Stellvertreterin der Frau Scheidthauer telefoniert hat. Und diese beiden Personen, die sich mit dem Fall überhaupt nicht befaßt hatten, haben sich über den Fall einmal telefonisch ausgetauscht und dann hat die Stellvertreterin vom Versorgungsamt nur notiert, es bestünde der Verdacht auf eine spastische Lähmung. Seit einem dreiviertel Jahr lag aber schon die Diagnose in schriftlicher Form vor. Die haben die einfach nicht angefordert. Das finde ich unverschämt, wenn mir dann jemand als Antwort sagt, warum das alles so lange dauert, der Kinderarzt hätte ja sein Gutachten nicht eingereicht. Was im übrigen nicht einmal stimmte. Der hat umgehend, sobald er angeschrieben worden war, eine Stellungnahme abgeschickt. Das ist, finde ich, eine Unverschämtheit, da wird jemand beschuldigt, der überhaupt nichts getan hat und im anderen Fall haben die eine Diagnose gar nicht eingeholt, die schon seit einem Dreiviertel Jahr feststand.

die randschau: Wie ging es dann weiter?

Lisa: Dann sagte mir die leitende Ärztin vom medizinischen Dienst, sie würde ihr möglichstes tun. Unsere Akte hätte jetzt den Vermerk, "schnell zu bearbeiten".

die randschau: Nach welcher Zeit?

Lisa: Nach einem dreiviertel Jahr und nachdem wir schon viermal dort angerufen und uns schriftlich an das Versorgungsamt gewendet hatten, trug jetzt die Akte den Vermerk "Eilig". Was sie aber nicht daran hinderte, daß die Akte wieder zwei Monate lag, ohne daß irgend etwas passiert wäre. Dann hab' ich noch einmal in einem Kraftakt einen Telefonrundruf gestartet und keiner war da, der sich für zuständig erklärt hat. Selbst der stellvertretende Leiter des Versorgungsamtes hielt sich einfach nicht für zuständig, weil mit dem medizinischen Dienst hätte er nichts zu tun. Ich bin eine Stunde am Telefon hängen geblieben. Ich hab' mich von einem zum nächsten weiter verweisen lassen und wieder zum nächsten und wieder zum nächsten und irgendwann hab' ich dann auch einen Arzt vom medizinischen Dienst, ich glaub den Leiter des medizinischen Dienstes am Apparat gehabt, und dem hab' ich gesagt, ich würde jetzt so lange in der Leitung bleiben, bis etwas passieren

würde. Ich würde von ihm verlangen, daß wir eine Antwort bekämen und zwar noch innerhalb dieser Woche, ansonsten würde ich Himmel und Hölle in Bewegung setzen und sie würden so einen Ärger von uns kriegen, der sich gewaschen hätte. Ich würde mich nicht mehr länger auf den Arm nehmen lassen. Ich hab' den eine halbe Stunde nur noch angeschrieen und das Ergebnis war, daß wir dann eine Woche später den Schwerbehindertenausweis hatten.

die randschau: Und das Fazit?

Lisa: Ich finde das ziemlich eindeutig, kann man wirklich sagen, wenn nicht der Druck von unserer Seite gekommen wäre, wäre auch nach einem Jahr nichts passiert.

Stefan: Man stellt solch einen Antrag, weil man eine Erleichterung haben will und diese ist nur teilweise rückwirkend gewährbar. Du kannst rückwirkend beim Finanzamt die entsprechenden Freibeträge geltend machen, aber der Streß, den du hattest, weil du den Parkausweis nicht hattest, das ist dein Bier und deshalb ist für mich auch unverständlich, warum so etwas so lange dauern muß und wir sind auch überzeugt, daß es noch viel länger gedauert hätte, wenn wir nicht dermaßen Druck gemacht hätten.

Lisa: Ich hab' das auch der Ärztin vom medizinischen Dienst so geschildert. Eigentlich ist es ja ein Witz, daß man so etwas schildern muß. Eigentlich sollte man doch davon ausgehen, daß jemand, der da sitzt, in der Lage ist, ungefähr abzuchecken, was das für Leute bedeuten kann. Z.B. mit dem Parken, ich finde es körperlich unheimlich anstrengend, den Konrad immer durch die Gegend zu schleppen. Wenn ich mal eben was besorgen will, dann finde ich das mittlerweile eine enorme Erleichterung, wenn ich mich mal irgendwo hinstellen kann mit diesem Parkausweis und mal eben das Kind nehmen kann und mal eben was holen kann und nicht immer Kinderwagen rein ins Auto, raus aus dem Auto und zu dem Zeitpunkt konnte er auch noch nicht in einem Buggy sitzen, da hatten wir auch noch das Monster von Kinderwagen. Ich war immer richtig geschafft. Dann hab' ich ihr das alles erzählt am Telefon, daß mir wirklich daran läge, daß ich diesen Ausweis kriegen würde und dann wurde mir erzählt, da hätte sie ja vollstes Verständnis für, und dann passiert wieder zwei Monate nichts. Das fand ich eine schlichte Verarscherei. Da sitzt wirklich jemand auf seinen Hintern und sagt, ja ja, ich verstehe sie ja bestens, klar, kann ich ja alles verstehen, aber der rührt sich nicht.

die randschau: Habt ihr auch von anderen Eltern etwas ähnliches gehört?

Lisa: Was ich gehört habe und das fand ich auch einen Hammer, muß ich sagen, von einer Mutter. Die hat ein Kind, das ist so alt wie der Konrad, die Deborah, die ist jetzt so zwei oder zwei einviertel. Ich weiß nicht, was die für eine Behinderung hat, der fehlt irgend ein Stück von einem Chromosom. Die ist also wirklich schwerstbehindert, die ist unheimlich klein, die wird, wenn sie Glück hat, irgendwann in ihrem Leben vielleicht mal krabbeln können. Die wird wahrscheinlich nie laufen können. Die ist auch geistig schwer behindert und die Eltern haben daher einen Schwerbehindertenausweis beantragt. Den haben sie dann auch bekommen. Aber die haben nicht den Vermerk aG “außergewöhnlich Gehbehindert”. Das heißt, die haben auch diese Parkplakette nicht. Dann hat die Mutter noch mal nachgefragt, wieso sie das nicht hätten. und nur als lapidare Antwort gekriegt, ja in einem Jahr könnten sie ja einen neuen Antrag stellen und dann könnten sie im Antrag reinnehmen, daß sie den Vermerk aG gerne hätten.
Da könnte ich an die Decke springen, wenn ich so was höre. Ich denke, da könnte man juristisch was gegen machen, aber das sind Leute, die haben sechs Kinder und dieses behinderte Kind ist jetzt das letzte, die haben überhaupt keine Zeit, die haben gar keine Nerven und keine Energie, so einen Kraftakt zu unternehmen, da so einen Amoklauf zu starten. Jetzt haben die also keine Parkplakette, jetzt parkt die Mutter immer schön fleißig auf irgendwelchen regulären Parkplätzen und rennt dann mit dem Kind drei Häuserblocks weit, bis sie dann da ist, wo sie hin will. Find ich eine Sauerei.



die randschau: Du sagtest auch, daß die Verwaltungsstelle des Versorgungsamtes mit dem medizinischen Dienst nichts zu tun hat, bzw. die eine Stelle nicht weiß, was die andere tut?

Lisa: Sagen sie. Als ich das erste mal da angerufen hab', hat mir die Verwaltungsangestellte gesagt, wir haben alle Unterlagen gesammelt und an den medizinischen Dienst weitergeleitet. Nach einem dreiviertel Jahr stellte sich aber heraus, sie hatten das Gutachten vom Sozialpsychiatrischen Zentrum (SPZ) noch gar nicht angefordert - also Widersprüche über Widersprüche.

Stefan: Sie haben, glaube ich, nur die Stellungnahme vom Kinderarzt erbeten und zwar ein Kinderarzt, der nicht in der Lage war, überhaupt eine Diagnose zu stellen.

die randschau: Also nur ein normaler Kinderarzt?

Stefan: Ja, ja, aber die haben gar nicht nachgehört, was inzwischen passiert ist. Von der Antragstellung an angefangen, haben wir Therapeutinnen eingeschaltet, wir haben das Kinderneurologische Zentrum in Bonn eingeschaltet, um Konrad zu begutachten und uns zu beraten. Wir haben eine Krankengymnastin, die sich gut auskannte und Konrad kannte, zugezogen. Aber die sind nicht mal auf die Idee gekommen, überhaupt mal zu sichten, was ist möglich, an Erkenntnissen zu gewinnen, was gibt es für Erkenntnisse, sondern die haben nur standardmäßig den Kinderarzt angefragt, der wußte sowieso herzlich wenig, und das war alles und diese unvollständigen Unterlagen haben sie an diesen medizinischen Dienst weitergeleitet, der aufgrund dieser Unterlagen wahrscheinlich irgendwann zu der Überzeugung gekommen wäre, kein Ausweis.

Lisa: Man muß das trennen. Du kannst eigentlich zweierlei Vorwürfe erheben. Zum einen haben sie wirklich Falschauskünfte gegeben und gesagt, wir haben die Unterlagen angefordert und weitergeleitet. Was ja nachweislich nicht stimmt, denn die haben die Unterlagen gar nicht erst angefordert. Das ist der eine Vorwurf. Und der andere ist, daß es nicht Sache der Eltern bzw. des Antragstellers sein kann, sich in diesem ganzen Apparat so auszukennen, daß du weißt, worauf es ankommt. Das heißt, wenn die einen Antrag kriegen von einem einjährigen Kind und der liegt ein dreiviertel Jahr zur Bearbeitung, dann muß ich als Arzt in der Lage sein zu denken, daß irgendwas in der Zwischenzeit mit diesem Kind passiert ist. Das irgendwelche neue Erkenntnisse dazu gekommen sind, vielleicht noch neue Ärzte dazugezogen worden sind. Das heißt, ich muß doch mal nachfragen bei den Eltern.
Also zum einen haben sie das, was sie hätten anfordern können, nicht angefordert, und zum anderen haben sie auch überhaupt nicht mal nachgehakt. Und das ist uns, und das finde ich die Unverschämtheit, dann zum Vorwurf gemacht worden. Das hat doch allen Ernstes der stellvertretende Leiter vom Versorgungsamt mir gesagt. Ja wenn das so lange dauert, ja dann ist das doch ihre Aufgabe da nachzuhaken.
Da hab' ich dem gesagt, ich kann ihnen mal eine Liste geben, wie viele Telefonanrufe ich getätigt habe, wie viele Male ich nachgehakt habe und da hat man mir die Auskunft verweigert. Von der Verwaltung haben die mir doch gesagt, sie geben keine Auskünfte, dafür ist der medizinische Dienst zuständig. Darauf habe ich gesagt, dann geben sie mir den medizinischen Dienst, worauf die Verwaltungsangestellte mir gesagt hat, das dürfen wir nicht. Mit anderen Worten, es ist total gemauert worden. Ich hab' keine Telefonnummer vom medizinischen Dienst bekommen.
Als ich das diesem stellvertretenden Leiter vom Versorgungsamt gesagt habe, sagt der mir, ja das täte ihm aber leid, da hätte irgend-

eine Mitarbeiterin wohl Mist gemacht. Natürlich würde man auch die Nummer vom medizinischen Dienst bekommen. Was hab' ich aber davon, wenn ich da schon zehnmal abgeblockt worden bin. Ich finde, das kann man schlecht auf einen Punkt bringen. Aber ich finde einfach, es ist haarsträubend, wie das gelaufen ist von vorne bis hinten und ich finde es eine absolute Sauerei, daß du als Antragsteller, wo du schon genug um die Ohren hast, das letzte von Energie aus dir rausholen muß, um zu irgend einem Ergebnis überhaupt zu kommen.

die randschau: Ihr habt jetzt euren Antrag so durchbekommen, wie ihr euch das vorgestellt habt, oder haben die dann doch noch irgendetwas verweigert?

Stefan: Wann haben wir den Ausweis bekommen?

Lisa: Im März, März 94, nach fast einem Jahr

die randschau: Wie alt war der Konrad da?

Lisa: Der war dann fast zwei.

Stefan: Der Ausweis ist für ein Jahr gültig.

Lisa: Das find' ich auch einen Hammer. Uns steht jetzt der gleiche Kraftakt bevor, wie bisher.

Stefan: Wir haben bis jetzt noch nicht die Energie aufgebracht, Briefe zu schreiben. Die sollen uns mal detailliert sagen, bis wann sie welche Unterlagen haben müssen, daß sichergestellt ist, daß der Ausweis durchgehend gültig ist. Nicht das wir so eine Lücke kriegen. Dann können wir nämlich den Ausweis wieder abgeben, können wieder ein dreiviertel Jahr warten, wenn wir es dumm anstellen, um dann wieder einen Ausweis zu bekommen, der dann wieder ein Jahr gültig ist.

Lisa: Also ich finde, das ist doch das Minimum, was eine Behörde leisten muß, wenn die Diagnose lautet Spastik, daß das nicht nach einem Jahr gegessen ist. Ich finde das ja in Ordnung, wenn die sagen, bei einem Kind kann sich ja eine Menge tun...

Stefan: ... aber dann müssen sie auch von vornherein sagen, wir brauchen bis drei Monate vor Ablauf der Bewilligungsfrist ein Gutachten von dem und den, dann kann das weiterlaufen. Aber nichts, sie lassen dich wieder ins Messer laufen.

die randschau: Aber das haben sie schon angekündigt, daß das sie irgendwelche Unterlagen brauchen?

Lisa: Nein. Das einzige was klar ist, daß der Ausweis im März 95 ausläuft. Es ist jetzt uns überlassen, uns wieder zu erkundigen. Müssen wir da wieder ein neues Antragsformular haben, wann müssen wir den Antrag stellen, damit wir eine Chance haben, daß das nahtlos ineinander übergeht. Alle Aktivität liegt wieder bei uns. Das kann nicht sein. Da muß eine Behörde anders arbeiten. Das ist doch nur ein Papier, das sie reinschreiben. "Wenn Sie wünschen, daß der Ausweis von März 95 an weiter verlängert wird, dann bitten wir Sie, bis dann und dann neue Unterlagen einzureichen. Wir schicken Ihnen schon mal ein Formular zu."

Stefan: Das Problem für die ist, dann wären sie gezwungen, auch tatsächlich sauber zu arbeiten. Wenn sie das nämlich ankündigen, dann müßten sie auch rechtzeitig den neuen



Ausweis bereitstellen. Das heißt, sie lassen es lieber laufen, dann kommen die Leute an und sagen, Sie kommen ja viel zu spät. Das heißt, sie programmieren jetzt schon die neuen Ausreden vor, weil klar ist, wenn du dich nicht mit vollster Energie drum kümmerst, stehst du irgendwann ohne Ausweis da.

Lisa: Es fehlt ein Minimum an Eigeninitiative. Also ich hab' mit der leitenden Ärztin vom medizinischen Dienst telefoniert und gesagt, wir weigern uns, daß der Konrad nochmal von einem sechsten Gutachter unter die Lupe genommen wird, Das ist psychisch nicht vertretbar. Der hat so eine Angst vor Ärzten entwickelt, sobald du irgendwo reinkamst, wo es nur vom Gebäude aussah nach Behörde, fing der an zu schreien. Und das fand ich vor allem nicht vertretbar, weil ja fünf Gutachten vorlagen. Sie haben auch gar keinen Gutachter für so kleine Kinder. Sie haben offensichtlich Ärzte, die den Umgang mit Erwachsenen kennen, aber sie, die Ärztin vom medizinischen Dienst, hatte wohl selber arge Zweifel, ob sie die geeigneten Leute zur Verfügung haben, die mit so einem kleinen Kind umgehen können. Daraufhin haben sie sich angeblich nach einem dreiviertel Jahr aufgerafft, sich mal umzuhören, welcher Kinderarzt denn ein Gutachten über Konrad abliefern könnte. Daraufhin sind sie dann wieder auf Frau Scheidthauer zurückgekommen, die ja schon die erste Diagnose gestellt hat. Die war dann aber nicht erreichbar oder nicht verfügbar für diese Zwecke. Dann haben sie sich angeblich ein Bein ausgerissen, bis sie irgendeine Kinderärztin aufgetan haben. Kannst du mir mal sagen, wofür? Das ist doch wirklich absurd. Das Kinderneurologische Zentrum in Bonn ist doch eine anerkannte Facheinrichtung. Da waren wir noch zwei Monate, bevor ich noch im Januar mit ihr telefoniert habe. Da waren wir im November 93 noch gewesen. Was soll denn in den zwei Monaten passiert sein mit ihm, daß auf einmal eine völlig neue Diagnose hätte vorliegen können.

die randschau: Wie will das Versorgungsamt Konrads Behinderung beurteilen, wenn sie keinen geeigneten Gutachter haben?

Lisa: Ich weiß das nicht. Ich hab' den Verdacht, daß das einfach nach Augenscheinnahme geht. Ich hab' das jetzt von zwei Leuten gehört, die z.B. den Antrag auf Schwerpflegebedürftigkeit gestellt haben. Die Kinder sind gleich alt, die Kinder haben beide das Down-Syndrom. In dem einen Fall ist der Antrag bewilligt worden, in dem anderen Fall ist er abgelehnt worden. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Der Antrag ist bei dem Kind bewilligt worden, was sogar noch wesentlich selbstständiger ist als das andere, weil das andere hat einen schweren Herzfehler, es ist zweimal operiert worden, und es darf sich überhaupt nicht anstrengen, da muß wirklich ständig jemand hinterher sein. Nur dessen Antrag ist abgelehnt worden. Das entscheidet der Gutachter, das beruht eben auf dem persönlichen Urteil desjenigen, den du gerade mal erwischst. Ich hab' ja nichts dagegen, daß die sagen, es ist noch ein kleines Kind, da kann sich viel tun, wir können den Antrag nicht auf fünf Jahre ausstellen, aber ich finde die Befristung auf exakt ein Jahr eine Unverschämtheit. Wenn uns kein Mensch sagen kann, ob und wann der Konrad jemals laufen lernen wird. Das einzige was die vom Kinderneurologischen Zentrum in Bonn gesagt haben, sie sind der Überzeugung, daß er mal irgendwann laufen lernen wird, aber sie können überhaupt nichts darüber aussagen, wann das sein wird. Das kann zwei Jahre dauern, das kann drei Jahre dauern, das kann man einfach nicht sagen. Was würden die sich dabei vergeben, wenn sie den Ausweis auf zwei Jahre ausgestellt hätten. Das du einfach mal Luft kriegst, das du mal Pause machen kannst mit diesem ganzen Behördenscheiß.

die randschau: Und selbst wenn der Konrad laufen kann, daß er dann ist ja auch als gehbehindert gilt und deshalb durchaus Probleme haben kann.

Lisa: Ich geh mal davon aus, wenn der laufen lernen wird, dann wird der noch unheimlich lange permanent auf die Nase fallen, wird unheimliche Schwierigkeiten haben und ob der überhaupt jemals so flüssig durch die Gegend traben kann, das ist sowieso noch alles dahingestellt.

die randschau: Und die Einschätzung für die Zukunft?

Lisa: Ich kann nur sagen ich hab' das Gefühl, daß wird einem die nächsten Jahre oder Jahrzehnte begleiten.

Die "Beleidigung"


Foto: Barbara Eckert, Berlin

Jeden Moment muß es klingeln! Schnell noch das Kaffeewasser aufgesetzt, die Schürze glatt gestrichen, Franziska ermahnt und Max aufgemuntert. Was ist heute bloß mit dem Jungen los? Er ist mürrisch und hängt in seinem Rollstuhl rum, als wäre er noch Hunderte von Prozenten mehr gelähmt, als er es sowieso schon ist.

"Was will denn schon wieder ein Arzt von mir, ich bin doch gar nicht krank" mault Max. Ich erkläre ihm zum zigsten Mal, daß wir das mitmachen müssen, wenn wir das Rikscha-Fahrrad von der Krankenkasse haben wollen. Warum die ihren Medizinischen Dienst so oft auf ihn hetzen, kann ich ihm zwar auch nicht erklären, aber was hilfts?! Schließlich bin ich froh, daß ich wenigstens bis zu diesem Termin heute gekommen bin, nachdem sie den Antrag erst verschleppt und dann behauptet hatten, daß dieses Fahrrad keine Kassenleistung ist, was aber nicht stimmt.

Der Wasserkessel pfeift und kaum habe ich den Kaffee aufgebrüht, klingelt es auch schon an der Haustür. Herr Dr. ... ist freundlich und in Eile, möchte keinen Kaffee, weil er gleich zum nächsten Untersuchungstermin muß und beginnt sofort, Max nach medizinischer Kunst zu messen und zu begutachten. Max hat sein störrischstes Gesicht aufgesetzt, was ich je bei ihm gesehen habe. Oje, wenn das man gut geht. *"Immer muß ich mich untersuchen lassen"*, mault mein 10-jähriger gequält. Herr Dr. ... lächelt ebenso ... Er murmelt beim Aufschreiben seine Diagnosen, alle schon hundertmal gehört, für mich nur kalter Kaffee.

Wenn er einen Therapietip parat hätte, das wäre ja vielleicht noch eine Bereicherung, aber so ... Ich denke das still in mich hinein und hoffe auf einen guten Ausgang für uns, denn wenn er das Fahrrad nicht befürwortet und für Max nicht als wichtig und richtig befindet, dann Rikscha ade und wir schieben weiter nur Rollstuhl an den Wochenenden. Wir könnten soviel mehr Spaß miteinander haben und Max so vieles mehr erleben und e r f a h r e n ...

"Komm, jetzt muß ich Dich noch schnell an den Füßen angucken, dann bin ich gleich weg und Du bist erlöst." Er zieht Max die Socken aus und sagt, während er die Diagnose aufschreibt, mehr zu sich selbst als zu uns: *"typische spastische Spitzfußhaltung ..." "Das ist eine Beleidigung"* schreit Max daraufhin schwer erregt. *"Das nehmen Sie sofort zurück!"* Völlig entgeistert starre ich meinen Sohn an, dann muß ich lachen. Erleichtert stelle ich fest, daß der Arzt mitlacht. Max wird dadurch jedoch nur wütender, er beschimpft nun uns beide. Als ich ihn endlich beschwichtigen kann, ist der Begutachter schon an der Wohnungstür. Ich will mich entschuldigen, er winkt ab und sagt: *"Das geht schon in Ordnung mit dem Fahrrad. Sie erhalten bestimmt bald Bescheid."*

Während ich den kaltgewordenen Kaffee trinke und Max beim Nußmuskeks seine Zornesfalten glättet, denke ich angestrengt darüber nach, warum es in diesem Land zu dieser Zeit so unerwünscht sein kann, daß behinderte Kinder selbstbewußt auftreten. Diesmal hatten wir also Glück und ich denke entschuldigend für all die anderen vorher und nachher, daß die Begutachter doch auch nur in der Mühle stecken, die deren Brötchengeber mahlen. So freue ich mich mit Max auf das Fahrrad und bange schon vor dem nächstens Jahr, wenn die nächste Begutachtungswelle wegen der Pflegeversicherung losgeht und mein Sohn vielleicht noch einen Zacken selbstbewußter geworden ist. Denn ein selbstbewußter schwer behinderter Mensch paßt wohl immer noch nicht in das gängige Bild der "Ausgleichsverwalter" und bewirkt leider allzuoft, daß die tatsächlich benötigte Hilfe dann nicht gewährt wird.

GABI

"Also dieses Gesetz beinhaltet eine Entwicklung von verschiedenen Sonderschulmodellen aber nicht von Integration."

Seit Jahren streiten Eltern darum, daß ihre geistig- oder lernbehinderten Kinder in Regelschulen unterrichtet werden. Seit Jahren gibt es auch verschiedene erfolgreiche Modellprojekte in Grundschulen (Primarstufe) und in weiterführenden Schulen (Sekundarstufe I). Eine gesetzliche Absicherung integrativer Ansätze in den Schulen werden aber massive Widerstände entgegengesetzt, Eines der vorgebrachten Argumente zur Ablehnung eines gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Kindern lautet: Geistig behinderte Kinder können im Gegensatz zum Beispiel zu körperbehinderten nicht zielgleich, das heißt auf dem intellektuellen (!?) Leistungsniveau der Regelschule unterrichtet werden. Diese Begründung scheint jedenfalls die SPD Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zur Leitlinie ihrer Schulpolitik erhoben zu haben. Zwar erhalten die bestehenden und geplanten integrativen Schulprojekte mit dem "Gesetz zur Weiterentwicklung der Sonderpädagogischen Förderung "welches am 15. Juni im Düsseldorfer Landtag in erster Lesung beraten wurde, endlich eine rechtliche Grundlage, eine generelle Nichtaussonderung behinderter Kinder wird mit dem Gesetz nicht angestrebt. Welche Konsequenzen ergeben sich aus den neuen Regelungen für die integrativen Schulen? Wie sieht beispielhaft die Situation in den Städten aus? Wir sprachen mit Ulrike Bleckmann von der Inititive "Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernern" in Essen. Das Gespräch führte Volker van der Locht.

die randschau: Ulrike, kürzlich wurde ein Entwurf zu einem Sonderschulentwicklungsplan in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Was meinst Du dazu?

Ulrike: Ja, es ist ein Sonderschulentwicklungsgesetz und das wird uns als die Möglichkeit verkauft, in Zukunft integrativ arbeiten zu können. In dem Gesetz steht allerdings hauptsächlich, welche besonderen Sonderschulformen es außer der jetzt bekannten Sonderschule noch geben kann, also Förderklassen an Regelschulen oder die sogenannte Förderschule mit den ausgelagerten Klassen. Es gibt also viele Extras und Möglichkeiten nur eben keine Handhabung, daß Regelschulen dazu gebracht werden können, ein bißchen dazu verpflichtet werden können, integrativ zu arbeiten. Das ist immer noch nur mit einem Antrag möglich und in der Sekundarstufe nur als Schulversuch und eigentlich vorzugsweise nur für Kinder, die zielgleich unterrichtet werden können.

die randschau: Was bedeutet das für die integrativen Modelle?

Ulrike: Einen wichtigen Aspekt hab' ich jetzt noch vergessen. Integration soll in diesem Sonderschulentwicklungsgesetz nur möglich sein, wenn die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Wenn Integration laufen soll, dann wird das nur haushaltsbedingt ausgeweitet und da wir im Moment kein Geld haben, wird man sich immer wieder darauf berufen, um uns abzuwimmeln, wenn wir Integration fordern, weil es angeblich ja so teuer sein soll. Es gibt aber noch keine Rechenmodelle, wie teuer es werden soll, integrativ zu arbeiten. Es gibt keinen Plan, wie Integration ausgeweitet werden soll. Also dieses Gesetz beinhaltet eine Entwicklung von verschiedenen Sonderschulmodellen aber nicht von Integration.



die randschau: Also heißt das, daß die bestehenden Integrationsklassen nicht mehr weiter geführt werden?

Ulrike: Nein, die bestehenden Integrationsklassen werden weitergeführt und in den Grundschulen soll es ja eigentlich auch zur Regel werden aber wie gesagt unter Maßgabe des Haushaltes und in der Sekundarstufe wird es wahrscheinlich so weiterlaufen wie bisher, das eine Handvoll von Schulen im Sekundarbereich integrativ unterrichten wird. Es ist mir bisher nicht bekannt, daß noch zusätzlich Schulen in der Sekundarstufe einen Antrag auf zieldifferente Integration stellen können, also für Kinder, die unterschiedliche Lernniveaus haben.

die randschau: Wieviel Integrationsmodelle gibt es denn in Nordrhein-Westfalen?

Ulrike: Also es gab bisher sieben Gesamtschulen, die integrativ gearbeitet haben, integrativ in dem Sinne, daß Kinder, die auch lernbehindert und geistigbehindert sind in Regelklassen unterrichtet wurden und jetzt kommen noch zehn weitere Schulen hinzu, darunter meiner Information nach sieben Gesamtschulen und dann noch drei Hauptschulen, die auch integrativ arbeiten, wenn es um Binnendifferenzierung geht. Es gibt aber noch eine ganze Reihe von anderen Schulen, die z.B. hörgeschädigte oder sehbehinderte oder blinde oder taube Kinder integrieren. Ganz davon abgesehen, daß es zum Glück immer noch möglich ist, daß Kinder mit einer Körperbehinderung die Regelschule besuchen, weil sie ja zielgleich zu unterrichten sind. Auch Kinder mit dicken Brillen werden doch noch relativ unkompliziert in den Regelschulen aufgenommen.

die randschau: Und bei den Grundschulen, wieviel Integrationsschulen gibt es da?

Ulrike: Von der Uni Dortmund gibt es eine Untersuchung. Es sind ungefähr, man streitet sich, ob es ein oder zwei Prozent aller behin-

derter Kinder sind, die also integrativ beschult werden. So ungefähr liegt es. Wir reden jetzt also darüber, ob es nicht noch ein Prozent mehr werden soll.

die randschau: Und die zehn neuen Schulen im Sekundarstufenbereich, die werden dann infolge dieses neuen Sonderschulentwicklungsgesetzes eingerichtet?

Ulrike: Nein, die werden jetzt eingerichtet unabhängig von diesem Sonderschulentwicklungsgesetz. Nur das bisherige Gesetz hatte keinen Platz, um solche Integrationsversuche überhaupt als Regel zu genehmigen. Dieses neue Gesetz schafft die Möglichkeit, daß man integrative Beschulung auch gesetzlich ermöglichen darf. Das ist Ziel dieses Gesetzes, jetzt darf man auch integrativ arbeiten.

die randschau: Wie sieht es mit der schulischen Integration in Essen aus?

Ulrike: Ja in Essen haben wir jetzt eine große Schlappe erlebt. Es war uns ja eine 0,7 Stelle für eine Gesamtschule, die integrativ arbeiten würde, reserviert worden und eine damit verbundene Genehmigung und da keine der sieben Essener Gesamtsschulen mit über 40 Eingangsklassen in diesem Schuljahr bereit war, eine einzige Klasse integrativ zu führen, wird es so aussehen, daß es auch in Zukunft sehr schwer sein wird, eine Weiterführung zu erreichen. Es ist eine gute Möglichkeit, die es jetzt ausnahmsweise mal gab, wieder vertan worden. Es hat für alle, die hier in Essen für Integration kämpfen und auch integrativ arbeiten und ihre Kinder integrativ erziehen wollen oder schon tun, sehr negative Auswirkungen.

die randschau: Aber fangen wir doch nochmal von vorne an. Wieviel Integrationsklassen im Grundschulbereich gibt es?

Ulrike: Hier in Essen?

die randschau: Ja.

Ulrike: In Essen soll es angeblich an sieben Grundschulen Integrationsklassen geben. Es sollen also eine bestimmte Anzahl von Kindern integrativ betreut werden, aber wenn man mal dahinter guckt, sieht man, daß in manchen Klassen Kinder, die im Rollstuhl sitzen und die im ebenerdigen Pavillion z. B. unterrichtet werden, als integrativ erzogen, irgendwo dann registriert werden. Aber dort wird nie ein lernbehindertes geschweige denn ein geistig behindertes Kind jemals integriert werden.

die randschau: Es gibt also auch Zählkandidaten?

Ulrike: Das gibt es auch. Es gibt z.B. Grundschulen, die haben mal entdeckt, daß eines ihrer Kinder lernbehindert ist. Dann wurden die Kinder im zweiten Schuljahr integrativ weitergeführt. Lernbehinderte Kinder werden auch an verschiedenen Grundschulen noch integrativ erzogen - aber nur einzelne. Es gibt auch Grundschulen, die schon mitgeteilt haben, daß sie das in Zukunft nicht mehr machen wollen und geistig behinderte Kinder wurden im letzten Jahr nur an der Hüttmannschule in Altendorf integriert.

die randschau: Aber wäre es da nicht konsequent, wenn diese Kinder in die fünfte Klasse kommen, daß dann auch im Sekundarstufenbereich eine Klasse irgendwo im Essener Stadtgebiet eingerichtet wird?

Ulrike: Sicher wäre das konsequent, aber man kann ja keine Schule zwingen, integrativ zu arbeiten und da ja immer die Mehrheiten zählen, kommen also auch die Lehrer nicht zum Zuge, die integrativ arbeiten wollen. Man kann sagen, daß in jeder Gesamtschule etwa ein Drittel der Lehrer integrativ arbeiten wollen. Je nachdem wie groß die Gesamtschule ist, kann man sich an drei Fingern ausrechnen, wieviel Eingangsklassen man dort integrativ führen könnte. Theoretisch, aber da die Mehrheit entscheidet...

die randschau: Wer entscheidet das, die Lehrerkonferenz?

Ulrike: Die Schulkonferenz

die randschau: ...bestehend aus Lehrern Eltern und Schülern.

Ulrike: Richtig ja. Obwohl es gar nicht unbedingt immer so das Problem ist, daß die Schüler oder Eltern dagegen sind. Es zeichnet sich ab, daß vielleicht die Lehrer häufig Angst haben, daß Dinge, die als freiwilliges Angebot an ihren Schulen gestartet werden, hinterher zur Pflicht werden. Ich muß ja auch versuchen als Betroffene mal zu sehen, wie kommt es zu solchen Entscheidungen und da seh ich einfach, daß es in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen ist, daß Dinge als Schulversuche begonnen wurden, dann später die Mittel gestrichen worden sind und die Lehrer es dann trotzdem weitergeführt haben. Doch die Angst besteht einfach, daß man quasi als Lehrer den kleinen Finger reicht und später dann die ganze Hand geben muß und da die Lehrer sowieso sehr ausgebrannt sind und sehr gebeutelt sind, vom Kultusministerium auch nicht gerade nett behandelt werden, gibt es da große Vorbehalte in der Lehrerschaft.

die randschau: Was ist das für eine Stelle, die 0,7 Stelle?

Ulrike: Ja, das ist im Grunde recht kompliziert. Es sieht so aus, daß wenn man eine Integrationsklasse startet und weniger Kinder aufnimmt dadurch die Schule auch weniger Lehrerstunden zugeschrieben bekommt. Und um das wieder wett zu machen, wird diese 0,7 Lehrerstelle gutgeschrieben, das macht aber mehr aus als der Verlust durch die sechs nichtbehinderten Kinder, die man nicht aufnehmen kann. Also, du nimmst weniger Kinder auf und dadurch kriegst du auch weniger Lehrerstunden und die werden dann wieder gutgeschrieben mit 0,7 Lehrerstunden. Der Sonderschullehrer, der kommt sowieso in die Klasse.

die randschau: Du hast mal gesagt, daß die Schulen deshalb gegen Integration sind, weil dann weniger Abiturienten einen Abschluß machen.

Ulrike: Ich muß jetzt sagen, daß das natürlich eine Unterstellung ist und niemand es wagen würde, es offen so auszusprechen. Aber es wird immer wieder gesagt, für die behinderten Kinder, die wir dann aufnehmen, für die drei Behinderten, die ja dann lernbehindert oder geistigbehindert sind, können wir ja sechs bis acht nichtbehinderte Kinder nicht aufnehmen und das bedeutet in der Konsequenz, daß ca. drei bis vier Kinder vielleicht kein Abitur machen werden. Das würde sich natürlich in der Statistik für die Schulen nicht so gut auswirken. Ich weiß nicht, ob das dann auch die Oberstufe gefährden würde, an manchen Schulen vielleicht.

die randschau: Vielleicht kannst Du noch etwas zu Deinen Kindern erzählen. Du sagtest, daß auch Deine nichtbehinderte Tochter Annika nicht angemessen an der Gesamtschule Mitte gefördert wurde?

Stimmen zum NRW-Sonderschulentwicklungsgesetz

Am 15. Juni beriet der nordrhein-westfälische Landtag in Düsseldorf den Entwurf des "Gesetzes zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung - kurz Sonderschulentwicklungsgesetz. Seit der Veröffentlichung des Entwurfes am 7. Dezember 1993 bis zur erwähnten Parlamentslesung haben sich verschieden Organisation und Einzelpersonen dazu geäußert. Wir dokumentieren einige Aussagen.

"Die im Entwurf aufgezeigten sog. 'Weiterentwicklungen' - nämlich 'Förderschule' und 'Sonderklassen an Regelschulen' - manifestieren das traditionelle Auslesesystem (...) Auch die bislang bekannten Entwürfe zum 'Feststellungsverfahren des sonderpädagogischen Förderbedarfs' und der 'Festlegung des Förderortes' dienen nicht der Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts. Sie bringen keine qualitativen Verbesserungen, da sie weiterhin defizitorientiert sind und keine Beschreibung der individuellen Förderprofile der Kinder ermöglichen."
(aus: Stellungnahme der "LAG Gemeinsam leben, gemeinsam lernen NRW" vom 4.1.1994)

"Der Gesetzentwurf sieht keinen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht vor. Die Verpflichtung zum Besuch einer Sonderschule besteht weiterhin, wenn die integrative Förderung an einer allgemeinbildenden Schule nicht möglich ist. Regelförderort soll - wie gehabt - die Sonderschule sein. Der integrative Unterricht ist nur im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel möglich. Er bedarf obendrein der Zustimmung des Schulträgers."
(aus: Die Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen: Infodienst Soziales. Grüne Kritik am Sonderschulentwicklungsgesetz. April 1994)

"Für die Schulträger schafft der Gesetzentwurf mehr Flexibilität bei der Gestaltung ihres Sonderschulwesens."
Kultusminister Schwier (SPD)
(aus: Landtag Nordrhein-Westfalen Plenarprotokoll 11/134 vom 15.6.1994, S. 16868)

Ulrike: Also meine Meinung ist und meine persönliche Erfahrung mit meinen Kindern ist, solange die Gesamtschule nicht binnendifferenziert arbeitet, das heißt, solange sie den Unterricht nicht auch innerhalb der Klasse speziell auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kinder ausrichtet, kann die Gesamtschule weder die geistig behinderten noch die hochbegabten Kinder fördern. Das ist meine persönliche Erfahrung und ich weiß auch von anderen Eltern, die also sehen, daß ihre ehemals leistungsstarken Kinder in der Gesamtschule abfallen. Dazu gibt es auch Untersuchungen, die das belegen. Daß es zu einer Nivellierung der Leistung kommt und das liegt daran, weil dort eben nicht binnendifferenziert, das muß man betonen, nicht binnendifferenziert gearbeitet wird, sondern höchstens außendifferenziert, das ist erstens anstrengend für die Kinder und zweitens bringt es nicht das, was es bringen soll. Deswegen ist Integration für die Gesamtschulen die Chance, dann würden sie endlich den Unterricht machen, den sie laut Konzept machen sollten.

die randschau: Und mit Janina, wie sieht ihre Zukunft aus?

Ulrike: Ja, jetzt steht sie also fatalerweise davor, daß sie mit zwölf Jahren ausgesondert wird. Sie hat bisher gelernt, sich als behinderter Mensch in der Nichtbehinderten-Welt zurechtzufinden, sich dort verständlich zu machen und sich so zu verhalten, daß sie verstanden wird und jetzt, wo sie ja auf dem Weg zum Erwachsen-Werden ist, lernt sie nicht, als Erwachsener sich in der Erwachsenen-Welt der Nichtbehinderten zu bewegen. Das muß ich ihr jetzt privat zuhause mitgeben, ob ich das schaffen werde, weiß ich nicht. Sie hat natürlich wichtige Erfahrungen gemacht, das ist unbestritten, aber es wird nicht mehr gefördert, daß sie sich in dem normalen Leben zurecht findet.

die randschau: Wohin geht sie denn jetzt zur Schule?

Ulrike: Sie geht jetzt zu einer Sonderschule. Man will ja immer das allerbeste für seine Kinder. Sie geht eben jetzt nach Bochum in die Waldorf-Schule, Schule für Seelenpflege, und es ist im übrigen überhaupt kein Problem, diese Fahrt wird natürlich vom Schulamt finanziert. Das wird enorme, immense Fahrtkosten bedeuten, aber das wird finanziert. Das ist überhaupt kein Problem, sie wird dort hinkommen.

Kindheit unter Diagnose-Macht



Wie sieht es aus mit der Situation behinderter Kinder? Eine erschöpfende Antwort kann hier nicht gegeben werden, aber aus den Aussagen der Eltern in den vorgestellten Interviews zu Versorgungsamt und Schulintegration wird deutlich: Am Anfang steht ein Wunsch der Eltern nach Unterstützung durch öffentliche Institutionen. Das zeigt die Beantragung des Schwerbehindertenausweises, um mittels einer Plakette günstiger parken zu können. Das zeigen auch die Wünsche nach Frühförderung oder Integration in Regelschulen, um den Kindern für ihr späteres Leben eine umfassende schulische und soziale Bildung zukommen zu lassen.

Aber zur Verwirklichung derartiger Wünsche müssen sich Eltern an öffentliche Stellen des Staates, der Krankenkassen, an Therapieeinrichtungen und Diagnosezentren wenden, da diese Stellen die Macht zur Gewährung von Leistungen haben. Sie müssen sich einer Entscheidungsprozedur unterwerfen, in der nicht die alltäglichen Zumutungen, Benachteiligungen der Kinder und der Eltern zählen, sondern die von den Institutionen vorgegebenen Logiken und Definitionen von Behinderung.

Insofern ist die anerkannte - das heißt die zum Bezug sozialer Leistungen berechtigende - Behinderung ein Produkt dieser Institutionen. "Anerkannte" Behinderte werden hergestellt. Ausgangspunkt dieser Produktion ist die "Prüfung", sei es die Prüfung des behinderten Kindes zur Erstellung ärztlicher Gutachten, sei es die Prüfung eben dieser Atteste zur Beurteilung und Einstufung des "Grads der Behinderung", sei es die Prüfung medizinischer Dokumente, um entsprechende Maßnahmen der Therapie und Frühförderung einzuleiten. Immer, so Michel Foucault, stellt die Prüfung *"die Individuen in ein Feld der Überwachung und steckt sie gleichzeitig in ein Netz*

"Wir stärken die Position der Schulträger und eröffnen für sie mehr Flexibilität bei der Gestaltung des Sonderschulwesens. Über die Möglichkeiten hat der Kultusminister gesprochen,"
Abgeordneter Heidtmann (SPD)
(aus: Landtag Nordrhein-Westfalen Plenarprotokoll 11/134 vom 15.6.1994, S. 16871)

"Es gibt nicht genügend Sonderpädagogen."
Abgeordnete Philipp (CDU)
(aus: Landtag Nordrhein-Westfalen Plenarprotokoll 11/134 vom 15.6.1994, S. 16874)

"Der Gesetzentwurf stellt klar, daß Sonderschulen auch künftig nicht überflüssig sind. Ich teile diese Einschätzung."
Abgeordneter Reichel (FDP)
(aus: Landtag Nordrhein-Westfalen Plenarprotokoll 11/134 vom 15.6.1994, S. 16874)

"'Behinderte sind verpflichtet, in der Regel eine Sonderschule zu besuchen.' Das ist die zentrale eherne Vorschrift in dem neuen Sonderschulentwicklungsgesetz. Diese Vorschrift gibt es nach meiner Kenntnis - ich habe intensiv nachgesehen - in keinem SPD-regierten Land, das ein neues Schulrecht geschaffen hat, um auch das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern abzusichern. Das ist ein NRW-Spezifikum."
Abgeordnete Schumann (Bündnis 90/Die Grünen)
(aus: Landtag Nordrhein-Westfalen Plenarprotokoll 11/134 vom 15.6.1994, S. 16876)

"Der Entwurf stellt fest, daß kein genereller Anspruch auf gemeinsamen Unterricht begründet wird, sondern nur ein Teilhaberecht im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten. Schon dieser Passus macht unter Aspekten eines integrativen Ansatzes den gesamten Gesetzentwurf zur Farce. Auf dieser Basis, wie das in späteren Punkten ausgeführt wird, werden die eng begrenzten Möglichkeiten, daß auch behinderte Kinder in der Grundschule unterrichtet werden zum reinen Alibi. Die wenigen Kinder, die davon profitieren können, können dies nur um den Preis der noch strengeren Aussonderung all der anderen Kinder, die in gleicher Weise der Integration bedürfen (...) Meine persönliche Meinung ist, daß dieser Entwurf vom Tisch muß. Ich glaube nicht, daß er an irgendeiner Stelle wirklich verbesserbar ist."
Prof. Feuser, Universität Bremen, Studiengang Behindertenpädagogik
(Stellungnahme zum Entwurf der NRW-Landesregierung für ein Sonderschulentwicklungsgesetz)

des Schreibens und der Schrift; sie überhäuft sie und erfaßt sie und fixiert sie mit einer Unmasse von Dokumenten", wobei nicht das Individuum in seiner Eigen-Art, sondern der Fall wichtig ist. Oder, nochmals Foucault: *"der Fall ist das Individuum, wie man es beschreiben, abschätzen, messen, mit andern vergleichen kann"*. (Zitate nach M. Foucault: Überwachen und Strafen. Frankfurt/M. 1994, S. 243, 246)

Das ins Feld der Macht gestellte und auf beschreibbare Eigenschaften bzw. Abweichungen (Behinderungen) reduzierte Individuum macht es den Eltern und erst recht den Kindern fast unmöglich, eigene Wünsche zu verwirklichen. Von Beginn an, so scheint es, sind die Möglichkeiten der Interessenartikulation an die Raster der vorgegebenen Antragsformulare, der beizubringenden Gutachten gebunden. Spielräume zugunsten der Kinder und Eltern lassen sich nur innerhalb dieser Raster, in der Regel mit erheblichen Kraft- und Zeitaufwand, erkämpfen.

Aber ist das schon die ganze Wahrheit? Mit dem Verschleppen der Ausstellung des Behindertenausweises dokumentiert das Essener Versorgungsamt, daß es gar nicht willens ist, seine Machtfunktion der "Prüfung" des Behindertengrades wahrzunehmen, indem es die Zusendung ärztlicher Gutachten verlangt. Worin liegt dabei das Skandalöse? Zunächst sicher darin, daß die Behörde den Betroffenen selbst die recht schmalen Bereiche sozialer Absicherung verweigert.

Das Empfinden von behördlichem Versagen macht aber auch unsere Unfähigkeit und Ohnmacht deutlich, Alternativen zu denken und in die Praxis umzusetzen. Denn vor dem Hintergrund der Machtfunktion bürokratischer Entscheidungsfindung könnte die Blockadehaltung des Essener Versorgungsamtes ja auch positiv gedeutet werden, wenn andere Handlungsmöglichkeiten gegeben wären. Oder anders ausgedrückt: Wir sind oft nicht in der Lage, gegenüber den Behörden zu sagen, wenn ihr euch querstellt, machen wir es eben anders. Um bei dem Beispiel des Schwerbehindertenausweises und der Parkplakette zu bleiben: Wer geht schon das Risiko des "ordnungswidrigen" Parkens und des damit verbundenen Abschleppens des Autos ein, wenn nicht durch eine behördliche Genehmigung das "regelwidrige" Parken erlaubt wäre.

Aber welche Konsequenzen ergeben sich, wenn die Verwaltung ihre "Pflicht" erfüllt? Häufig wird mit der amtlichen Bescheinigung von Behinderung eine Logik in Gang gesetzt, die die so häufig zu beobachtenden "Behindertenkarrieren" produziert (Sonderkindergarten, Sonderschule, Werkstatt für Behinderte ...). Denn das zeigen die Beiträge über die Schwierigkeiten der Umsetzung von Alternativen zur ausgrenzenden Behindertenbetreuung. Wie bei den Elterninitiven für Nichtaussonderung in den Schulen gesehen, greift dort die Rationalität der bürokratischen Klassifizierung mit voller Wucht. Dann ist es "kein Problem", wie Ulrike Bleckmann sagt, daß unsinnige und hohe Fahrtkosten bezahlt werden, um ein behindertes Kind, in die entsprechende "Sonder"-Schule zu transportieren. Dann wird auch das in den Schulen vielgepriesene Elternrecht für Mütter und Väter behinderter Kinder ausgehebelt, um die Mechanismen der Klassifizierung von Abweichung und Behandlung in Einrichtungen für Abweichende wirksam werden zu lassen. Dann ist auch das Kind nur noch der auf die Behinderung reduzierte "Fall", ohne daß bereits erlernte Kompetenzen zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern im Rahmen integrativ arbeitender Schulen Berücksichtigung finden.

Welche Schlüsse lassen sich aus den Ereignissen ziehen? Wenn trotz allen Geredes von Nichtaussonderung und Integration besonders in der Kindheit immer noch die bürokratisch verordnete Aussonderung dominierend ist, dann heißt das: ein gemeinsames Leben, Lernen, Arbeiten von Behinderten und Nichtbehinderten wird in einzelnen (Modell)-Projekten akzeptiert, ohne daß die medizin- und erziehungswissenschaftlichen Techniken der Prüfung, Bewertung und Klassifizierung grundsätzlich in Frage gestellt werden dürfen. So wird auch verständlich, warum sich offizielle Stellen gegen Forderungen nach gemeinsamer Beschulung stellen. Denn schon die Formulierung solcher Ansprüche an den Staat stellt in einem eng umgrenzten gesellschaftlichen Bereich das Machtprinzip geregelter Verfahren in Frage, weil sich Eltern der traditionellen Logik von Diagnose der Behinderung und daraus ableitbarer Unterbringung in Sondereinrichtungen widersetzen und von den Institutionen ein flexibles Verhalten entsprechend den Bedürfnissen der Kinder verlangen.

Mit der häufig geübten Praxis der Verweigerung von Integrationsforderungen - sprich Kinder weiter auszusondern - entgehen die Institutionen zwar der aktuellen Situation, konkret etwas zu ändern, damit sind aber künftige Auseinandersetzungen der heranwachsenden Behinderten um ihre Autonomie, um ihr Selbstverständnis als Krüppel oder Behinderte noch nicht entschieden.

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

Von der Regelschule in die Sonderschule



Nach 12 Jahren freiem Leben in der rauhen Wirklichkeit muß meine Tochter Janina nun endgültig zur Sonderschule gehen. Seit ihrem Unfall vor 10 Jahren wird sie als "geistig behindert" etikettiert.

Ich frage mich, wie wird Janina den Wechsel zur Sonderschule erleben? Viele Kinder haben hierbei große Probleme. Wird mein Kind sich in diese für sie neue Welt gut einleben?

Janina vermißt die Kinder aus der Integrationsklasse, die sie vier Jahre besuchen durfte. Doch in der neuen Schule hat sie schon Freunde gefunden, die LehrerInnen sind nett, der Unterricht gefällt ihr gut. Sie geht zu einer privaten Schule mit einem guten Ruf. Meine Tochter ist bis zum Nachmittag versorgt und ich habe reichlich Zeit zur Selbstverwirklichung.

Und trotzdem bin ich nicht glücklich. Ich habe alles erdenkliche, in meiner Kraft stehende getan, um diesen Wechsel in eine Sonderwelt für meine Tochter zu vermeiden, gemeinsam mit anderen betroffenen Eltern. Wir haben gekämpft und verloren. Traurig und enttäuscht müssen wir uns mit den Realitäten abfinden. Denn für die meisten Eltern kommt der Umzug zu einer integrativ arbeitenden Schule in einer anderen Stadt oder gar eine Totalverweigerung nicht in Frage.

Aber was ist so schlimm am Besuch einer Sonderschule? Hat meine Tochter es dort nicht gut? Will ich vielleicht nur meine eigenen egoistischen Wünsche und ideologischen Vorstellungen durchsetzen? Haben diejenigen vielleicht doch Recht, die uns Eltern von der Integrationsbewegung ein Verarbeitungssyndrom bescheinigen? Warum kann ich mich mit den Tatsachen so wie sie sind nicht einfach abfinden? Warum verläßt mich nicht die Wut auf die Menschen, die sich geweigert haben, meine Tochter aufzunehmen?

Weil ich darauf bestehe: Auch mein Kind hat das Recht auf ein ganz normales Leben. Auch sie hat das Recht, "mit dabei" zu sein. Denn nicht sie ist bedauernswert, sondern die Tatsache, daß sie ständig entmündigt, entrechtet und aus dem institutionellen Alltag ausgegrenzt wird. Sie wird doch erst durch Sonderbehandlung zum Sondermenschen gemacht.

Das fängt schon beim Einsteigen in den Schulbus an. - Der Bus ist für mich das Symbol

der Aussonderung. - Seit einigen Jahren kann Janina sich schon selbst anschnallen. Im Bus macht dies automatisch eine Betreuerin. Nicht Janina, sondern ich werde gefragt, wo sie im Bus sitzen soll. Und daß ein Kind wie sie selbständig über die Ampel einer vielbefahrenen Straße zum Treffpunkt geht, können die Betreuer kaum glauben.

An diesen und vielen ähnlichen Begebenheiten wird deutlich, wie behindert die Nichtbehinderten im Umgang mit behinderten Menschen sind. Aber woher sollen sie es besser wissen, werden den sogenannten Normalen doch systematisch wichtige Erfahrungen vorenthalten, da sogenannte Behinderte fast automatisch aus ihrer Lebenswelt ausgegliedert werden: Wenn sie nicht schon vor der Geburt weggemacht werden, kommen sie von der Frühförderung direkt in den Sonderkindergarten, von der Sonderschule in die Behindertenwerkstätte und ins Behindertenwohnheim. Fehlt nur noch der Behindertenfriedhof.

Ich als Mutter wünsche mir aber, daß unsere Mitmenschen natürlich und unbefangen mit meiner Tochter umgehen. Meine behinderte Tochter hat die gleichen Rechte wie meine anderen Kinder: eine Kindheit, die nicht durch Therapiepläne zerpflügt wird, spielen und lernen ohne Grenzen in normalen Kindergärten und Schulen, eine Arbeit für die sie einen gerechten Lohn erhält, nicht nur ein Taschengeld und daß sie wohnen kann, so und mit wem sie will.

Schluß mit der Sorgenkind-Mentalität. Denn es ist normal, verschieden zu sein.

ULRIKE BLECKMANN, ESSEN

INTEGRATION - es geht! Aber ist sie auch gewollt?

Ein Erfahrungsbericht

Integration behinderter Kinder in der Grundschule - als ich davon las, war ich begeistert! Das war es! Nach meinen Erfahrungen mit Frühförderung und Sonderkindergarten wünschte ich meiner Tochter genau das: in ihrer Stadt zur Schule gehen zu können; mit Kindern, die sie auch nachmittags trifft; eine normale Lebenssituation. Ein Jahr dauerte es, bis ich die Integration an einer Grundschule in unserer Stadt mit viel Energie und Zeitaufwand durchgesetzt hatte - leider im Alleingang, denn als aussichtslos geglaubte Projekte finden selten Unterstützung.

Als es soweit war und die Anmeldung zur ersten Integrationsklasse lief, wurde mir die erste Lehre der Integrations-Pädagogen erteilt: ohne ihre Tochter - hieß es! Sie sei noch nicht "schulreif"; was Schulreife bei einem schwer geistig behinderten Kind bedeutet, konnte mir allerdings niemand erklären. Es blieb dabei!

Die Schule suchte sich andere "behinderte" Kinder aus. Wie man hörte, solche mit Herzfehler und Lernschwäche. Kinder, die laufen und sprechen und für den Laien unauffällig sind. Kinder, die selbständig Spielplätze besuchen können oder irgendwelchen Vereinen der Stadt beitreten können. Für diese Kinder ist es natürlich schön und sicher hilfreich in der besonders gut ausgestatteten Integrationsklasse zu lernen: mit 2 Lehrern und einem Zivildienstleistenden bei 20 Kindern, sowie 10.000 DM zu Anschaffung spezieller Materialien. Eine solche Lernsituation ist allen Kindern zu wünschen! Aber ich dachte, daß Integrationsklassen vorrangig für Kinder seien, die sich nicht selbst integrieren können.

Nun, diese Spezialklasse in unserer Stadt lief sehr gut. Um Diskriminierung zu vermeiden, erfuhren die Schüler nicht, wer behindert ist und wer nicht. Durch die Presse gingen nur Erfolgsmeldungen. Schließlich erfuhr man staunend, daß alle Kinder, auch die behinderten, am Ende des 1. Schuljahres rechnen konnten.

Eine Wunderschule! Oder liegt das Geheimnis in der Auswahl der sog. behinderten Kinder?

Wer ein geistig oder schwermehrfach behindertes Kind hat, kennt die Antwort.

In die zweite Integrationsklasse konnte ich dann endlich meine Tochter einschulen, nachdem sie einen pädagogisch-wertvollen Härtetest durchlaufen mußte, der ihre Schulreife bestätigen sollte. Bzw., den sie ihrer sturen Mutter zu verdanken hatte, die sich weigerte, sie in die Sonderschule einzuschulen.

So wurde sie in die örtliche Vorschule geschickt vier Tage pro Woche je zwei Stunden. Die Vorschule war auf geistig behinderte weder personell noch materiell eingestellt, mußte sich aber der Anordnung der Schulrätin beugen. Kurzzeitig wurde auch eine Sonderpädagogin dorthin abkommandiert. Den fünften Tag der Woche mußte meine Tochter in die Sonderschule des Kreises gehen.



Zwei völlig verschiedene Schulen, mit unterschiedlichen Kindern und Lehrern, zwei völlig verschiedene Lernsituationen: Schulreifetest für geistig Behinderte! Wohl, um Aussonderung festzuschreiben.

Doch es kam anders. Meine Tochter wurde von den Mitschülern und der Lehrerin der Vorschule herzlich aufgenommen. Allen war vom ersten Schultag an bewußt, dieses Kind ist behindert und kann vieles nicht, z.B.: sprechen. Nachdem die Mitschüler es wußten, schien es kein Problem mehr zu sein. Aber auch kein Grund besonderer Rücksichtnahme oder spezieller Fürsorge. Sie war nie Betreuungsobjekt in dieser Klasse, sondern immer Mitschülerin.

In diesem Schuljahr und in dieser Klasse blühte meine Tochter auf. Es war genau das soziale Umfeld, das ihr Selbstbewußtsein und Freude schenkte.

Nach diesen Erfahrungen wollte ich, daß für meine Tochter Integration weiterging. Deshalb sorgte ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln dafür, daß sie in die 2. Integrationsklasse aufgenommen wurde. Überdies war das Argument "nicht schulreif" ja vom Tisch. Die Lehrerin der Vorschulklasse bescheinigte meiner Tochter zum Schuljahresende, daß sie sich gut in die Klasse eingefügt hatte, und daß außerdem noch nie zuvor ein so gutes Sozialverhalten in einer Vorschulklasse war und so wenig Gewalttätigkeit unter den Schülern wie in dem Jahr als meine Tochter dabei war - ein geistig behindertes Kind.

In der Grundschule, die Integration amtlich betreibt, machte ich andere Erfahrungen. Inzwischen ist meine Tochter dort im 3. Schuljahr. Von Klasse 1 bis 4 gibt es je eine Integrationsklasse.

Unter den 20 behinderten Kindern an der Schule fällt meine Tochter auf. Entsprechend wird sie behandelt und betitelt. Sie ist der Exot an der Schule - jeder kennt sie. Die einen meiden sie, die anderen überschütten sie mit Fürsorge ... von Schultasche tragen, bis aus dem Mantel helfen - beides kann sie allein ...

Ganz schwierig gestaltet sich der Austausch darüber mit den Lehrern. In den ersten zwei Schuljahren traute ich mich überhaupt nicht, Kritik anzumelden, da ich fürchten mußte, meine Tochter würde dann zur Sonderschule geschickt - aus pädagogischen Gründen natürlich! Der Status behinderter Kinder in der

Integrationsklasse ist ein unsicherer; und das wurde mir von Anfang an deutlich gesagt. Nachdem ich in diesem Schuljahr versuchte mit den Lehrern über ihr Konzept von Integration und die Stellung meiner Tochter als "Betreuungsobjekt" einerseits und "Angstauslöser" andererseits zu reden, erhielt ich später und natürlich in anderem Zusammenhang die Quittung: es sei längst nicht ausgemacht, daß meine Tochter mit in die Integration an der Gesamtschule dürfe... Obwohl ich mich per Bürgerantrag auch für diese Weiterführung der Integration stark gemacht habe.

Eine Reflexion über Integration von seiten der Schule mit den Eltern in den politischen Gremien halte ich für unerläßlich: Es kann nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit entschieden werden, wie Integration betrieben wird. Das Gegenüber der Schule kann auch nicht nur eine wohlwollende Initiative sein, die sich aus den Eltern der erwählten Behinderten rekrutiert. Integration muß diskutierbar sein. Sie kann nicht stillschweigend zur Schule für elitäre Behinderte werden, für solche, die die Gesellschaft noch duldet, während die Sonderschule zur Restschule wird, die jeden nehmen muß.

Integration will - vom Wort her - Menschen zusammenschließen, vereinigen, die sonst getrennt sind oder keine Berührungspunkte haben. Integrieren heißt, zu einem Ganzen bilden, was sonst auseinanderdividiert ist.

Ganzheit ist das, was Integration anstreben sollte: alle Kinder sollen zusammen leben und lernen - nicht ausgesuchte "bessere" Behinderte und Nicht-Behinderte.

Ganzheit anstreben - nicht nur die Grenzen etwas großzügiger ziehen, grundsätzlich aber Grenzen bestehen lassen!

HEIKE DARGATZ,

"Nichts kann uns aufhalten. Alles ist möglich"[1]



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Am 3. Juni waren sie in und um den Reichstag nicht zu übersehen und stellten das Protokoll vor einige Schwierigkeiten - behinderte Menschen. Die mehrheitliche Entscheidung des Bundestages, ein Diskriminierungsverbot für Menschen mit Handicaps zu verabschieden stand am Ende langjähriger engagierter Arbeit vieler. - Ein breites Bündnis war da innerhalb der letzten Jahre geschlossen worden, um die Volksvertretenden von der Richtigkeit und Wichtigkeit der Grundgesetz-Änderung zu überzeugen. Der Kampf für ein Antidiskriminierungsgesetz und die Verfassungs-Novelle einte plötzlich so unterschiedliche Kräfte wie den Reichsbund, den VdK, die Lebenshilfe, die Bundesarbeitsgemeinschaft "Hilfe für Behinderte" und die emanzipierte Behindertenbewegung.

So groß die Freude - auch unsere - über das Benachteiligungsverbot ist, so deutlich ist auch, daß sich die Tragfähigkeit des Bündnisses dann zeigen wird, wenn es darum geht, die allgemeine Rechtsnorm des Artikel 3 umzusetzen.

Beispiel Schule: Vor fast 20 Jahren wurde in West-Berlin die erste Integrationsklasse eingerichtet, heute sind es über 300; auch die meisten Bundesländer haben mittlerweile Möglichkeiten für die gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder und Jugendlicher eingerichtet. Sie bedienen sich dabei der wesentlichen Elemente des "Berliner Modells"[2]: Förderausschuß zur Feststellung, ob und unter welchen Bedingungen ein behindertes Kind/Jugendlicher die Regelschule besuchen **darf**, Schulversuche für Kinder/Jugendliche mit sog. "schwerer Mehrfach-" oder geistiger Behinderung sowie für die Sekundarstufe I.

Im Unterschied zu Berlin freilich - wo es zumindest de iure besteht - formulieren die anderen Bundesländer ein Antragsrecht, kein Wahlrecht der Eltern - es entscheidet mithin die Schulaufsichtsbehörde.

Für die gemeinsame Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen setzten und setzen sich bisher primär

Nichtbehinderte ein: Lehrer, Gewerkschaften, Eltern, Schülervertreter, Bildungsinitiativen, Hochschullehrer, Parteien. Das Thema "Schule für alle" ist in der Behindertenbewegung, auch in der emanzipierten, bisher wenig diskutiert worden. Über zahlreiche, anstrengende und langweilige Diskussionen bezüglich Bordsteinkanten, Bauordnungen, Niederflurbusse etc. ist ein existentieller und letztlich alle Bereiche der Persönlichkeitsbildung und Sozialisation betreffender Bereich vergessen worden: Erziehung und Bildung.
Wann immer sich dennoch vereinzelt behinderte Menschen in die Diskussion einmischen, wurde deutlich, daß sie ein grundlegend anderes Herangehen an das Thema haben: Die Zuweisung zu Sonderschulen wird verstanden als Aussonderung; die Gewährung der Integration als 'Bonbon', das man sich verdienen muß; die Ausnahme bestimmter Behinderungen von der gemeinsamen Erziehung als Diskriminierung; die schulische Nichtaussonderung als Recht und nicht als pädagogische Form, deren Richtigkeit empirisch bewiesen werden muß, verstanden.
Eine solche Haltung allerdings widerstrebt so manchen Partikularinteressen: Der einschlägigen Lobby, deren Gruppen oben genannt sind - ihr Widerstand nimmt nicht Wunder -, geht es doch um Einfluß und Stellen (Schulversuche wollen schließlich mit höherem Personalschlüssel ausgestattet und wissenschaftlich begleitet sein). Aber auch in den eigenen Reihen wächst die Furcht, einmal gewonnenes Terrain wieder aufgeben zu müssen: So genießt die LAGH Berlin den zweifelhaften Ruf, über gute Kontakte zur CDU zu verfügen. Das Postulat einer Nichtaussonderung als Menschenrecht wird entsprechend in dieser Vereinigung als zu radikal zurückgewiesen, lieber vertritt man die christlich-demokratische Ansicht, Kinder und Jugendliche mit bestimmten Behinderungen könnten gar nicht, die anderen nur wenn genügend Geld vorhanden ist, integriert werden und außerdem wisse der Staat besser als die Eltern, was gut für das "Kindeswohl" ist.

Ein anderes Beispiel: Der "Lebenshilfe" ist es im letzten Jahr gelungen, mit der Berliner Schulverwaltung einen Vertrag abzuschließen, demzufolge künftig sie anstelle der Eltern oder Kinder/Jugendliche Schulhelferinnen aussucht und anstellt. Ein Stück Selbstbestimmungsrecht geht damit verloren. Gleichzeitig ist sie es ebenso wie etwa die "Spastikerhilfe", die aussondernde Formen der Erziehung (Tagesstätten, Kitas etc.) betreibt und daher von einer Praxis, in der geistig behinderte und sog. "schwer mehrfachbehinderte" Schüler als in der Regel nicht "integrierbar" (Fachjargon) gelten, profitiert.

Warum, so muß man angesichts dieser Situation fragen, gelten für den Bereich "Schule für alle" nicht dieselben Maxime und Postulate, dasselbe Selbstverständnis, wie in den Bereichen "Pflege/Assistenz", "Bauen" oder "Nahverkehr"? Warum wird Behinderung nicht auch hier als eine Eigenschaft, der sich die Umwelt anzupassen habe, das Recht auf ein in allen Aspekten selbstbestimmtes Leben als ein Grundrecht verstanden, Aussonderung als Diskriminierung? Warum werden hier plötzlich Kosten/Nutzen-Berechnungen (etwa der Berliner CDU in einer Presseerklärung) akzeptiert, macht man sich das "Totschlagsargument" von den leeren Kassen zu eigen (etwa die LAGH), beteiligt sich an der Denunziation bestimmter Behinderungen als zu problematisch und in der integrativen Erziehung als zu kostenintensiv? Und warum wird die dezidierte Position gegen Aussonderung und für Selbstbestimmung hier zur "zu radikalen Forderung", ihre Vertreter zu "Utopisten" (Diskussionsjargon). Wer hat beim Kampf gegen die Pflegeversicherung nach den Kosten gefragt, wer stellt die Forderung nach einem für alle Nutzer zugänglichen ÖPNV oder Gebäuden nicht mehr, wenn Politiker auf die Ebbe im Staatssäckel verweisen?

Aussonderung in der Schule ist Diskriminierung, sie tangiert somit wesentlich die Neufassung des Artikel 3 Grundgesetz und aus dieser Perspektive scheint spätestens jetzt eine grundsätzlich neue Sichtweise der gemeinsamen Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder und Jugendlicher angezeigt! Übertragen wir die Forderungen und Einstellungen aus anderen Bereichen auf diesen; kämpfen wir um realisierbare Formen des Unterrichts, die allen Kindern/Jugendlichen gerecht werden, für die Selbstbestimmung und gegen das staatliche Aussonderungsrecht! Entsprechende Konzepte, Finanzierungsvorschläge sowie wissenschaftliche Erhebungen liegen schon lange vor und vor einigen Monaten haben wir für das "Berliner Bündnis für Gleichstellung behinderter Menschen" einen Novellierungsentwurf mit ausführlicher juristischer Begründung erarbeitet.[3]
Geben wir der allgemeinen Rechtsnorm in Artikel 3 konkrete Bedeutung und sehen wir, inwieweit sich das breite Bündnis in Einzelfragen als tragfähig erweist.

■ BETTINA THEBEN, MARTIN EISERMANN, BERLIN

Anmerkungen:
[1]) Bill Clinton vor dem Brandenburger Tor, 12.7.1994
[2]) Auf der Grundlage des 10a Berliner Schulgesetz
[3]) Dieser kann bei uns angefragt werden: Bettina Theben/Martin Eisermann, Cuvrystr. 23, 10997 Berlin, Tel.: 030 / 612 13 54

Abonniert 'die randschau' !

Wir werden ja nicht müde immer wieder zu betonen, daß es zum Überleben als unabhängiges Zeitschriftenprojekt Geld und AbonnentInnen braucht.
Profan, klar! Aber nichtsdestotrotz unumgängliche ZeitschriftenmacherInnen-Realität: Rechnungen wollen nach jeder neuen Ausgabe, immer wieder neu bezahlt werden. Das Belichtungsstudio, der Drucker, die Post, ... alle warten auf ihr Geld, wenn Ihr die aktuelle Nummer in Händen/Füßen haltet.

Damit sich 'die randschau' finanziell trägt braucht es viele Abos. Da aufwendige Werbekampagnen bei uns nicht drin sind, sind wir auf Euere Mithilfe angewiesen, immer wieder neu.
Wir schicken Euch Werbefaltblätter, (demnächst auch) Plakate, die nicht irgendwo verschimmeln, sondern überall dort ausgelegt und ausgehängt werden sollten, wo Publikumsverkehr herrscht.
Verteilen, aushängen, ansprechen, ... müßtet Ihr. Wir können schließlich nicht überall sein.



Foto: Ursula Aurien, Berlin

dann kommt 'die randschau' auch noch in zehn Jahren!

Helft mit, daß 'die randschau' auch über das zehnte Jahr hinaus existieren kann. Bestellungen von Werbematerial bitte an folgende Adresse:

die randschau
Mombachstraße 17
34127 Kassel
Fax: 0561 / 89 65 32
Tel.: 0561 / 8 45 78

Pädagogik der Vielfalt - die Pädagogik für alle Kinder!



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Ein Schlüsselthema der demokratisch orientierten Pädagogik der neunziger Jahre ist die Einlösung des gleichen Rechts auf Bildung angesichts großer Heterogenität der Kinder: Pädagogische Praxis und Erziehungswissenschaft, die dieser Aufgabe gerecht werden wollen, müssen eine Perspektive der "egalitären Differenz" entwickeln. Das heißt, die Freiheit der Individuen, sich unterschiedlich entwickeln und entfalten zu können, basiert auch in der Pädagogik auf dem universellen Menschenrecht demokratischer Gleichheit.

So ausschlaggebend diese Sichtweise für die Nichtaussonderung von Kindern mit Behinderungen ist, so sehr hat sie zugleich Gültigkeit weit über den Bereich der Integrationspädagogik im engeren Sinne hinaus. Die Perspektive der egalitäten Differenz bezieht sich auch auf Kinder unterschiedlicher soziokultureller Herkunft, sei es aus Ost- und Westdeutschland oder aus internationalen Zusammenhängen, sowie auf das Geschlechterverhältnis. Dabei geht es stets um die Vermittlung von drei Ebenen, von denen jede unverzichtbar ist: die Ebene der Einzelpersönlichkeit, die Ebene der Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Menschen und die Ebene der Zugehörigkeit zur Menschheit. Individualität, Kollektivität und Universalität sind im Zusammenhang zu sehen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wer Vielfalt wertschätzt, sieht sich in einer gängigen aber kaum je weiter begründeten Floskel dem Vorwurf "postmoderner Beliebigkeit" ausgesetzt - ein Vorwurf, der ganz und gar nicht stichhaltig ist. Vielfalt wertschätzen bedeutet ja gerade gegen ihre Einschränkungen einzutreten und gegen behindertenfeindliche, rassistische und frauenfeindliche Übergriffe Position zu beziehen. Hierarchisierung, Diskriminierung und Gewalt zerstören Vielfalt und sind mit der Perspektive egalitärer Differenz nicht vereinbar.

In der Pädagogik ist die Vielfaltsperspektive nicht voraussetzungslos, sie kann gegenwärtig Gestalt annehmen auf dem historischen Hintergrund der schulischen Reformen von 1920 und 1970.

Mit der Weimarer Republik entstand nach 1918 auch die Grundschule. Während zuvor bereits kleine Kinder nach Ständen getrennt unterschiedliche Schulen besuchten, installierte die junge Demokratie die Grundschule als die eine Schule für alle Kinder des Volkes. Allerdings bedurfte es langandauernder erheblicher Anstrengungen, diesem Anspruch nach und nach gerechter zu werden. So bemühte sich die westdeutsche Bildungsreform der sechziger Jahre um die Realisierung von Chancengleichheit vor allem für Kinder aus ökonomisch armen Gesellschaftsschichten. Auch trug der Ausbau der Schule für geistigbehinderte Kinder in dieser Phase dazu bei, für alle Kinder einen Schulbesuch überhaupt zu ermöglichen. Die Integrationsbewegung der letzten Jahre schaffte einen weiteren Durchbruch: an einzelnen Grundschulen nahmen erstmals wirklich alle Kinder ohne Ausnahme, also auch Kinder mit geistigen Behinderungen am Regelunterricht teil. Diese Grundschulen haben bewiesen, daß gemeinsamer Unterricht aller Kinder möglich und für alle von Vorteil ist.

In Auseinandersetzung mit der Aufgabe, Kindern mit unterschiedlichen Leistungsständen gerecht zu werden, hat die Integrationspädagogik Prinzipien entwickelt, die für die Primarstufenarbeit insgesamt relevant sind und auch für die interkulturellen und feministischen pädagogischen Ansätze zutreffen.

Paradigmatisch für die Pädagogik der Vielfalt ist zum Beispiel der tägliche oder auch wöchentliche Gesprächskreis in der Klasse. In einem solchen "Morgenkreis" haben alle Kinder das gleiche Recht zu reden. Auf der Basis dieses Gleichheitsrechts hat jedes Kind die Freiheit, eine eigene Geschichte zu erzählen oder eine Erfahrung nonverbal mitzuteilen, aber auch zu sagen: "Ich möchte nicht sprechen." Hier zeigt sich, daß die alltägliche Aufmerksamkeit für die Vielfalt menschlicher Erfahrungen, um größtmögliche Freiheit und Gleichheit für alle zu gewährleisten, zugleich ein Höchstmaß an Disziplin und Verantwortung erfordert. Wenn jedes Kind Rederecht hat, muß jedes Kind lernen, das Rederecht der anderen zu respektieren. Und natürlich kann es auch vorkommen, daß ein einzelnes Kind nicht am Morgenkreis teilnimmt, daß sein Recht auf Gleichheit und auf Differenz sich in anderen, nur im Einzelfall zu "erfindenden" Formen konkretisieren läßt.

Es gibt wohl keinen gesellschaftlichen Ort, an dem so wie in einigen Integrationsklassen in Grundschulen demokratische Ideale des Zusammenlebens alltäglich mit Angehörigen der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen und Schichten praktiziert werden.

Zum Glück läßt sich Pädagogik der Vielfalt nicht gegen das Leistungsprinzip ausspielen! Denn die Integrationsforschung hat immer wieder belegt, daß Kinder, die die Chance haben, in der Grundschule auf ihren je unterschiedlichen Leistungsständen miteinander lernen zu dürfen, effektiv lernen und sich auch kognitiv gut entwickeln.

ANNEDORE PRENGEL, POTSDAM

Literatur:

A. Prengel: Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Interkultureller, Feministischer und Integrativer Pädagogik. Mit einem Vorwort von Otto Dann. Verlag Leske und Budrich, Opladen 1993

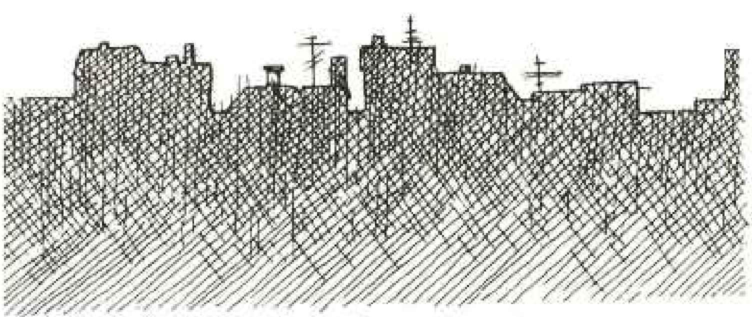
"Meine Füße sind der Rollstuhl"*

Mädchen und Jungen mit Behinderungen in der Kinder- und Jugendliteratur

Seit ca. 2 1/2 Jahren bieten wir an der Uni Bremen Lehrveranstaltungen zum Thema "Behinderung und Gesellschaft" an. Unser Anliegen ist dabei die selbstreflektierende Auseinandersetzung der nichtbehinderten Studentinnen und Studenten mit dem Thema Behinderung.

Die Idee, sich mit Kinder- und Jugendliteratur zu befassen, kam recht spontan und aus der Lust heraus, mal etwas "Nettes" zu machen, etwas zum Ansehen und Anfassen, etwas, was nicht nur allein unseren verkopften, intellektuellen Geist, sondern auch unsere (Kinder-) Seele berührt. Natürlich erhofften wir uns auch, über die Mitarbeit der Studentinnen und Studenten einen Überblick über die vorhandene Literatur, die sich mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen beschäftigt, zu bekommen.





Aus: Kift/Brand: Stärker als Supermann, S. 11

Neben der Beschäftigung mit den einzelnen Büchern war für uns natürlich auch die wissenschaftliche Sekundärliteratur interessant. Es gibt mittlerweile diverse Untersuchungen über Schulbücher - für nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler -, z.B. im Bereich des Geschlechterverhältnisses bzw. der tradierten Rollenzuschreibungen. In Sonderschulen und unter Sonderschullehrern und -lehrerinnen scheint Sexismus kein Thema zu sein.

Des weiteren gibt es Untersuchungen z.B. über das Leseverhalten von Kindern und Jugendlichen sowie Wirkungsforschung zur Kinder- und Jugendliteratur. In der Beschäftigung mit dieser Literatur gibt es nur wenige Autorinnen, die sich mit dem Thema Sexismus und dem Geschlechterverhältnis auseinandergesetzt haben. (Z.B. Astrid Matthiae, "Vom pfiffigen Peter und der faden Anna". Zum kleinen Unterschied im Bilderbuch, Frankfurt/Main 1986). Und zu "unserem" Thema fanden wir gar nur zwei Bücher als Sekundärliteratur: Rosemarie Zimmermann: Behinderte in der Kinder- und Jugendliteratur, Berlin 1982; Wiebke Amman u.a.(Hg): Sorgenkinder-Kindersorgen. Behindert- werden, behindert-sein als Thema in Kinder- und Jugendbüchern, Universität Oldenburg 1987 (vergriffen) - und dann gibt es noch den "Klassiker" von Wirtz: Zerbrecht die Krücken, der ist im Buchhandel gar nicht mehr erhältlich und wird hier auch nicht berücksichtigt. In beiden Büchern setzen sich die Autorinnen mit den Rollenstereotypen in der Darstellung von Menschen mit Behinderungen - "Musterkrüppel", "Tyrann" und "Held" - auseinander. Die geschlechtsspezifische Rolle des Mädchens oder Jungen mit Behinderung wird allerdings von keiner der Autorinnen untersucht - aber Behinderte sind ja eh' Neutren, nicht wahr?

Für die Lehrveranstaltung konnten wir die Stadtbibliothek Bremen als Kooperationspartnerin gewinnen, ohne die Kooperation hätten wir die Veranstaltung auch gar nicht in

*) Franz-Joseph Huainigg und Annegret Ritter: Meine Füße sind der Rollstuhl, München 1992

der von uns gewünschten Form durchführen können. Diese Zusammenarbeit erwies sich nicht nur als hilfreich, sondern vor allem auch als aufschlußreich. Natürlich erhebt das Sortiment der Bremer Stadtbibliothek keinen Anspruch auf Vollständigkeit, gab aber doch einen guten Überblick ab, der wohl als repräsentativ gelten kann. So konnten wir feststellen, daß es vor 1979 kaum Veröffentlichungen zum Thema "Behinderung" im Kinder- und Jugendbuch gab, wohingegen es während und nach dem Jahr der Behinderer (1981) in diesem Bereich regelrecht "boomte". Dieser Boom ist inzwischen allerdings wieder abgeflaut, seit einigen Jahren tröpfeln die Veröffentlichungen zu diesem Thema nur noch langsam vor sich hin.


Aus: Ritter/Huainnig: Meine Füße sind der Rollstuhl

Die Hauptfragen, die uns während des Lehrauftrages durchgehend beschäftigten, waren die der Darstellung von Behinderung und der Menschen mit denselben, sowie die Frage, wie Mädchen und Jungen mit Behinderung dargestellt werden, also das Geschlechterverhältnis. Hinzu kamen die Frage danach, wie die Ursache der jeweiligen Behinderung erklärt wird, welche Rollenklischees von Behinderten transportiert werden und die Frage danach, was in den Büchern "fehlt" - also letztendlich die Frage nach der "Message" jedes Buches.

Wir stellten fest, daß sich die verfügbaren Bücher hauptsächlich den folgenden Kategorien zuordnen ließen: Bilder-, Photo- und Sachbücher, Geschwister behinderter Kinder, Bewältigung einer später im Leben eingetretenen Behinderung sowie Liebe und Freundschaft. Anzumerken ist, daß wir die Bücher nicht nach Altersgruppen sortiert haben, sondern nur nach den genannten inhaltlichen Kriterien. Es gab nur wenige Bücher, die sich diesen Gruppen nicht zuordnen ließen. Diese ließen wir bei der Untersuchung außen vor. Die genannten Kategorien wurden zu den Referatsthemen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die eine wichtig Grundlage für die Diskussion während des Lehrauftrages bildeten.

Im Verlauf der Untersuchung und Auswertung tauchten dann noch weitere Fragen auf: wer sind die AutorInnen? Sind sie selbst behindert oder nicht? Für wen sind die Bücher geschrieben worden? Welche Behinderungen werden bevorzugt geschildert und welche nicht ("Hitliste")?

Viele der Ergebnisse bestätigten unsere Erwartungen, einige waren aber auch wirkliche Überraschungen. Wenig überraschend war die "Hitliste" der in den Büchern dargestellten Beeinträchtigungen. Hauptsächlich dargestellt wurden körperbehinderte Kinder, gefolgt von sinnesbeeinträchtigten, das "Schlußlicht" bilden die Kinder mit geistigen Behinderungen.

Auch die Tatsache, daß die Bücher sich eindeutig an ein nichtbehindertes Publikum richten und darüberhinaus oft "mit erhobenem Zeigefinger" ganz offensichtlich einen pädagogischen Auftrag erfüllen wollen ("Behinderte sind auch Menschen"), war wenig überraschend. Bücher, in denen behinderte Kinder ein positives Rollenvorbild finden können (im Sinne von Peer-Counselling) sind die absolute Ausnahme, weshalb wir diese Bücher auch hier erwähnen möchten. Unser erklärtes Lieblingsbuch ist "Meine Füße sind der Rollstuhl" von Franz-Joseph Huainigg (selbst behindert) und Annegret Ritter, München 1992; ein Bilderbuch, in dem ein ganz normales selbstbewußtes Mädchen, das im Rollstuhl sitzt, auf ihrem ersten Ausflug allein begleitet wird. Dann gibt es noch "Paul und Rita" von Wolfgang Neumann-Skara (selbst behindert), Bielefeld 1986, das eine normale Liebesgeschichte mit den typischen und untypischen Verklemmtheiten von Jugendlichen erzählt. Nicht unerwähnt lassen möchten wir "Stärker als Supermann", nach einem GRIPS-Stück geschrieben von Roy Kift, erzählt von Matthias Brandt und illustriert von Max Ley, Berlin 1982, das auch eine ganz normale Geschichte erzählt.


Aus: Ritter/Huainnig: Meine Füße sind der Rollstuhl

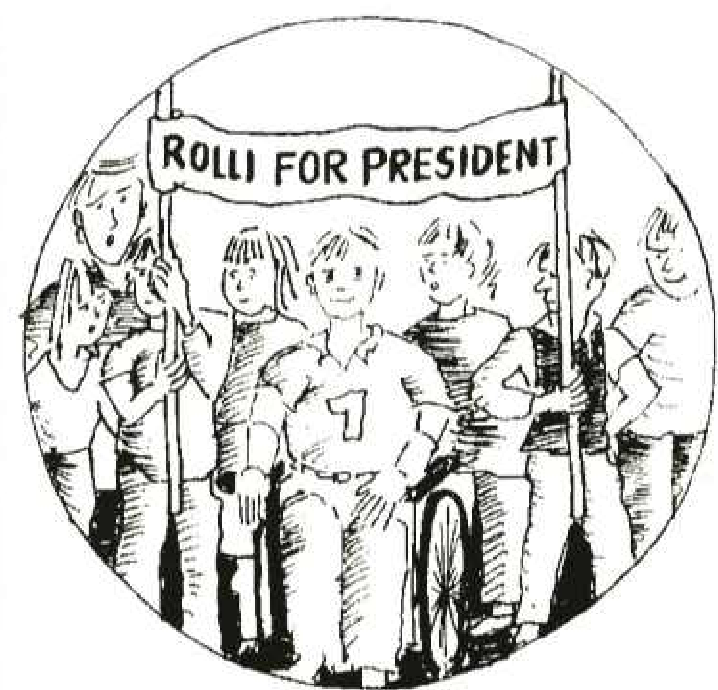
Frustrierend fanden wir die Tatsache, daß die Kinder- und Jugendbücher, in denen es auch um Behinderung geht, was das Geschlechterverhältnis angeht wesentlich konservativer als die heutigen Bücher für diese Altersgruppe sonst sind. Als Beispiel sei in diesem Zusammenhang genannt "Ben lacht" von Elisabeth Laird, Hamburg 1991. Ben ist der mehrfach behinderte Bruder eines nichtbehinderten Mädchens, das sich - typisch Frau - für den behinderten Bruder in selbstloser Weise aufopfert und damit der Verfestigung von traditionellen Rollenklischees Vorschub leistet. Aufopferung bzw. Altruismus finden sich häufig vor allen Dingen bei den Müttern behinderter Kinder, aber auch bei den Schwestern. Außerdem haben wir fest-

gestellt, daß behinderte Mädchen (ganz im Sinne des traditionellen Rollenbildes) eher passiver als behinderte Jungen dargestellt werden.

Was die Darstellung von Behinderung in den von uns untersuchten Büchern angeht, mußten wir feststellen, daß die Informationen über die Ursache der Beeinträchtigung oft ungenau, manchmal sogar falsch und vor allem meistens nicht kindgerecht sind. Ein positives Beispiel in diesem Zusammenhang ist "Stärker als Supermann" (s.o.) wo Spina Bifida und Spastik folgendermaßen erklärt werden: " ... Durch die Nerven, ... , sendet der Kopf seine Befehle an die Beine. ... Irgendwo dazwischen ist die Leitung unterbrochen. Die Beine hören nie, was der Kopf sagt. Nie haben die Beine erfahren, daß sie gehen sollen." ... " Ja und bei meinem Freund Fred zum Beispiel, der ist Spastiker, da ist das ganz anders .... Er hat eine Leitung, aber die ist falsch verbunden ... Der Kopf gibt einen klaren Befehl: Beine, ihr sollt gehen! Aber die machen das nicht. ... Die Muskeln führen den Befehl falsch aus." (S. 28).

Es zeigte sich, daß oftmals die nichtbehinderten Autorinnen und Autoren keine sachgerechten Informationen liefern (können?), und mit ihrem mangelnden Wissen auch oftmals gesellschaftliche Vor-Urteile reproduzieren, was dem selbstgegebenen pädagogischen Auftrag, für Verständnis für Behinderte werben zu wollen, diametral entgegensteht, da sie damit Diskriminierung und Stigmatisierung Vorschub leisten. Die Kinder mit Behinderung werden nur selten realistisch dargestellt, vielmehr ist die Darstellung stark polarisiert: entweder wird Behinderung als absolutes Elend dargestellt oder aber verharmlost.

Um den Büchern Spannung zu geben, müssen Kinder mit Behinderungen häufig die Rolle des "Helden" übernehmen. Sie erfahren dadurch Anerkennung und machen das Buch interessant. Hierbei wird oftmals die Behinderung reduzierend als Hauptmerkmal dargestellt; Behinderung wird als privates, nicht als gesellschaftliches Problem geschildert. Auffällig ist, daß vor allen Dingen Kinder mit geistigen Behinderung viel weniger als Person denn als Problem für ihr Umfeld gezeigt werden. Vor allen Dingen die Fotobücher, die als Sachbücher deklariert werden, zeigen eine typische Problematik: "Es fehlt die Lebensfreude!". Hier zeigt sich besonders deutlich, daß der Blick auf die Behinderung den Blick auf das Kind als Kind verstellt. Abschließend stellten wir uns, nach all der Kritik, gemeinsam mit den Studentinnen und Studenten die Frage, was denn eigentlich Inhalt eines "guten" Buches zu diesem Thema sein sollte. In der anschließenden Diskussion wurden die folgenden Punkte als wünschenswert benannt: Die Darstellung selbstbewußter Kinder, die mit einer Beeinträchtigung leben; Schach- und vor allem Kinderseite Informationen über Behinderungen und Hilfsmittel, am besten verpackt in eine Geschichte, die spannend ist, ohne daß das behinderte Kind eine Heldenrolle einnehmen muß. Wichtig wäre auch die Darstellung der gesellschaftlichen Komponente von Behinderung und in diesem Zusammenhang die Vorstellung von Hilfsangeboten für Familien mit behinderten Kindern. Dies würde dem als selbstverständlich proklamierten Altruismus (bis hin zur Selbstaufgabe) der Mütter und Schwestern, die das behinderte Kind allein zum Problem werden lassen, entgegenwirken.



Aus: Neumann-Skave, Paul und Rita, Bielefeld 1986, S. 44

Was gänzlich fehlt, ist die Tatsache gleichgeschlechtlicher Beziehungen (was bei "normalen" Mädchenbüchern in den letzten Jahren durchaus zum Thema geworden ist) und die Thematik von Kindern mit Behinderung in andern Kulturen. Wir hatten den Eindruck, daß die Autorinnen und Autoren, die sich des Themas "Behinderung" annehmen, damit so gefordert sind, daß für andere, zusätzliche "Problemlagen" kein Raum mehr bleibt.

Behinderung vor allen Dingen als bedrückend darzustellen, ist deprimierend und bedrohlich und fördert nicht den Abbau von Vor-Urteilen. So wird verhindert, daß sich die jungen Leserinnen und Leser mit den behinderten Buchfiguren identifizieren, d.h. auch, daß es für behinderte Leserinnen und Leser keinerlei positive Rollenvorbilder gibt.

Wie kann diese Situation verändert werden? Wichtig ist zunächst einmal, den Blick von möglichst vielen Menschen auf diese Thematik zu lenken und sie dafür zu sensibilisieren. Ein gutes Beispiel hierfür ist eine Aktivität, die aus dem Lehrauftrag entstanden ist: Eine Gruppe von Studierenden gestaltet das Schaufenster der Stadtbibliothek Bremen zum Thema und hat dazu einen kleinen Katalog mit ausführlicher Literaturliste gestaltet, der über die Stadtbibliothek Bremen auch zu beziehen ist. Der Titel lautet:" BEHINDERT? Nein: KIND!" (Stadtbibliothek Bremen, Frau Renate Esselmann, Schüsselkorb 15, 28195 Bremen).

Wir hoffen, daß die Schaufenstergestaltung viele Mitmenschen für das Thema interessiert und zum Nachdenken anregt. Ansonsten können wir nur noch an alle behinderten Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift appellieren: Schreibt und illustriert massenhaft gute Kinderbücher!

SWANTJE KÖBSELL + MONIKA STRAHL, BREMEN



Aus: Kift/Brand: Stärker als Supermann, Berlin 1981, S. 23

Wissenschaft und doch viel mehr

Diagnoseeröffnung bei Eltern behinderter Kinder

Eine Buchbesprechung

Zwei Stränge arbeitet Susanne Lambeck in ihrem Buch sehr deutlich heraus:
1) Wie wichtig die Diagnoseeröffnung für den Kontakt zwischen Mutter bzw. Eltern und Kind sowie für die weitere Entwicklung des Kindes ist.
2) Warum es bei dem Verständnis von Medizin (erstes Ziel ist die Verhinderung von Behinderung) fast unmöglich ist, mit Ärzten eine andere Umgehensweise zu erarbeiten.

Aus den Ergebnissen dieser beiden Themenblöcke entwickelt sie den Leitfaden für Ärzte/innen zur Diagnoseeröffnung, der durch seine handfesten Anweisungen (anhand von 10 Fragen) fast an eine Gebrauchsanweisung erinnert. Den MedizinerInnen, die vor der Aufgabe stehen, Eltern mitteilen zu müssen, daß ihr Kind nicht den allgemeinen Wunschvorstellungen entspricht, wird es anhand dieser Checkliste möglich sein, für die Eltern ein/e Gesprächspartner/in zu werden.

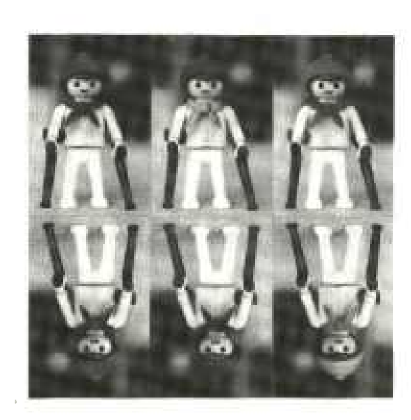
Im Folgenden möchte ich anhand der zwei Stränge den Inhalt des Buches darstellen.
Zu 1) Es ist davon auszugehen, daß die Eindrücke und Informationen, die Eltern im Erstgespräch sammeln, außerordentlich veränderungsresistent sind. Hier werden Einschätzungen zu der Behinderung gebildet und bereits Lösungsstrategien entwickelt. Diese Einschätzungen sind mitunter so starr, daß die Wahrnehmungsfähigkeit der Eltern für die tatsächliche Situation ihres Kindes in den folgenden Jahren nicht ausreicht, um Entwicklungen zu sehen und sie angemessen zu fördern.

Direkt nach der Geburt kommt es zwischen der Mutter und dem neugeborenen Kind zu einem Zwiegespräch, bei dem beide Seiten über ein intuitives Wissen verfügen, z.B. weiß die Mutter, wie die Signale des Kindes zu verstehen sind usw.. Wird dieses Gespräch gestört, sei es, weil das Kind aufgrund seiner Fähigkeiten Signale beisteuert, die die Mutter nicht versteht, oder weil der Säugling aus medizinischen Gründen sofort nach der Geburt von seinen Eltern getrennt wird, kann es zu einer dauerhaften Interaktionsstörung zwischen Mutter/Vater und dem Kind kommen.

Aufgrund von Elternberichten und Forschungsergebnissen stellt S. Lambeck dar, wie die Diagnoseeröffnung erlebt wird und wie Eltern sich diese gewünscht hätten. Obwohl Mütter oft direkt nach der Geburt das Gefühl haben, daß etwas mit ihrem Kind nicht stimmt, müssen sie häufig tagelang warten, bis sie von kompetenter Seite her genaueres erfahren. Die Mütter fühlen sich dadurch hilflos und allein gelassen, wobei sie häufig ihr Baby erst einige Tage nach der Geburt sehen können. Der vielgelobte erste Hautkontakt nach der Geburt fehlt ganz. Aufgrund der Ahnungen richten sie konkrete Fragen an die Ärzte, auf die meistens gar nicht, oder mit der "das wird schon wieder"-Haltung reagiert wird. Kommt es dann doch zu einer Mitteilung der Diagnose durch den Arzt/die Ärztin, (oft erfahren die Eltern von der Behinderung ihres Kindes durch Krankengymnastinnen oder durch Mütter von Kindern mit ähnlicher Behinderung) richten sie diese oft nur an einen Elternteil. In diesen Gesprächen bekommen die Eltern vermittelt, daß ihr Kind ein hoffnungsloser Fall ohne Lebensperspektive ist. Manche MedizinerInnen scheuen sich nicht den Eltern zu klarzumachen, daß sie ein behindertes Baby sterben lassen würden. In anderen Fällen wird von seiten der Ärzte nichts unternommen, um das Leben des behinderten Säuglings zu erhalten. Viele Eltern sehen nicht sichergestellt, daß ihren Säuglingen alle nötige medizinische und pflegerische Hilfe zuteil wird.

Susanne Lambeck

Diagnoseeröffnung bei Eltern behinderter Kinder



VP Verlag für Angewandte Psychologie
Göttingen · Stuttgart

Eltern haben klare Vorstellungen, wann und wie sie die Diagnose ihres Babys mitgeteilt bekommen möchten. So sollte der Zeitpunkt der Eröffnung möglichst früh liegen. Das Gespräch mit dem Arzt/der Ärztin sollte die Eltern in verständlicher Weise über die Behinderung ihres Kindes aufklären. Sie wünschen sich in die Pläne der weiteren Behandlung ihres Säuglings miteinbezogen zu werden. Diese Wünsche werden von S. Lambeck durch verschiedene Forschungsergebnisse unterstützt. Es zeigte sich, daß eine frühe und angemessene Diagnoseeröffung es den Eltern erleichtert ihr Kind mit der Behinderung zu akzeptieren. Um das Verständnis der Eltern für ihre Kinder mit Behinderung zu sensibilisieren, fordert S. Lambeck ein neues Konzept der Frühförderung. Dieses sollte nicht bemüht sein, die Kinder möglichst zu normalisieren, sondern sollte den Eltern helfen, die Kommunikationsmöglichkeiten ihres Kindes besser zu verstehen. Durch diese Entwicklungsberatung fühlen sich die Eltern im Kontakt mit ihrem Kind wieder kompetenter, so kommt es zu einer entwicklungsfähigen Interaktion in der Familie.

Zu 2) Den/die normale/n MedizinerIn muß die Diagnoseeröffnung bei Eltern von behinderten Neugeborenen in eine große Zwickmühle bringen. Ausgebildet werden sie zu dem Zwekke der Heilung. Diese Anforderung spüren sie auch von der unmedizinischen Welt an sich gerichtet. Nun ist aber, je stärker die Behinderung des Säuglings ist, umso weniger an herkömmliche Heilung im Sinne von Anpassung an die Maßstäbe der Nicht-Behinderten zu denken. Diese Widersprüchlichkeit führt bei vielen ÄrztInnen zu Gefühlen von Inkompetenz und Überforderung bei der Diagnosemitteilung, als auch bei der Behandlung behinderter Kinder. Im Kapitel "Pränatale Diagnostik" macht S. Lambeck deutlich, daß die Zwickmühle einem tiefen Graben gleicht, der die ÄrztInnen von Eltern behinderter Kinder trennt.
"Derselbe Arzt, der beispielsweise morgens mittels pränataler Diagnostik ein potenziell behindert werdendes Kind entdeckt und einen Schwangerschaftsabbruch nach eugenischer Indikation befürwortet, weil sowohl er, als auch die betroffenen Eltern das Leben dieses Kindes für 'lebensunwert' halten, entbindet mittags ein Kind mit der gleichen Behinderung. Nun steht er vor dem Problem, der Mutter des Kindes die Diagnose einfühlsam zu übermitteln." Problematisch ist diese Situation nicht nur durch ihre bloße Gegensätzlichkeit, sondern durch die unterschiedliche gesellschaftliche Gewichtung. Bei dem Schwangerschaftsabbruch mit eugenischer Indikation unternimmt der Arzt/die Ärztin eine traditionell sowohl von BerufskollegInnen als auch von der nichtbehinderten Restbevölkerung anerkannten Schritt. Die Diagnosemitteilung über die Behinderung eines geborenen Kindes an die Eltern bringt beide GesprächspartnerInnen in große Verunsicherung. Für die/den Ärztin/Arzt und die Eltern bedeutet Behinderung eine der größten Katastrophen im Leben. Die Eltern hoffen, daß dieser Kelch an ihnen vorbei zöge und erwarten von der/dem Ärztin/Arzt Kompetenz und Hilfe. ÄrztInnen werden in ihrer Ausbildung weder auf diese Situation vorbereitet, noch setzen sie sich dort in ihrem Umgang mit Behinderung auseinander. Sie sind also alles andere als kompetent, den Eltern zur Seite zu stehen. Vielmehr sind MedizinerInnen geübt, im Sinne der pränatalen Diagnostik 'behindertes Leben' zu verhindern. Schwangerschaftsabbrüche mit eugenischer Indikation sind bis zur 22. Schwangerschaftswoche rechtlich möglich. Bei der heutigen neonatalen Intensivpflege haben frühgeborene Kinder ab der 24. Woche eine Überlebenschance. Warum erlaubt ein Gesetzgeber, der sonst mit der Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs sehr restriktiv umgeht, fast lebensfähige, behinderte Föten abzutreiben? S. Lambeck gibt hier eine eindeutige Antwort, indem sie die Enquetekommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" zitiert: "... Insbesondere ökonomische Motive sprechen für eine Senkung der Kosten des Gesundheitswesens, die durch eine Versorgung von Behinderten entsteht." (Bericht der Enquete-Komission des Bundestages 1987) Doch nicht nur Abtreibungen sollen die Gesellschaft vor solchen

kostenintensiven 'Schmarotzern' schützen. Die Nicht-Behandlung behinderter Neugeborener, bis hin zur aktiven Tötung ist inzwischen eine akzeptierte Möglichkeit. S. Lambeck trägt erschreckende Zahlen und Zitate zusammen, von denen ich gehofft hatte, sie wären mit den Nazis untergegangen. Öffentlich diskutiert wird die Nicht-Behandlung behinderter Neugeborener seit Anfang der Achtziger in der BRD. Es sterben jährlich einige hundert neugeborene Säuglinge in Folge unterlassener Hilfsmaßnahmen. Öffentliche Diskussionen (von MedizinerInnen, PhilosophInnen, inzwischen auch von bekannten Feministinnen) über das Lebensrecht von Menschen mit Behinderung sind ohne Scheu führbar. Diese "Sterbehilfe" wird mit drei Gesichtspunkten begründet:

1. DAS LEIDEN DES KINDES UND SEINER FAMILIE Da wird kurzerhand das Kind als 'dahinvegetierend' bezeichnet, mit einen unglücklichen Einfluß auf seine Familie. Da werden die Kinder verantwortlich für die Alkoholabhängigkeit ihrer Mütter, für schlechte Schulerfolge der Geschwister bis hin zu Selbstmordversuchen Angehöriger.

2. Zu den ÖKONOMISCHEN GESICHTSPUNKTEN ein Zitat: "..., daß ... unsere Gesellschaft bei der gegebenen Entwicklung gezwungen ist, die Sozial- und Gesundheitskosten nach Möglichkeit auf das eine Drittel der industriell brauchbaren zu konzentrieren, diese Kosten für den sozialen Ballast zu den Randgruppen hin aber auszudünnen versteht sich" (DÖRNER)

3. "DER WERT DES LEBENS" eines Kindes mit Behinderung ist daran zu messen, daß es mindestens einem nichtbehindertem Kind die Lebenschance nimmt. Um sich diese Argumentation zu erleichtern, erklärt man das behinderte Kind zur Unperson. Hierzu zwei Zitate: "Wir sollen das Leben im Rollstuhl nicht mit dem infolge einer Euthanasie-Aktion (!) eintretenden Tod vergleichen, sondern mit dem Leben dieser normalen Kinder, die eine Mutter zur Welt bringen könnte, wenn das Spina bifida-Kind gestorben wäre." (SINGER & KUHSE) "Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht." (SINGER)

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen, an denen ÄrztInnen beteiligt sind, wird das Spannungsverhältnis deutlich, in dem Eltern das erste Mal von der Behinderung ihres Babys erfahren. Da weder von den ÄrztInnen noch von den Eltern zu erwarten ist, daß sie ihre bisherigen Einstellungen zu Behinderung über den Haufen werfen, eignet sich der von S. Lambeck entwickelte Leitfaden zur Diagnoseeröffnung gut. Er wird den ÄrztInnen helfen, sich nicht von Hilflosigkeit überwältigen zu lassen. So wird das Gespräch der Forderung von S. Lambeck gerechter: Ziel der ärztlichen Information sollte sein, "den Eltern in ihrer neuen Lebenssituation ein Höchstmaß an Kontrolle und überschaubaren Perspektiven zu geben, die ihnen eine konstruktive Bewältigung dieses Lebensereignisses erlauben bzw. erleichtern."

DINA HAMZA, MÜNSTER

Susanne Lambeck:
"Diagnoseeröffnung bei Eltern Behinderter Kinder"; Verlag für angewandte Psychologie - Göttingen

Groll ist neutral und kauft Pistazien

von Erwin Riess

Der Konsummarkt in einem Gemeindehaus an der Brünner Straße. Groll, ein Invalidenrentner aus Wien-Floridsdorf, parkt seinen Rollstuhl vor der Gemüseabteilung und lädt Erdäpfel, Karotten und eine Stange Porree in einen Korb, der auf seinen Schenkeln ruht. Magister Tritt, der Universitätsdozent aus Wien-Hietzing, öffnet die Eingangstür.

TRITT: *erkennt Groll* Da sind Sie ja! Ich war eben bei Ihnen!
GROLL: Ich bin nicht zu Hause, bin einkaufen. Für das Abendmenü.
TRITT: Ich muß mit Ihnen sprechen! Guten Tag, mein Freund! *Schüttelt Groll die Hand.* Was kochen Sie denn heute?
GROLL: Eine mesopotamische Zwischenstromlandsuppe. Sie besteht aus einer Vielzahl von Gemüsen, in die Suppe wird dann eine scharfe, dürre Wurst geschnitten. Am Ende wird das Ganze mit fünf Knoblauchzehen und einem Häubchen Sauerrahm abgerundet. Es handelt sich bei dieser Suppe um eine babylonische Delikatesse, das Rezept habe ich dem alten Testament entnommen.
TRITT: Ich glaube Ihnen aufs Wort. *Wirft einen Blick in den Einkaufskorb.* Da fehlt aber noch einiges!
GROLL: Ich koche die Kriegsvariante der Zwischenstromlandsuppe.
TRITT: Sie üben Pietät wegen des Golfkriegs?
GROLL: Nein, ich übe Enthaltsamkeit, weil das Gemüseangebot des Konsums mir keine andere Wahl läßt.
TRITT: Freund Groll, ich habe ein dringendes Anliegen!
GROLL: Sprechen Sie!
TRITT: Ich halte im Sommersemester eine Vorlesung über die Einstellung von Kindern und Jugendlichen zu Behinderten. Ich dachte, daß Sie mir bei der Vorbereitung helfen könnten.
GROLL: Wir werden später darüber reden. Begleiten Sie mich beim Einkauf?
Ein Mädchen, ungefähr neun Jahre alt, zupft Groll am Ärmel.
DAS MÄDCHEN: Da bin ich.
GROLL: Es wurde auch schon Zeit. Darf ich vorstellen: Magister Tritt, ein Hietzinger, Gwendolyn, meine Assistentin.
TRITT: *verbeugt sich* Küß die Hand, Fräulein.
GWENDOLYN: Lieber nicht, ich habe meiner Schwester gerade zwanzig Dekagramm Schmalz aus den Ohren geholt. Wollen Sie sehen? *Wühlt in ihrer Latzhose.*
GROLL: Verehrter Herr Magister, wir *er deutet auf das Mädchen* haben etwas zu besprechen, wenn Sie uns kurz entschuldigen würden. *Zwinkert Tritt zu.*
TRITT: *nach einer kurzen Pause.* Selbstverständlich! Ich muß ohnehin auch etwas besorgen. Bis gleich! *Eilt davon.*
GROLL: *zum Mädchen.* Als nächstes brauche ich Bier.
GWENDOLYN: Bier. Bitte sehr! *Schiebt den Rollstuhl zu den Bierkisten.*
GROLL: Ich will zwei Flaschen von ganz oben.
GWENDOLYN: Das ist gut, da komme ich nicht hin.
GROLL: Dann müssen wir eben wieder die Muhammad-Ali-Methode anwenden.
GWENDOLYN: Wunderbar!
GROLL: Du hast dir die Methode gemerkt?



GWENDOLYN: *ernst* Freilich! Muhamali sagt, man muß die Brust schlagen, wenn man will, daß der Kopf fällt.
GROLL: Bravo! Laß uns anfangen.
Gwendolyn zieht Groll einige Schritte zurück, dann schiebt es ihn mit aller Kraft vorwärts. Die Fußstützen des Rollstuhls krachen in den Kistenturm; der schwankt, fällt aber nicht um.
GWENDOLYN: Es geht nicht.

GROLL: Wir brauchen einen größeren Anlauf.
GWENDOLYN: *während es Groll in die Obstabteilung schiebt* Muhamali muß ein kluger Mann sein. Er fährt sicher auch mit einem Rollstuhl?
GROLL: Selbstverständlich.
In der Obstabteilung angekommen, polstert Groll seine Füße mit Verpackungskarton. Die beiden nehmen Aufstellung. Groll gibt das Kommando, dann rasen sie auf die Bierkisten zu und kollidieren mit dem Turm, - ein Schmerzensschrei gellt durch das Geschäft; der Turm schwankt, die oberste Kiste neigt sich und droht zu fallen. Im letzten Moment fängt jemand die Kiste ab, es ist Mag. Tritt, er stellt die Kiste vor Groll auf den Boden. Auf Tritts Stirn zeichnet sich eine feuerrote Beule ab.
TRITT: *zu Groll* Wieviel Flaschen?
GROLL: Zwei.
Tritt reicht zwei Flaschen Bier, Gwendolyn verstaut sie in dem Korb.
GWENDOLYN: Haben wir Ihnen wehgetan?
TRITT: Danke, es geht. Ich habe mich an einer Kiste gestoßen, als euch das Mißgeschick passierte. *Umkreist den Rollstuhl.*
GROLL: Was suchen Sie?
TRITT: Ich sehe nach, was an dem Rollstuhl gebrochen ist. Vielleicht ist es die Achse.
GROLL: Nichts ist gebrochen, wir sind absichtlich an den Stoß gefahren.
Eine Frau mit einer fahrbaren Wiege und einem dicken Mädchen an der Hand will vorbei.
DIE FRAU: Entschuldigen Sie.
GROLL: Pardon, Frau Wondra. *Fährt zurück.*
Die Frau fährt Tritt mit der Wiege über die Füße.
TRITT: Verzeihung!
DIE FRAU: Unverschämtheit!
DAS DICKE MÄDCHEN: *Groll anstarrend* Tante, was hat denn der Mann?
DIE FRAU: *nuschelt* Der kann nicht gehen.
DAS DICKE MÄDCHEN: Was?
DIE FRAU: *leise* Der Mann kann nicht gehen.
DAS DICKE MÄDCHEN: Warum kann der Mann nicht gehen?
DIE FRAU: *schnell weitergehend* Ich weiß nicht.
DAS DICKE MÄDCHEN: Wolltest du nicht Bier kaufen, Tante?
DIE FRAU: Später, später. Komm jetzt! *Zerrt das dicke Mädchen hinter sich her. Es reißt sich aber los und läuft zu Groll zurück.*
DAS DICKE MÄDCHEN: Warum gehst du nicht mit den Füßen? Bist du müde?
DIE FRAU: Vanessa, komm sofort her! Sowas fragt man nicht! Entschuldigen Sie, Herr Groll! Meine Nichte ist vorlaut.
DAS DICKE MÄDCHEN: Warum fragt man sowas nicht?
GROLL: Keine Ursache, Frau Wondra! *Entnimmt seiner Brieftasche einen Zettel und reicht ihn dem dicken Mädchen.*
GROLL: Da steht alles, was du wissen mußt. Und jetzt geh zu deiner Tante zurück.
DAS DICKE MÄDCHEN: Du bist ja nur müde. Ich bin auch müde. *Geht langsam zur Mutter zurück.*
TRITT: Was haben Sie ihr da gegeben?
GROLL: Einen Kommunikator. Wollen Sie Sehen? *Reicht Tritt einen Zettel.*
TRITT: Geben Sie her! *Liest laut.*
Kommunikator II b.
WARUM ICH IM ROLLSTUHL SITZE.
Zehn Antworten für Kinder unter zehn.
1. Ich war einmal jünger als du
2. Damals habe ich auch viele Fragen gestellt.
3. Viele Fragen sind der Erwachsenen Tod.
4. Frag mich.
5. Ich sitze im Rollstuhl, damit du mich fragen kannst, warum ich im Rollstuhl sitze, daß ich dir einen Zettel gebe, der dir erklärt, warum ich im Rollstuhl sitze.
6. Wichtiger als die Frage, warum ich im Rollstuhl sitze, ist die Frage, warum Muhammad Ali im Rollstuhl sitzt.
7. Muhammad Ali sitzt im Rollstuhl, weil er seine Methode verraten hat.
8. Die Muhammad Ali Methode erlernen, heißt fürs Leben lernen.
9. Mit der Muhammad-Ali-Methode kannst du alle, wenn nicht die meisten Fragen beantworten.
10. Die Methode kann bei mir erlernt werden.
GROLL: Es ist erhebend, der Wiege der Menschheit nahe zu sein.



TRITT: *sieht der fahrbaren Wiege nach* Ich finde es schmerzhaft.
GROLL: Ich rede nicht von dem Kind, ich rede von meiner Suppe.
TRITT: Sie meinen Mesopotamien, die Wiege der Menschheit?
GROLL: *nickt* Die Suppe stärkt die Abwehrkräfte. Sie sollten sich gesünder ernähren, geschätzter Freund. Sie wirken etwas angeschlagen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an mir. Gwendolyn, kommst du?
GWENDOLYN: *bricht in der Fotoabteilung Fotopäckchen auf und prüft die Bilder.* Ich komme!
TRITT: Gwendolyn, ein seltsamer Name.
GROLL: In Floridsdorf nicht. Die Namensgebung erfolgt hier nach den Vorabendserien. Nicht wahr, Fräulein Gwendolyn Nedomansky?
GWENDOLYN: Gwendolyn war die Geliebte von Don Johnson in der siebenunddreißigsten Folge von "Miami Vice". Sie starb an einem Klapperschlangenbiß, nachdem sie von einem Walfisch ausgespuckt worden war, der von einem Öltanker aufgeschlitzt worden war, der ...
TRITT: Ich verstehe.
GWENDOLYN: Ich habe die Videocassette zu Hause. Ich borge Sie Ihnen.
TRITT: Lieber nicht.
GROLL: Der Herr ist aus Hietzing, Gwendolyn. In Hietzing sind Vorabendserien verpönt. Statt fernzusehen geht man dort zu einer Soirée ins Dommayer.
GWENDOLYN: Sehen Sie nur, Herr Groll! Dieses Foto zeigt den Herrn Hausmeister, er liegt auf der Frau Wondra und schaut blümerant. Ob das der Herr Wondra aufgenommen hat?
GROLL: *betrachtet das Bild* Das glaube ich kaum. Erstaunlich, wie sehr der Hausmeister sich für seine Mieter einsetzt. Du kannst die Fotos jetzt zurückbringen, Gwendolyn. Magister Tritt hilft mir. Würden Sie mir zwei Packungen Pistazien von dem Regal dort vorne reichen?
TRITT: Mit Vergnügen! *Reicht Groll die Pakkungen.* Bitte sehr!
GROLL: *prüft die Päckchen* Danke sehr, es sind die richtigen. Es sind iranische!
TRITT: Das ist wichtig?
GROLL: Es ist entscheidend. Wie Sie wissen, bin ich österreichisch neutral. Österreichisch neutral zu sein, heißt keine Seite zu schädigen, mit anderen Worten: von beiden Seiten zu profitieren. Die Voest hat im ersten Golfkrieg sowohl den Irak als auch den Iran mit Kanonen beliefert, ich setze die Tradition fort und erwerbe iranische Pistazien der Marke Rafsandjani, wenn ich eine irakische Suppe koche.
TRITT: Rafsandjani? Meinen Sie den iranischen Regierungschef? Ich glaube nicht, daß er damit *greift nach einer Packung* etwas zu tun hat.
GROLL: Doch. Herr Rafsandjani ist der weltgrößte Pistazienhändler. Mein Einkauf ist beendet, lassen Sie uns an der Kassa zahlen.
Sie reihen sich in einer Schlange ein. In der Getränkeabteilung erhebt sich ein Streit. Eine Stimme: "Vanessa, komm sofort her!" *Eine zweite Stimme:* "Tante, Gwendolyn zeigt mir die Muhamali-Methode." *Die erste Stimme:* "Vanessa, hör sofort damit auf!" *Mit großem Getöse fällt ein Stoß mit zwei Liter Flaschen Weinviertler Landwein um.*
TRITT: Ihre Assistentin?
GROLL: *nickt* Sie macht Fortschritte.
GWENDOLYN: *läuft Richtung Kassa* Herr Groll, was ist mit meinem Honorar?
GROLL: Eine halbe Stunde, einverstanden?
GWENDOLYN: Einverstanden. Aber jetzt gleich.
GROLL: *erklärend zu Tritt* Wir spielen eine Partie Schas-al-bouff.
TRITT: Dieses Spiel kenne ich nicht.
GROLL: Es handelt sich um ein verschollenes Spiel aus dem Zweistromland, ich habe die Regeln im "Codex Hammurabi" gefunden. Das Prinzip ähnelt dem französischen Boule oder dem italienischen Boccia, es wird nur umgekehrt gespielt.
TRITT: Inwiefern umgekehrt?
GROLL: Während es bei Boccia darauf ankommt, einer Zielkugel möglichst nahe zu kommen, ist es bei Schas-al-bouff umgekehrt. Man legt eine Zielkugel auf den Boden und schießt dann die übrigen drei Bälle in die Luft, und zwar so, daß der letzte Ball weggeschossen sein muß, bevor der erste gelandet ist. Die Position der drei Bälle ergibt ein Dreieck, das berech werden kann. Die Winkelgrade der Abweichungen vom Schwerpunkt des Dreiecks ergeben die Punkteanzahl des Spielers.
TRITT: Ein Kompliziertes Spiel.
GROLL: Überhaupt nicht. Wir haben noch nie mehr als zwei Bälle gleichzeitig in die Luft gebracht.
GWENDOLYN: Ich hole die Tennisbälle! *Läuft aus dem Geschäft.*
GROLL: Tennisbälle fallen schnell zu Boden. Das Spiel ist reine Theorie, die Verwirrung aber, die die Tennisbälle in den Gärten anrichten, ist Praxis, und Gwendolyn ist eine begeisterte Praktikerin. Spielen Sie eine Partie mit uns?
TRITT: Gern. Darf ich Ihnen helfen? *Legt den Inhalt von Grolls Korb auf ein Förderband.*

Verhinderung der Pränataldiagnostik durch einen Anti-Dialog?

Zur Diskussion um Humangenetik und Pränataldiagnostik

Bei allen Unterschieden in den in der 'randschau' 2/94 abgedruckten Positionen von Ursula Aurien und Eva Schindele sind ihnen doch zwei Dinge gemeinsam:

1. So richtig reden möchte keine mit den Humangenetikern. Ursula Aurien lehnt ein Gespräch kategorisch ab, weil es ihrer Meinung letzten Endes nur als Legitimation für die Humangenetik dienen kann; Eva Schindele möchte zwar mit ihnen reden, um öffentlich "Standpunkte auszutauschen", um "das Denken von Humangenetikern ... zu entkleiden", um einen Dialog darf es sich dabei aber nicht handeln, und eigentlich auch nicht um ein Gespräch.

2. Beide wollen im Grunde die Pränataldiagnostik nicht. Ursula Aurien lehnt sie im Sinne einer "fundamentalen politischen Kritik" ab, Eva Schindele ist da eher pragmatisch: Wenn denn schon Pränataldiagnostik "zu einer Regelleistung der Schwangerenvorsorge geworden" ist - ja, ... was denn dann? Bedeutet die Forderung nach unabhängigen Beratungsstellen (die ich voll und ganz unterstütze) im Umkehrschluß die Forderung nach Schließung der bisherigen humangenetischen Beratungsstellen?



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Der folgende Diskussionsbeitrag bezieht sich hauptsächlich auf diese beiden von mir gesehenen Gemeinsamkeiten. Obwohl ich in der "Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke" aktiv bin, ist dies nicht der Diskussionsbeitrag eines Verbandsvertreters (Vertreter waren mir schon immer suspekt), sondern meine persönliche Meinung - durchaus aber verbunden mit der Hoffnung auf einen Dialog zwischen den traditionellen Behindertenverbänden und der Krüppelbewegung (ist der Begriff noch aktuell?).

Zum Dialog mit den Humangenetikern: Im Gegensatz zu Eva Schindele und Ursula Aurien halte ich einen Dialog nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig. Auch wenn mir die "fundamentale politische Kritik", die in der Verweigerung des Dialogs zum Ausdruck kommt, im Grunde sympathisch ist, ist doch die Humangenetik inzwischen nicht nur etabliert, sondern vom "Zeitgeist" auch legitimiert. Die einzige Chance, die ich unter solchen Bedingungen sehe, ist deshalb nicht, die Humangenetik abschaffen zu wollen, sondern ihre weitere Entwicklung im Sinne einer Eugenik von unten so weit wie möglich aufzuhalten. Und genau dazu kann ein Dialog mit Humangenetikern beitragen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Für viele Humangenetiker sind Worte wie "Eugenik" und "Diskriminierung behinderter Menschen" Fremdworte. In der Regel handeln Humangenetiker getreu dem medizinischen Paradigma, das sich um die gesellschaftlichen Folgen ihres Tuns noch nie groß gekümmert hat. Wenn sie dann aber mit den gesellschaftlichen Folgen massiv konfrontiert werden - und dazu hat der Krach, den die Krüppelbewegung geschlagen hat, erheblich beigetragen - sind sie in der Regel auch bereit, die Diskriminierung, die mit der Humangenetik immer verbunden sein wird, so klein wie möglich zu halten.

2. Es ist absolut richtig, wenn Eva Schindele in öffentlichen Diskussionen das Denken von Humangenetikern "entkleiden" will. Dazu muß sie aber zunächst einmal wissen, wie denn Humangenetiker eigentlich denken. Der Vorwurf, sie denken eugenisch, ist so pauschal einfach falsch. Selbst wenn sich "die Positionen zwischen Kritikern pränataler Diagnostik und Humangenetikern ausschließen", kann es ein Gespräch geben. Sicherlich keinen Dialog, aber nicht, weil nicht zumindest punktuell ein Konsens möglich wäre, sondern weil Humangenetiker unser Denken genausowenig "verstehen" wie wir ihres.

3. Die Stellungnahmen der Gesellschaft für Humangenetik oder auch die Ergebnisse der Tagung in Bad Herrenalb (vgl. Medizinische Genetik 4/93, s. 412 ff) lassen erkennen, das die Humangenetiker die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden, ihnen viele Entwicklungen in der Anwendung ihrer Forschungsergebnisse auch nicht gefallen und sie einen mehr oder weniger starken Korrekturbedarf sehen.

Soviel zum Dialog. Mag sein, das ich da zu naiv bin; dennoch bin ich der Überzeugung, das langfristig nur ein Dialog mit den Humangenetikern das schlimmste verhindern kann.
Ein Dialog hat noch nichts mit Legitimation zu tun - die kommt aus einer anderen Ecke: von der Bioethik und teilweise auch von den Eltern von Menschen mit Behinderungen. Diese Legitimation halte ich für viel gefährlicher, und eine Strategie zum weiteren Widerstand sollte sich auf den Entzug dieser Legitimation konzentrieren.

Auch wenn es eine Trennung zwischen Wissenschaft und Politik nie gegeben hat, beruft sich die Bio-Ethik doch immer wieder auf das Postulat der wertfreien Wissenschaft. Das Denken, das es "lebensunwertes" Leben gebe, mag schlimm sein - viel schlimmer aber ist die angeblich wertfreie Wissenschaft, die den Menschen verkauft, daß es objektiv "lebensunwertes" Leben gebe. Aus diesem Grund lehne ich einen Dialog mit Vertretern der Bio-Ethik zumindest im wissenschaftlichen Rahmen nach wie vor ab - eben weil es keine Wissenschaft ist, sondern handfeste Politik, die lediglich gesellschaftliche Mißstände legitimieren will. Die Humangenetik - und nicht nur diese - operiert in Bereichen, die unweigerlich in ethische Dilemmata führen, aber: damit muß sie leben, bzw. diese Entwicklungen korrigieren, und sie nicht mit Hilfe einer neuen Ethik wegdefinieren.

Die Positionen zur Bio-Ethik sind in der Randschau ausführlich diskutiert worden, und im letzten Jahr sind ja auch die Verbände wachgeworden und haben in der BAGH einen Arbeitskreis Ethik gegründet. Dennoch scheint hier niemand so richtig zu wissen, wie's denn weitergehen soll, während sich die Bio-Ethik munter weiterentwickelt. (vielleicht lassen sich hier ja gemeinsame Strategien entwickeln?)

Worüber aber bisher kaum gesprochen wur-

de, ist die Rolle der Eltern, und hier insbesondere der Eltern von Menschen mit genetisch bedingten Erkrankungen und den daraus folgenden Behinderungen. Gerade diese Eltern stellen letztlich das Klientel der Humangenetiker, auf das sich diese auch immer wieder berufen - und nicht die behinderten Menschen selber. Sowohl Eva Schindele als auch Ursula Aurien fordern, die Diskussion in die Verbände hineinzutragen und dort offensiv zu führen. Dies mag in Verbänden, in denen überwiegend behinderte Menschen organisiert sind, vielleicht möglich sein (hab' ich keinen Überblick), in Verbänden, in denen jedoch überwiegend Angehörige und Eltern behinderter Menschen organisiert sind, ist eine solche Diskussion mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Auch wenn ich denke, daß bei der Diskussion nicht nach verschiedenen "Arten" der Behinderung unterschieden werden sollte, ist es doch ein Merkmal vieler genetisch bedingter Erkrankungen, daß sie progredient verlaufen. Und gerade weil dieses so ist, setzen die Eltern insbesondere von kleinen Kindern ihre ganzen Hoffnungen auf eine mögliche Gentherapie - nicht weil sie ihre Kinder ablehnen, sondern weil sie den bisher zwangsläufigen Verlauf der Krankheit, der in der Regel irgendwann einmal zum Tode führt, aufhalten wollen. Wie realistisch diese Möglichkeit ist, interessiert die Eltern oft gar nicht. Auch sehen sie nicht, daß Pränataldiagnostik und Gentherapie im Grunde auseinanderlaufen: aktuelle Forschungen zur Gentherapie laufen nicht bei den prozentual gesehen wenigen klassischen genetisch bedingten Erkrankungen, sondern eher bei Massenerkrankungen wie Herz-Kreislaufkrankheiten, Krebs, Rheuma (ob diese wirklich genetisch bedingt sind, ist eine andere Diskussion). Die Logik, das zur Entwicklung einer Therapie eine Diagnostik notwendig ist, stimmt hier also nur bedingt. Da eine kritische Diskussion über Humangenetik und Pränataldiagnostik den Eltern aber letztlich ihre Hoffnungen rauben würde, sind sie im Grunde gar nicht bereit für einen Dialog. Bei den von einer genetisch bedingten Erkrankung Betroffenen sieht das schon wieder ganz anders aus - aber diese sind eben eindeutig nicht das Klientel humangenetischer Beratungsstellen.

Aber es gibt auch Eltern, die sich nach dem Tod ihres z.B. muskelkranken Kindes noch einmal ein gesundes Kind wünschen und dafür die Pränataldiagnostik brauchen - Eltern, die doch eigentlich wissen müßten, das es kein "lebensunwertes" Leben gibt. Für diese Eltern eröffnet die Pränataldiagnostik die scheinbare Wahl zwischen einem behinderten und einem gesunden Kind - welche Folgen die hier möglicherweise versuchten Schwangerschaften auf Probe für die Eltern haben, wird in der Regel nicht reflektiert. Auch daß diese Eltern mit ihrer Forderung nach einem eigenen, jetzt aber gesunden Kind ihren eigenen Kindern nachträglich und anderen Behinderten (auch ohne genetisch bedingte Erkrankung) aktuell im Grunde das Lebensrecht absprechen, sehen diese Eltern nicht, wollen es nicht sehen und können es vielleicht auch gar nicht sehen.

Gerade wenn es um Schwangerschaften auf Probe, um mögliche Schwangerschaftsabbrüche aber auch um mögliche Gentherapien geht, besteht bei betroffenen Eltern erheblicher Beratungsbedarf. Natürlich ist es besser, wenn entsprechende Beratungen in unabhängigen Beratungsstellen (z.B. CARA) erfolgen, prinzipiell halte ich diese aber auch in humangenetischen Beratungsstellen für möglich. Natürlich entsprechen humangenetische Beratungsstellen kaum den Standards, die die Gesellschaft für Humangenetik für notwendig hält. Es besteht hier erheblicher Handlungsbedarf, nur: letztlich läuft die Forderung nach Verbesserung der Beratung auf eine Beratungspflicht bei eugenischer Indikation hinaus, die ich in diesem Fall (trotz aller Bedenken gegen eine Pflichtberatung) für notwendig halte. Wohlgemerkt: bei der eugenischen Indikation, bei allen anderen Indikationen nicht (auch wenn die Novellierung des §218 genau in die andere Richtung läuft). Denn nur so kann letztlich der Automatismus Gynäkologe - Amniozenthese - im Falle eines positiven Befundes Abbruch der Schwangerschaft unterbrochen werden.

Und schließlich: warum wird eigentlich nicht mehr die Forderung nach Abschaffung der eugenischen Indikation erhoben - bzw. warum ist sie im Rahmen der Änderung des §218 so wenig erhoben worden? Würde damit nicht den Humangenetikern die Legitimation für ihr Handeln nicht viel eher entzogen?

Sicherlich gäbe es noch viel mehr zum Thema zu sagen. Mir bleibt hier nur die Hoffnung, daß ein Dialog zwischen Krüppelbewegung und Behindertenverbänden vielleicht ein Weg in die richtige Richtung sein könnte - auch wenn bei den Verbänden sicherlich genausoviel Angst vor einen solchen Dialog da ist wie bei der Krüppelbewegung.

NORBERT VAN KAMPEN
(DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR MUSKELKRANKE)

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:
'krüppeltopia' e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

RESSORTS & REDAKTIONSADRESSEN
- *Anzeigenverwaltung, Magazin:* **Redaktion Berlin,** Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 10779 Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76
- *Abo & Vertrieb:* **Redaktion Kassel,** Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78, Fax: 0561 / 89 65 32
- *Termine:* **Redaktion Kassel,** Ulrike Lux, Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 77 69 15
- *Bücher:* **Redaktion München,** Thomas Schmidt, Planeggerstraße 10, 81241 München, Tel.: 089 / 88 88 598
- **Redaktion Essen,** Volker van der Locht, Virchowstraße 36, 47147 Essen, Tel.: 0201 / 74 07 00
- **Redaktion Mannheim,** Martin Seidler, Am Weingarten 2, 68169 Mannheim, Tel.: 0621 / 30 49 54

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Kassel) **V.i.S.d.gl.P.**, Thomas Schmidt (München), Martin Seidler (Mannheim), Volker van der Locht (Essen), Christof Rill (Kassel), Jörg Fretter (Kassel)

Die *CASSETTENAUSGABE* der randschau wird betreut durch Valeska Wnuck, Brentanostraße 50, 34125 Kassel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos, bitten aber um Verständnis, wenn wir nicht alles, was aufläuft, abdrucken.
Um uns die Bearbeitung mit dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden.

ABO-PREISE: Preis für 4 Ausgaben 25 DM / Ausland 35 DM / auf Cassette / 30 DM / Cassette & Schwarzschrift 40 DM / Einzelpreis 7 DM & 2 DM Porto/Verpackung

ERSCHEINUNGSWEISE: vierteljährlich
AUFLAGE: 2.500 Exemplare

BANKVERBINDUNG: Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009 422, 'krüppeltopia' e.V./die randschau

SATZ: LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, 34119 Kassel
DRUCK: COPYTeam, Holländische Str. 36-38,34127 Kassel

TITELFOTO: Barbara Eckert, Berlin

Die Parteien und ihre behindertenpolitischen Forderungen

Am 16. Oktober 1994 sind Bundestagswahlen. Etwa 8% der Bürger unseres Landes sind behindert - eine beachtliche Größe! Was tun die Parteien, um sich für behinderte WählerInnen attraktiv darzustellen? Um diese Frage zu beantworten, begann ich in den verschiedenen Bundestagswahl- bzw. Regierungsprogrammen zu recherchieren, ob und wenn ja, an welchen Stellen, behinderte BürgerInnen erwähnt werden und wie sie dargestellt werden. Dabei werde ich die entsprechenden Programmteile bis auf ganz wenige Anmerkungen meinerseits lediglich referieren; eine Meinung kann bzw. sollte sich dann jedeR selber bilden. - Während der Arbeit an dem Artikel mußte ich feststellen, daß die CDU ihr Regierungsprogramm erst nach Redaktionsschluß vorstellt, so daß programmatische Aussagen dieser Partei fehlen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Im Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen tauchen behinderte Menschen bzw. deren Belange an verschiedenen Stellen auf. Im Kapitel "Den Sozialstaat solidarisch umbauen" wird festgestellt, daß ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz die beste Lösung wäre, um die Kosten für eine **bedarfsgerechte, solidarische Pflegeabsicherung** zu decken[1]. Nach Meinung der Partei sollte diese nicht nur die erforderlichen Kosten für Grund- und Behandlungspflege, sondern auch für hauswirtschaftliche Versorgung sowie für Kommunikations- und Mobilitätshilfen umfassen und müßte vom Grundsatz der Selbstbestimmung jeder/jedes einzelnen über die Art der Pflege und des Wohnens ausgehen. - Jedoch solle auch bei einer Versicherungslösung am Grundsatz einer gleichgewichtigen Finanzierung durch Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnen festgehalten werden.

Nach Meinung der Partei müsse die Pflegeabsicherung Impulse zur Schaffung neuer Pflege-, "Wohn- und Betreuungsformen" als Alternative zu den großen stationären Pflegeeinrichtungen geben. Weitere Forderungen an eine Pflegeabsicherung im Sinne der Bündnisgrünen sind das Verhindern von Kompetenzstreitigkeiten auf dem Rücken pflegeabhängiger Menschen, die Zugänglichkeit der Pflege für alle Betroffenen und die Schwerpunktsetzung auf Prävention und weitergehender Rehabilitation.

Im Abschnitt über **Gentechnologie** lehnt die Partei diese grundsätzlich ab. Es wird jedoch bemerkt, daß im Bereich der Medizin die Risiko-Nutzen-Abwägung besonders schwer falle, da es hier auch um "menschliches Leid" gehe. Die "verständliche Hoffnung vieler Menschen auf die Gentechnik im Bereich der Medizin" seien jedoch nicht erfüllt worden. Als eine Art (Lippen?-)Bekenntnis wird konstatiert, daß Krankheiten und Behinderungen ein Teil unseres individuellen und gesellschaftlichen Lebens sind. Abschließend wird auch auf die Gefahren der Entschlüsselung des menschlichen Genoms hingewiesen und ein Verzicht bzw. ein Verbot der Patentierung von Erbsequenzen gefordert.

Im Abschnitt "Gegen Haß und Ausgrenzung - für Selbstbestimmung, Toleranz und Solidarität" tritt die Partei für eine **umfassende Gleichstellungspolitik** ein und bezeichnet die Forderung nach gleichen BürgerInnenrechten "für alle dauerhaft hier lebenden Minderheiten" als eine zentrale Frage der Demokratie.

In einem eigenen Abschnitt "**Rechte von diskriminierten Minderheiten ausbauen**" sprechen Bündnis 90/Die Grünen unter der Unterüberschrift "Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen" die wieder aufflammende »Lebensunwert«-Diskussion an und fordern eine Ächtung aller Formen eugenischer Gewalt sowie jeglicher gesellschaftlicher Aussonderung. Die Partei erklärt es zu ihrem Ziel, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und fordert z. B. die "gleichberechtigte Benutzung" von Bussen und Bahnen, Mobilitätshilfen für Blinde und Gehörlose und eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe. Die volle Integration in Schule und Hochschule müsse die Regel werden. Weiterhin bräuchten wir einen behindertengerechten Wohnungs- und Städtebau und Alternativen zu den bestehenden Werkstätten für Behinderte.

Auch die ersatzlose Streichung des **218** ist ein politisches Ziel der Partei Bündnis 90/Die Grünen. In diesem Zusammenhang wird der rechtmäßige Schwangerschaftsabbruch bei eugenischer Indikationsstellung gegenüber dem rechtswidrigen aber straffreien Abbruch aus anderen Gründen als "vorgeburtliche Euthanasie" gebrandmarkt (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1993 zum 218).

[1]) Ob dies eine Forderung nach einem solchen Gesetz sein soll, bleibt bei dieser Formulierung für mich unklar.

Freie Demokratische Partei:

Im Wahlprogramm der FDP für die bevorstehende Bundestagswahl werden die Belange behinderter Menschen nur vergleichsweise knapp angesprochen. Im Unterkapitel "Eigenständigkeit und Integration - Politik für Behinderte" des Abschnitts "Sozial- Gesundheits- und Gesellschaftspolitik" wird ausgeführt, daß Behinderte ein Teil unserer Gesellschaft sind und "Verständnis und Hilfe" brauchen. Die Liberalen wollen eine Politik, die auf "Achtung der Selbstbestimmung, den Respekt vor dem Anspruch auf Autonomie und eine Zurückdrängung des Versorgungsstaatsgedankens zugunsten der Unterstützung und Beteiligung" setzt. Die Partei sieht in einem Anti-Diskriminierungsgesetz einen wichtigen Schritt zur Verhinderung der Diskriminierung von Behinderten, der durch die Entwicklung eines neuen, sensibleren Bewußtseins für behinderte Mitbürger ergänzt werden müsse.

Nach Meinung der Liberalen sollen behinderte und nichtbehinderte Kinder "so weit wie möglich" gemeinsam erzogen werden. Verschiedene Institutionen sollten enger zusammenwirken, um eine bessere Aufklärung und Information über Behinderungen und Behinderte zu erzielen. Wichtige Ziele für die FDP sind auch Anstrengungen im Bereich der Prävention (z. B. die Forschung im Bereich progressiver Erkrankungen), eine präventive Entwicklungsförderung und medizinische Rehabilitation schon ab der frühen Kindheit und eine stärkere Anpassung der beruflichen Rehabilitation an die "beruflichen Notwendigkeiten". Weitere Forderungen sind größere Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten und deren Eltern in Werkstätten für Behinderte, Zwischenformen zur Erleichterung des Übergangs von Werkstätten für Behinderte in das Berufsleben sowie "Barrierefreiheit" für Behinderte, worunter keine Hindernisse für Rollstuhlfahrer und eine "sensorische Kennzeichnung für Sehbehinderte", etc. verstanden werden soll.

Noch einmal werden Belange behinderter Menschen beim Thema "**Schule**" angespro-

chen bzw. das oben Gesagte näher ausgeführt. Hier heißt es, daß "auf der Grundlage des Elternwillens alle Möglichkeiten für die gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder auszunutzen [sind], um die Integration Behinderter zu fördern".
Bezüglich der **Gentechnik**, die ja im medizinischen Bereich in ihren Auswirkungen behinderte Menschen betrifft, ist die FDP für weiterreichende Verfahrensvereinfachungen, insbesondere in den unteren Sicherheitsstufen und für eine vollständige Umsetzung der Gentechnik-Richtlinie der EU (wobei für die LeserInnen unklar bleibt, was dies bedeutet)



Partei des Demokratischen Sozialismus:

Die PDS (auf deren Landeslisten erstaunlich viele behinderte Menschen Platz gefunden haben) setzt sich ebenfalls an mehreren Stellen ihres Programmes für die Belange behinderter Menschen ein. So wird im Abschnitt "**Arbeit und soziale Sicherheit für alle**" die Durchsetzung der Mindestbeschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen gefordert. Mittelbar mit Behinderten zu tun hat die Ablehnung des Zivildienstes als Instrument der Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Ablehnung von Beschäftigungsverhältnissen mit diskriminierender außertariflicher Bezahlung (was beim Thema *persönliche Assistenz* von Bedeutung ist). Um Arbeitsplätze zu schaffen tritt die Partei für die Förderung von Selbsthilfegruppen, Sozialbetrieben und genossenschaftlichen Projekten ein (was gerade im Behindertenbereich wichtig wäre). Folgerichtig wird auch der Arbeitnehmerstatus und entsprechende tarifliche Entlohnung für in Werkstätten für Behinderte beschäftigte Menschen gefordert.
In der **Gesundheitspolitik** tritt die PDS für die "Durchsetzung des Rechts auf lebenslange Rehabilitation" ein.
Im Bereich der **Wohnungspolitik** soll nach den Vorstellungen der PDS eine rechtsverbindliche Regelung für barrierefreies Bauen und Wohnen im Interesse behinderter und älterer Menschen geschaffen werden sowie für Behinderte und andere auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen entbürokratisierte Wohngeldregelungen und ein erweiterter Kündigungsschutz geschaffen werden.
Unter der Überschrift "**Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen überwinden**" innerhalb des Kapitels "Selbstbestimmt leben - gegen jede Form der Diskriminierung" heißt es, daß vielfach die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen fehlen und demnach geschaffen werden müssen. Im einzelnen tritt die Partei für ein in der Verfassung verankertes Diskriminierungsverbot und ein Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz ein, das unter Einbeziehung der Betroffenen zu erarbeiten ist. Sie fordert einen Arbeitsplatzanspruch, die tatsächliche Durchsetzung des Kündigungsschutzes und die Aufhebung der Freikaufsmöglichkeit für Arbeitgeber. Weiter sollten Lebens-, Wohn- und Arbeitswelt behindertengerecht gestaltet werden und der behinderten Person die von ihr gewünschte Wohnform gewährt werden. Eine Neufassung und Harmonisierung von Schwerbehinderten- und Rehabilitationsrecht müsse zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen beitragen.
Last but not least wird Stellung gegen die "eugenische Indikation" sowie gegen Eugenik und Bioethik bezogen.
Unter dem Abschnitt findet sich der (geklaute) Leitsatz, daß Behindertenpolitik eine Frage von Bürgerrechten und keine Wohltätigkeitsfrage sei.
Schließlich kann mensch im Abschnitt "**Kultur, Bildung und Wissenschaft**" nachlesen, daß alle Kultureinrichtungen für Menschen mit Behinderungen ohne Schwierigkeiten in Anspruch genommen können werden müssen. Auch die Forderung, daß Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung individuell gefördert und unabhängig von Art und Grad der Behinderung integriert werden sollen und niemand zwangsweise in eine Sondereinrichtung eingewiesen werden darf, fehlt nicht.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

(Nachdem ich das Regierungsprogramm der SPD nach einigen Bemühungen endlich erhalten hatte, war ich ziemlich schockiert, als ich beim Überfliegen des Textes nur zwei kurze Passagen fand, in denen behinderte Menschen erwähnt werden.) Beide Fundstellen zum Thema Behinderung befinden sich im Kapitel "Ein stabiler, leistungsfähiger Sozialstaat ...". Zum einen wird im Unterabschnitt "... durch eine gerechte **Wohnungspolitik**" angemerkt, daß sich die Wohnbedürfnisse der Menschen geändert haben, und daß es u. a. Alte und Behinderte als "Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt" erforderlich machen, "beim Wohnungsneubau, beim Umbau und der Modernisierung von Wohnungen ... alten- und behindertengerechte Ausstattung ... von Wohnungen zu berücksichtigen." Auch in dem Unterkapitel "... durch den **Ausbau der Rechte der Behinderten**" lese ich wenig Handfestes: Weil er soo 'schön' ist, will ich dieses vollständig zitieren:
"Menschen mit Behinderungen werden tagtäglich in vielen Lebensbereichen benachteiligt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Folgen der Behinderung weitmöglichst überwinden zu helfen. Unser Leitgedanke ist, daß allein Art und Schwere der Behinderung Maßstab der Hilfe sein muß. Das wollen wir in unserer Behindertenpolitik verwirklichen. Das Behindertenrecht werden wir weiterentwickeln und in einem eigenen Buch des Sozialgesetzbuches zusammenfassen. Wir treten dafür ein, ein Benachteiligungsverbot für Behinderte in das Grundgesetz aufzunehmen."

Das war ALLES, was ich bei der SPD zum Thema Behinderung finden konnte!
Anzumerken wäre vielleicht noch (weil ich bei den drei anderen Parteien auch auf diesen Bereich eingegangen bin), daß die SPD in diesem Regierungsprogramm dafür eintritt, in Zukunftsbereichen, wie z. B. der Gentechnik, die Forschung und Entwicklung verstärken, wobei auf sorgfältige Technologiefolgenabschätzung geachtet werden soll.
Soweit - ich hoffe, vollständig - die Aussagen der genannten Parteien zur Bundestagswahl bezüglich Behindertenpolitik.

MARTIN SEIDLER, MANNHEIM

Der Vdk, das "Thema behinderte Frauen" und ein Pressereferent

Das Thema "behinderte Frauen" wird erfreulicherweise in der letzten Zeit von vielen Behindertenorganisationen und Verbänden aufgenommen und diskutiert. Ein Beitrag ganz besonderer Art jedoch findet sich im Landesteil Hessen der VdK-Zeitung (VdK = Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Rentner Deutschland e.V.) vom Juli/August 1994: In der Bücherecke werden unter der Überschrift "Behinderte Frauen - Leben und Probleme" aktuelle und ältere Bücher zum Thema aufgelistet. Neben Sigrid Arnades "Weder Küsse noch Karriere", "Unbeschreiblich weiblich", herausgegeben von Gerlinde Barwig und Christiane Busch oder Theresia Degeners und Swantje Köbsells "Hauptsache, es ist gesund?" (alle drei sind in der randschau rezensiert worden), findet die geneigte Leserin auch Helga Kuhses "Die 'Heiligkeit des Lebens' in der Medizin. Eine philosophische Kritik" und "Muß dieses Kind am Leben bleiben? Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener." von Helga Kuhse und Peter Singer, beide in diesem Jahr im Harald Fischer Verlag erschienen. Gerade um das letztgenannte Buch hatte es großen Wirbel gegeben (die randschau berichtete in Nr. 2/93): Kuhse und Singer stellen in ihrem Werk das Lebensrecht von Neugeborenen mit Behinderungen in Frage. Auch aufgrund der Proteste verschiedener Behindertengruppen zog der renommierte Rowohlt-Verlag die geplante deutsche Erstveröffentlichung zurück. Wenig später erschien das Buch im kleineren und weniger bekannten Harald Fischer-Verlag.

Was haben die Bücher von Singer und Kuhse in einer Bücherecke zum Thema "Behinderte Frauen" zu suchen? fragten sich auch Anneliese Mayer, Sprecherin des Hessischen Netzwerkes behinderter Frauen und Birgit Schopmans von Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen. Sie schrieben an den Landesverband Hessen des VdK sowie an die Bundesgeschäftsstelle des VdK in Bonn: *"... Aufgrund des breiten Protests gegen die behindertenfeindlichen Veröffentlichungen von Kuhse/Singer sind wir mehr als verwundert, diese Buchangaben kritiklos aufgeführt zu sehen. Liegt es an der Unkenntnis des VdK oder steckt dahinter, daß der VdK diese Bücher für verbreitenswert findet? Wenn das letztere der Fall sein sollte, halten wir es für dringend erforderlich, in die Diskussion einzutreten, inwiefern der VdK als Behindertenverband es vertreten kann, Autoren hoffähig zu machen, die sich gegen das Lebensrecht behinderter Säuglinge aussprechen."*

In seinem Anwortschreiben räumt Günter Neuberger von der Redaktion der VdK-Zeitung (Bundesgeschäftsstelle) ein: *"Ich kann Ihnen, was die Bewertung der Veröffentlichungen von Kuhse/Singer angeht, nur zustimmen. Daß diese Titel in der Hessen-Ausgabe der VdK-Zeitung genannt wurden, ist ein bedauerlicher Fehler. Sie können unbesorgt sein: Der VdK tritt heute und in Zukunft allen Versuchen, Euthanasie zu fordern oder zu rechtfertigen - auch im pseudophilosophischen Gewand - mit allem Nachdruck entgegen."* Zu diesem "schwerwiegenden Fauxpas", so Neuberger weiter, konnte es kommen, weil die Bonner Zentralredaktion lediglich für die technische Realisierung der Landesteile zuständig sei und völlig überfordert wäre, wollte die Texteingänge der Landesredaktionen nachrecherchieren.

Ganz anders dagegen die Reaktion des Hessischen Landesverbandes des VdK: Nach Ansicht von Günter Platzdasch, Pressereferent und zuständiger Redakteur, haben die Bücher von Kuhse und Singer nicht weniger mit dem Thema "Frauen und Behinderung" (in der Bücherecke hieß das Thema allerdings "behinderte Frauen") zu tun als beispielsweise "Hauptsache, es ist gesund?" oder Anne Fingers "Lebenswert. Eine behinderte Frau bekommt ein Kind". In allen diesen Veröffentlichungen ginge es um den "Problemkreis Frauen Schwangerschaft-Behinderung". In einem eigenen Artikel "Trend zur Qualitätskontrolle bei Schwangerschaften? Neue Testmöglichkeiten und Ethik" (erschienen in einer VdK-Zeitung vom letzten Jahr) habe er versucht, deutlich zu machen, daß *"längst über Tod und Leben vor und bei der Geburt entschieden wird und daß mithin es jetzt darauf ankommt, dies nicht irgendwelchen 'Experten' zu überlassen, sondern breit die damit verbundenen ethischen Probleme zu diskutieren und zu klären, wo man in dieser Gesellschaft die Grenzen bereits, von der Öffentlichkeit unbeachtet, ziehen läßt und wo man diese, besser legitimiert, ziehen will."* Die Angriffe auf Kuhse/Singer bezeichnet Platzdasch als Kampagne. Weiter schreibt er: *"Ich finde, es kann zu derartigen wissenschaftlichen, philosophischen und ethischen Fragen keine Verbandsmeinung geben... Als Verband könnte man sich höchstens zur politischen Seite der Kontroverse äußern, etwa dazu, ob die vom Grundgesetz garantierten Versammlungs-Meinungs- und Wissenschaftsfreiheiten in der Kontroverse um Kuhse/Singer noch gewahrt sind, wenn neben legitimen und legalen Pressionen bereits Antisemitismus und Nötigung mit Gewalt verzeichnet werden mußten."*

Wenn die Bücher von Kuhse/Singer in eine Reihe mit Büchern von behinderten Frauen gestellt wird und darin kein Widerspruch gesehen wird, ist klar, daß hier etwas ganz wesentliches nicht verstanden bzw. bewußt ignoriert wurde: Die banale Tatsache, daß eine Praktische Ethik, die das Lebensrecht behinderter Menschen zur Disposition stellt, nicht thematisch gleichgesetzt werden kann mit den konkreten Lebenserfahrungen behinderter (und auch nichtbehinderter Frauen), die eben die Logik dieser Praktischen Ethik und ähnlicher Ansätze ad absurdum führen.

Natürlich sind uns Meinungen und Einschätzungen wie die des Herrn Platzdasch inzwischen leider allzugut bekannt. (Vergl. die Berichterstattung zur "EMMA" in der letzten Ausgabe der randschau und die Magazinmeldung in dieser Ausgabe). Als behinderte Menschen müssen wir damit leben können - und auch mit der sehr subtilen Form von Gewalt, die durch Menschen wie Singer und Kuhse, aber nicht zuletzt auch durch Menschen, die meinen, deren Thesen unter dem Deckmantel von Freiheit der Meinung und der Wissenschaft diskutieren zu müssen, Einzug in unseren Alltag gefunden hat. Und: Wir müssen uns dagegen wehren. Eines scheint Herr Platzdasch zu vergessen: Ein Verband sollte die Interessen seiner Mitglieder vertreten, d.h. er muß parteilich in ihrem Sinne arbeiten. Bleibt zu hoffen, daß sich der ganz überwiegende Teil der Verbände und Interessenvertretungen behinderter Menschen dessen bewußt ist und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entsprechend auswählt.

ULRIKE LUX, KASSEL

Bücher

Behinderte Frauen

Leben und Probleme

Sigrid Arnade: Weder Küsse noch Karriere. Erfahrungen behinderter Frauen, Fischer Taschenbuchverlag 1992 (vorgestellt in: VdK-Zeitung Nr. 9/93);

Gerlinde Barwig/ Christiane Busch (Hrsg.): Unbeschreiblich weiblich. Frauen unterwegs zu einem selbstbewußten Leben mit Behinderung, AG SPAK 1993;

C. Born/ U. Heitkamp/Ch. Krause/U. Wiemer: Du mußt Dich halt behaupten. Die gesellschaftliche Situation behinderter Frauen, edition bentheim 1992;

Theresia Degener/Swantje Köbsell: "Hauptsache es ist gesund"? Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle, Konkret Literaturverlag 1992;

Ursula Eggli: Herz im Korsett Tagebuch einer behinderten, Zytglogge Verlag 1977;

C. Ewinkel/G. Hermes (Hrsg.): Geschlecht: behindert; besonderes Merkmal: Frau. Ein Buch von behinderten Frauen, AG SPAK 1988;

Anne Finger: Lebenswert. Eine behinderte Frau bekommt ein Kind. Fischer Taschenbuchverlag 1992;

Luise Habel: Hergott schaff die Treppen ab. Deutscher Taschenbuchverlag 1994 (vorgestellt in VdK-Zeitung Nr. 4/94);

Swantje Köbsell: Eingriffe. Zwangssterilisation geistig behinderter Frauen, AG SPAK 1987;

Helga Kuhse: Die "Heiligkeit des Lebens" in der Medizin. Eine philosophische Kritik, Harald Fischer Verlag 1994;

Helga Kuhse/Peter Singer: Muß dieses Kind am Leben bleiben? Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener, Harald-Fischer Verlag 1994;

Edith Meisinger: Über die Schwelle. Aufzeichnungen einer spastisch Gelähmten, Evangelische Verlagsanstalt 1974;

Judith Offenbach: Sonja. Eine Melancholie für Fortgeschrittene Suhrkamp Tschenbuchverlag 1981;

Christa Schlett: ...Krüppel sein dagegen sehr: Lebensbericht einer spastisch Gelähmten, Fischer Taschenbuchverlag 1984;

U. Westphal-Georgi/A. Diezinger/R. Marquardt/U. Schildmann (Hrsg.): Am Rande der Arbeitsgesellschaft. Weibliche Behinderte und Erwerbslose, 1985.

Nachesetzt aus VDK Zeitung, Juli/August 1994, S. 13

"Ich weiß doch selbst, was ich will!"

Geistig behinderte Frauen und Männer organisieren sich

Unter dem Motto: "'Ich weiß doch selbst, was ich will!' - Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung" wird vom 27.9. -1.10.1994 in Duisburg ein Kongreß der Bundesvereinigung Lebenshilfe stattfinden. An dem Vorbereitungen sind dieses Mal nicht nur "Fachleute" und Eltern beteiligt; in einem Programmkommittee treffen sechs (geistig) behinderte Mitglieder eigene Vorbereitungen. Kürzlich statteten sie im Rahmen ihrer Arbeit dem "Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter" (fab) und der "Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben" (ISL) in Kassel einen Besuch ab, um sich über deren Arbeit zu informieren. Ein erfreulicher und notwendiger Kontakt, wenn Frauen und Männer mit verschiedensten Behinderungen sich den Begriff "Selbstbestimmung" nicht aus den Händen nehmen lassen wollen, sondern gemeinsam damit arbeiten wollen.

Wir möchten darum hier nicht das Programm des Kongresses darstellen, sondern dokumentieren einen Bericht über die Arbeit des Programmkommittees, der von Susanne Kolkmann, Mitarbeiterin desselbigen, mit Assistenz von Ulrich Niehoff für das "Kommittee Selbstbestimmung" (Committee Self Advocacy) der Internationalen Liga von Vereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung geschrieben wurde. In der Internationelen Liga sind Elternvereingungen wie z.B. die Lebenshilfe organisiert. Das "Committee Self Advocacy" geistig behinderter Menschen entstand zum Erfahrungsaustausch, zur Standortbestimmung in Bezug auf Selbstbestimmung, zur gegenseitigen Unterstützung auf internationaler Ebene sowie zur Entwicklung von Wünschen und Forderungen. Die Grundsatzaussagen des Kommittees (in Deutsch) sind bei der BV Lebenshilfe erhältlich. Eine Broschüre des Kommittees mit Erfahrungen mit der Selbstorganisation in den verschiedenen Ländern befindet sich in Vorbereitung.

Wir bereiten einen Kongreß zum Thema Selbstbestimmung vor.

In Deutschland haben wir gehört von den People First-Gruppen in Amerika, Neuseeland, Australien, von Schweden und Holland. Körperbehinderte Menschen in Deutschland wollen sich selbst organisieren. Und außerdem wollen sie auch behandelt werden wie alle anderen nichtbehinderten Menschen.

Deshalb veranstaltet die Lebenshilfe einen großen Kongreß, um über das Thema Selbstbestimmung von Menschen mit geistiger Behinderung zu sprechen.

Der Kongreß wird von zwei Gruppen vorbereitet: Von Behinderten und von Nichtbehinderten.

Dort soll es verschiedene Arbeitsgruppen geben.

1. Nur für Nichtbehinderte
2. Gemischte Gruppen
3. Nur für Behinderte

Es soll zwei Kongreßpräsidenten geben: Einen behinderten und einen nichtbehinderten.

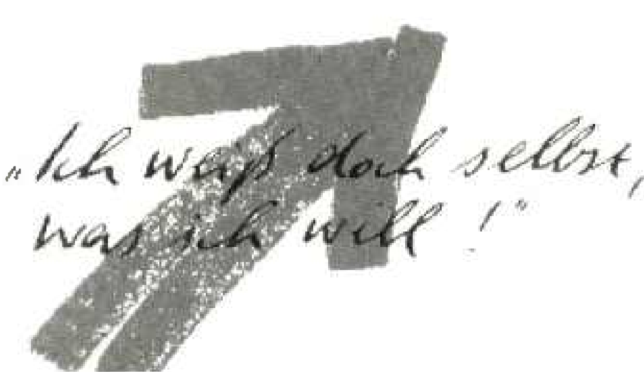
Es wird nicht nur geredet. Es gibt ein Theaterstück. Man kann Musik machen, verschiedene Sportarten ausprobieren und den Fachleuten sagen, was behinderte Menschen wollen; wir werden Plastiken herstellen; es wird eine Hafenrundfahrt geben, wir können ein Stahlwerk besuchen oder eine Stadtrundfahrt machen.

Nun zur Arbeit unseres Programmkommittees: Bei unserem ersten Treffen haben wir uns sehr viel Zeit genommen, um uns kennenzulernen.

Bei unserem zweiten gemeinsamen Treffen haben wir uns dann über die Tagungen und Kongresse unterhalten, wo schon einige gewesen sind von uns. Und über die Sachen geredet, die dort gut oder nicht so gut gewesen sind.

Auch Menschen mit Behinderung sollten den Kogreß mit vorbereiten. Die Teilnehmer sollten sich auch Einrichtungen anschauen. Behinderte und Nichtbehinderte sollten sich zusammentun und später darüber sprechen.

Wir haben uns mehrmals auch ausführlich über das Thema Selbstbestimmung unterhalten: Wir haben zum Beispiel ein Rollenspiel zum Thema Selbstbestimmung beim Kleiderkauf gemacht. Wir haben dabei festgestellt, daß man einfach etwas aufgeschwatzt bekommt.



Logo des 'Lebenshilfe'-Kongresses in Duisburg

Aber eigentlich sollte es schon so sein, daß man sich seine Sachen selbst aussuchen kann. Elke hat einen Zeitungsausschnitt mitgebracht: "Behindertes Kind - Eltern mußten ausziehen". Wir diskutierten ausführlich über diesen Vorgang: Zwei Eltern renovierten ihre neue Wohnung. Als sie mit ihrer behinderten Tochter einziehen wollten, sah der alte Vermieter zum ersten Mal das geistig behinderte Kind. Die Zeitung schreibt: "Er wetterte: So etwas kommt mir nicht ins Haus! Verbittert zog die Familie wieder in ihre alte Wohnung". Das ist ja fast wie eine Abschiebung, meint jemand. Der Vermieter sei unverschämt. Ein behindertes Kind sei ja kein Hund, der bellt. Wir glauben gar nicht, daß behinderte Kinder mehr anstellen oder kaputtmachen als andere Kinder. Es kann auch umgekehrt sein. Wir finden es ungerecht, unmenschlich und grausam, daß ein Vermieter Eltern mit einem behinderten Kind so benachteiligen kann. Wir kommen auf die Idee, den Bundespräsidenten von Weizsäcker zu fragen, ob die Leute nicht in der neuen Wohnung bleiben könnten. Wenigstens müßten sie das Geld für die Renovierung ersetzt bekommen, sagt jemand. Wenn alle anderen Mieter auch ausziehen würden, dann wäre das Haus des Vermieters leer und er hätte keine Mieteinnahmen. Uli erzählt, daß es in den USA ein Anti-Diskriminierungsgesetz gibt. Da steht drin, daß kein behinderter Mensch benachteiligt werden darf. Das finden wir sehr gut.

So haben wir das in unserem Protokoll der Sitzung aufgeschrieben

Bei unserem Treffen danach haben wir uns über das Thema Freundschaft, Liebe und Sexualität unterhalten. Im Protokoll der Sitzung steht:
"Was ist wichtig für Selbstbestimmung bei Freundschaften?"

- Man braucht jemanden, zu dem man Vertrauen hat und mit dem man gut reden kann (z.B. Eltern, persönliche Freunde, Sozialdienst)
- Man muß den Freund/die Freundin kennenlernen und sich näher kommen. Man muß überlegen, ob man zusammenpaßt und ob man sich verliebt hat.
- Man muß sich gegenseitig besuchen können
- Wenn man allein wohnt, kann man einladen, wen man will und braucht nicht zu fragen.

Hindernisse für Freundschaften sind:

- Einmischung in Privatangelegenheiten durch Betreuer oder Eltern.
- Wenn man keinen Führerschein hat, ist man

abhängig vom Fahrdienst, den Eltern oder Bekannten.
- Im Wohnheim muß man fragen, ob man Besuch bekommen darf.

Für den Kongreß sind uns folgende Anregungen eingefallen:
- Es ist besser, zuerst in kleinen Gruppen unter sich über dieses Thema zu sprechen.
- Später sollten Eltern und andere Nichtbehinderte sich anhören, was Menschen mit Behinderungen zu sagen haben und mit ihnen diskutieren.
- Folgende Themen sollten auf jeden Fall besprochen werden:
  - Sexualität
  - Wissen über Körperfunktion
  - Freundschaft
  - Probleme mit Eltern

Unter anderem hat das Vorbereitungskommittee auch einen Brief an den Bundespräsidenten geschrieben und ihn zu diesem Kongreß eingeladen.

An einem Tag sind wir nach Duisburg gefahren, wo der Kongreß stattfinden soll. Dort haben wir uns die Orte angeguckt, wo wir tagen werden. Wir haben dort von Heimbewohnern erfahren bei unserem Besuch, daß es in ihrer Werkstatt gar keinen Werkstattrat gibt. Wir finden unseren Werkstattrat gut. Deswegen wollen wir auch noch demnächst einen Brief an die Werkstattleitung in Duisburg schreiben und fragen: Warum gibt es eigentlich keinen Werkstattrat in Eurer Werkstatt in Duisburg?

An einem Tag hat Ottmar Miles-Paul uns besucht. Herr Miles-Paul ist ein Aktiver aus der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung körper- und sinnesbehinderter Menschen in Deutschland. Er ist stark sehbehindert und arbeitet an einem Zentrum für selbstbestimmtes Leben. Wir wollen am 17. Mai nach Kassel fahren und ihn dort besuchen. Weil Ottmar uns etwas über seine Arbeit erzählen will und zeigen möchte. Wir haben noch gesagt, daß wir über die folgenden Themen beim Kongreß sprechen möchten:

- Wie setze ich mich durch?
- Wie kann man mehr Selbstbestimmung im täglichen Leben erreichen?
- Wie möchten wir unsere Freizeit verbringen?
- Wie können wir die Arbeit des Werkstattrates verbessern?
- Ohne Wechsel der Arbeitsstelle: Von einer Mitarbeiterin der WfB zur Angestellten.
- Können behinderte Menschen Mitglied in der Gewerkschaft werden? Was bringt das?
- Wie sollen sich Menschen mit Behinderungen organisieren, um sich durchzusetzen?
- Wie sollen Betreuer sein?
- Wie kann ich auf andere Menschen zugehen?

Die Vorbereitung zum Kongreß ist seh spannend und es macht viel Spaß. Bei der nächsten Sitzung des Kommittees würden wir gerne über den Kongreß in Duisburg berichten.

gez. Susanne Kolkmann
gez. Ulrich Niehoff

27. September -1. Oktober 94: Lebenshilfekongreß: "Ich weiß doch selbst, was ich will!" Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung. In Duisburg. Infos: Tel. 06421-4910

(Nach Auskunft der VeranstalterInnen liegen von den Interessentinnen und Interessenten mit geistiger Behinderung bereits so viele feste Anmeldungen vor, daß alle Plätze belegt sind. So sehr sie sich über dieses Echo freuen, so sehr bedauern sie, keine weiteren Zusagen machen zu können.)

dates

- bifos-Seminare

25.-28. September 94: "Wir melden uns in der Politik zu Wort". Rhetorikkurs für behinderte Menschen, die lernen wollen, bewußter zu reden und zu argumentieren. In Wiesbaden, Teilnahmegebühr 75,- DM
5./6. November: Barrierefreies Bauen für behimderte und nichtbehinderte Menschen - Wie läßt sich das realisieren? Tagung in Frankfurt, TeilnehmerInnenbeitrag 100,-
12.-14. Dezember: Sexuelle Ausbeutung behinderter Mädchern und Frauen. Fortbildung für behinderte und nichtbehinderte Frauen, die in Organisationen/Institutionen für behinderte Menschen arbeiten. In Neu-Anspach. Teilnehmerinnenbeitrag 200.-
2.-4. Dezember: "Behinderte Menschen in den Medien - Effektive Gestaltung von Öffentlichkeitsarbeit. Für behinderte aktive Mitglieder von Selbsthilfegruppen und Organisationen, die ihre Pressearbeit medienwirksamer gestalten wollen. In Oberwesel, Teilnahmegebühr 75,- DM
Infos und Anmeldung: bifos - Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561-71 33 87, FAX 0561-71 31 32

- BiBeZ-Seminare:

24./25. September: "Ansätze in der Beratung sexuell mißbrauchter behinderter Mädchen und Frauen. Fort- und Weiterbildung
24./25. September: "Das Leben ist Theater und Du spielst die Hauptrolle". Workshop für behinderte Frauen.
22./23. Oktober: "Sexuelle Ausbeutung und Mißbrauch behinderter Mädchen und Frauen". Workshop für interessierte Frauen und Männer. In Heidelberg
19./20. November: "Wennich nicht behindert wär'...". Workshop für behinderte und chronisch kranke Frauen. In Heidelberg
10./11. Dezember: "Wie sag ich's meinem/r HelferIn?" Workshop für pflegeabhängige oder auf Hilfe angewiesene Menschen. In Heidelberg
Infos und Anmeldung: Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter Frauen - BiBeZ e.V., Maaßstr. 37, 69123 Heidelberg, Tel. 06221/830346

23.-25. September: Treffen des Bundesweiten Forums der Krüppel- und Behindertenintiativen in Melsungen. Infos und Anmeldung: Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen, c/o Anne Bielefeld, Treptower Str. 22, 12059 Berlin, Tel. 030/6878769 oder bei den Redaktionsadressen

27. September -1. Oktober 94: Lebenshilfekongreß: "Ich weiß doch selbst, was ich will!" Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung. In Duisburg. Infos: Tel. 06421-4910

29. September - 12. Oktober: DANC-A-BILLY 1994 - Internationale Tanzwoche für behinderte und nichtbehinderte TänzerInnen und InteressentInnen in Köln. Info: Volkshochschule Köln, Frau Reinecke, Josef-Haubich-Hof 2, 50676 Köln, Tel. 0221/221-3608

7. / 8. Oktober 94: "Zuviel sind immer die anderen!" Kritische Nachbereitung der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo. In München. 7. Okt. abends: Auftaktveranstaltung, 8. Okt.: versch. Foren, u.a. "Bevölkerungspolitik als Selektionsintrument" mit Udo Sierck, Infos: Thomas Schmidt, Tel. 089/88 88 598 (abends)

7.-9. Oktober: Selbstverteidigung für behinderte Frauen und Mädchen und Lehrerinnen-Ausbildung. Seminar für behinderte Frauen/Mädchen ab 16 J. und Selbstverteidigungslehrerinnen. Integreirte Gesamtschule Kastelstr., Wiesbaden. Gebühren für behinderte Mädchen/Frauen 230,- für SA und So. Info: Grundwasser e.V., Wagemannstr. 28, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611/308 1633, Fax: 0611/304799

14. Oktober -10. November: Fotoausstellung "Geschlecht: behindert. Besonderes Merkmal: Frau". Köln, VHS-Studienhaus. Mo - Fr 8.00 - 21.00 Uhr, Sa 10.00 - 18.00 Uhr, So 10.00 - 16.00 Uhr. Am 13. Oktober, 19 Uhr, Eröffnung der Ausstellung durch die Heidelberger Künstlerinnen mit Tanzbeiträgen der Kölner Tanzgruppe "Mobiaki". Info: Volkshochschule Köln, Frau Reinecke, Josef-Haubich-Hof 2, 50676 Köln, Tel. 0221/221-3608. Das Programmheft zum "Themenkreis Behinderung" kann ebenfalls dort angefordert werden.

22. Oktober: "Selbsthilfe durch wen, für wen?" Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft "Hilfe für Behinderte" im Gustav-Heinemann-Haus, Bonn-Tannbusch, Info: BAG "Hilfe für Behinderte", Kirchfeldstr. 149, 40215 Düsseldorf, Tel.: 0211/3100646

28. - 30. Oktober 1994: "Integration - Alibi oder Chance?" 10. Österreichisches Symposium für die Integration behinderter Menschen. In Wiener Neudorf, Niederösterreich. Information: Organisationsbüro für das 10. Österr. Symposium, Maria Brandl, Erzherzog Rainer-Ring 12, A-2500 Baden, Tel. und Fax: 0043-2252-23 3 53

3. November 94: "Gewalt gegen behinderte Menschen". Fachtagung des Paritätischen LV Hessen und LWV Hessen in Hadamar. Tagungsbüro: PARITÄTISCHER LV Hessen, z.H. Frau Heidi Schlütter, Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt a.M., Tel. 069/59 70 191, Fax. 069/55 12 92

2.-4. Dezember 94: Sozialpolitisches Forum 1994 der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) in der Fachhochschule für Sozialwesen, München-Pasing. Kontakt: AG SPAK, Marga Mitterhuber, Kirchstr. 3, 72661 Grafenberg, Tel./Fax: 07123/318 16

Bericht über ein Workcamp für Frauen mit und ohne sichtbare Behinderungen

Allgemeines

Vom 13.07.94 bis zum 18.07.94 wurde von der Organisation Dragonfire in Werkenrode (Niederlande) ein Workcamp zum Thema "Kampfsport" durchgeführt. Ein wichtiges Anliegen der Organisatorin war es, daß Frauen mit und ohne sichtbare Behinderungen gleichermaßen an diesem Camp teilnehmen konnten. Vorweg sei erwähnt, daß dieses Vorhaben gelungen ist. Wir waren rund 80 Teilnehmerinnen aus Holland und Deutschland, davon 2 hörbehinderte Frauen, 3 Frauen im Rollstuhl, eine Frau behindert durch Contergan sowie 3 blinde Frauen. Da die Unterkunft rollstuhlzugänglich sein mußte, waren wir in 4 Häusern im Rehabilitationszentrum Werkenrode untergebracht. In jedem Haus wurden die Mahlzeiten getrennt eingenommen; gekocht wurde abends von der Großküche, einmal täglich erhielt jedes Haus auf eigene Bestellung für morgens und mittags Nahrungsmittel und mußte sich die Mahlzeiten selbst zubereiten. Die Häuser, sowie die Turnhallen, in denen wir trainiert haben, und auch die Bar, lagen in gut erreichbaren Entfernungen zueinander. Da einige Teilnehmerinnen nur deutsch, manche nur niederländisch und englisch verstanden und Wendi Dragonfire (Hauptorganisatorin des Camps) Amerikanerin ist, wurde während des Camps abwechselnd von den Teilnehmerinnen alles übersetzt.

Behinderungsbedingte Bedürfnisse

Laut Aussagen der 3 Rollstuhlfahrerinnen war die Unterkunft zwar rollstuhlzugänglich; doch dafür, daß es sich hierbei um ein Rehabilitationszentrum handelt, war die Einrichtung in wesentlichen Punkten (z. B. zu schwer zu öffnende Duschtüren, zu hoch hängende Spiegel) nicht rollstuhlgerecht. Den beiden hörbehinderten Frauen war es meist möglich, das Gesagte direkt von den Lippen abzulesen. Saßen die Personen, die sich äußerten, zu weit von den hörbehinderten Frauen entfernt, wiederholten die Nachbarinnen der o. g.. Personen das Gesagte, so daß diese wieder von den Lippen ablesen konnten. Laut Aussage der hörbehinderten Frauen war diese Vorgehensweise o.k. Eine Gebärdendolmetscherin fanden sie nicht notwendig.
Wie immer, wenn etwas sehr weitläufig ist, fällt mir, aufgrund meiner Blindheit, die Orientierung in dieser Umgebung schwer. Ich hatte auch diesmal wieder Schwierigkeiten, vor allem im Haus selbst, mich zu orientieren. Doch half mir jede der 20 Frauen in meinem Haus; so wurde es keiner zuviel, und ich kam trotzdem relativ gut zurecht. Sicher sind für mich übersichtliche, kleinere Umgebungen angenehmer, aber dafür, daß das Camp offen und zugänglich für jede ist, nehme ich die Anstrengung des immer wieder Fragenmüssens in Kauf.
Zum Camp selbst Hier gab es täglich 3 Trainingsgruppen, nach Anfängerinnen und Fortgeschrittene unterteilt: Von 9.00 bis 10.30 Stockkampf (Arnis), von 11.00 bis 12.30 Uhr Selbstverteidigung (self defence), und von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr Freikampf (Sparring). Parallel zur Selbstverteidigungsgruppe wurde noch Katta-Training angeboten. Zur Teilnahme an diesem Angebot war jedoch Voraussetzung, daß man eine Katta beherrscht. Katta habe ich für mich als eine Folge verschiedener Kampftechniken in einem Kampfstil verstanden. Wir trainierten in 2 Turnhallen, - das Kattatraining wurde in einem zusätzlichem Raum durchgeführt. Es gab 6 Trainerinnen, darunter Lydia Zijdel, die im Rollstuhl sitzt. Die anderen Trainerinnen hatten keine sichtbare Behinderung.



Zu den einzelnen Trainingsangeboten

Kattatraining: Da ich nicht am Kattatraining teilnahm, werde ich hierauf nicht weiter eingehen.

Stockkampf: Es ist ein Kampf zu zweit, bei dem man sich gegenüberstehend mit verschiedenen Kampf- und Abwehrtechniken (in Form von Schlägen und Hantieren (Blocken) mit jeweils 2 ca. einen Meter langen, besenstieldicken Stöcken) bekämpft. Hierbei ist es besonders wichtig, daß eindeutige Kommandos (insgesamt für die Gruppe, wie aber auch paarweise untereinander) gegeben werden. Vorweg wurde jede Technik erklärt und vorgeführt. Zu uns blinden Frauen kam dann entweder die Trainerin als erstes, um uns mit unserer Trainingspartnerin das Verbalisierte praktisch zu zeigen, oder unsere jeweilige Partnerin, die jedoch häufig wechselte, zeigte uns die erklärte Technik, sofern sie diese selbst verstanden hat. Für mich war es zwar mal interessant, diese Sportart kennenzulernen. Doch hatte ich immer auch Angst, daß ich meine Partnerin treffe, oder durch eine unaufmerksame Bewegung von dieser oder von jemand anderem aus der Gruppe getroffen werde. Unverkrampft und mit Spaß die gelernten Techniken anzuwenden, war mir nicht möglich.

Selbstverteidigung: Auch hier machten wir vorwiegend Übungen zur zweit. Es wurden einige Techniken gezeigt, um uns Angriffen gegenüber zu widersetzen. Leider war die Trainingszeit viel zu kurz, so daß manche Themen überhaupt nicht und andere nur knapp angesprochen bzw. geübt werden konnten. Selbstverteidigung kann, da die Angriffe natürlich überraschend passieren, nur mit dem durchgeführt werden, was frau gerade bei sich hat: Hände, Beine, Arme, Mund, Stimme seien hier als wichtigste Waffen genannt. Das Vorgehen beim Vermitteln der Technik war das gleiche wie im Stockkampf. Da beim Selbstverteidigungstraining die PartnerInnen meist in sehr engem Kontakt zueinander trainieren, und auch nicht mit Stöcken so raumeinnehmend trainiert wurde wie beim Stockkampf, hatte ich nicht die vorhin geschilderten Probleme. Hier hatte ich das Gefühl, in vollem Umfang am Training teilnehmen zu können. Um ausführlich auf die Verteidigung mit dem Blindenstock, den ich ja meist bei mir habe, eingehen zu können, war die Trainingszeit zu knapp. Zum Glück hatte ich, vorher, in 3 Kursen beim Verein 'Frauen in Bewegung' in Frankfurt, die Gelegenheit, Verteidigungstechniken mit dem Blindenstock zu üben.

Freikampf: Wieder ein Kampf zu zweit, mit Händen, Beinen und Armen. Hier erlernten wir verschiedene Fauststöße, Tritte und Abwehrtechniken. Während die Trainerin die jeweilige Technik erklärte, wurde uns diese zeitgleich von jeweils einer Teilnehmerin, die schon etwas Vorkenntnisse hat, gezeigt. Beim Ausführen der Techniken bewegt man sich u. U. im großem Umkreis. Normalerweise ist man beim Freikampf, wie der Name besagt, nicht direkt mit der Trainingspartnerin im Kontakt. Wir blinden Frauen "kämpften" mit unseren Partnerinnen, indem wir jeweils die Handrücken einer Hand aneinanderlegten. Dieser Art von Kampf konnte ich nicht viel abgewinnen. Der Kontakt zur Partnerin, der selbstverständlich unumgänglich war, machte für mich den ganzen Kampf eher steif, und mir fiel sofort der Vergleich ein: Freikampf als blinde Frau ist für mich wie: Malen und die Hand dabei geführt zu bekommen. Fazit: Weder trainiere ich weiter in Freikampf, noch werde ich, als geburtsblinde Frau, zukünftig malen!

Schlußbemerkung

Ein Workcamp, wie eben beschrieben, durchzuführen, finde ich gut und wichtig. Ich selbst werde zwar nicht weiter an diesem Camp teilnehmen, da ich mir, aus eigener Sicherheit das Ziel gesetzt habe, in Selbstverteidigung noch wesentlich mehr Sicherheit zu bekommen. Wenn ich die unterschiedlichsten Selbstverteidigungstechniken so genau kenne wie meine eigene Wohnung, dann bin ich zufrieden.

Auch nächstes Jahr wird vom 23.07. bis 27.07.95 wieder eben geschildertes Workcamp stattfinden. Der Preis ist nach Einkommen und Anmeldezeitpunkt gestaffelt. Nähere Informationen bei:
Dragonfire Dreams Unlimited Zwanenveld 9082 6538 SC Nijmegen Niederlande Tel.: 0031/0 80 43 04 85

RITA SCHROLL, FRANKFURT

Rezension

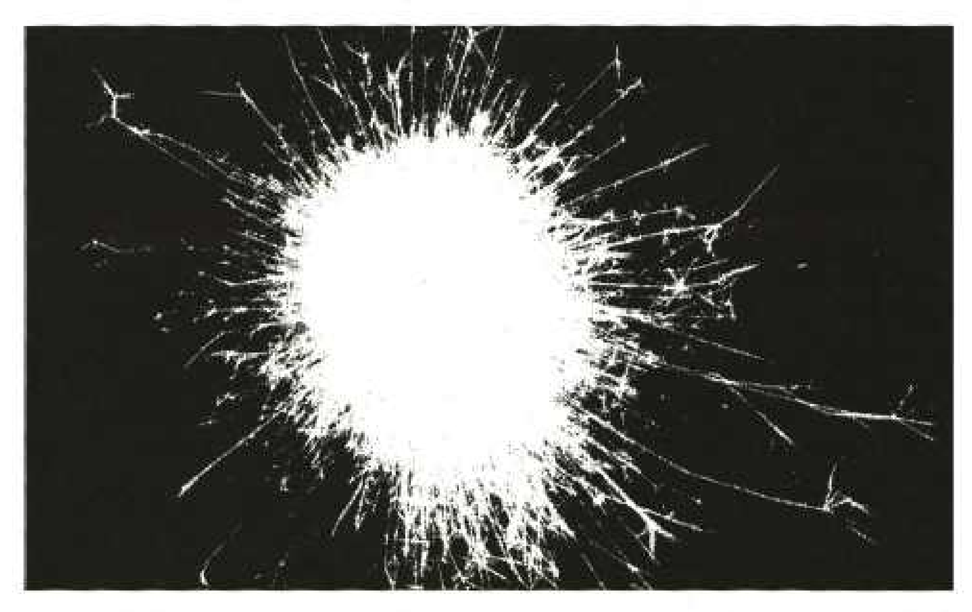
Psychoanalytische Verdrehungen

Der Titel des Buches ließ Ungutes ahnen: *"Denkverbot als Lebensschutz"*, Untertitel: Pränatale Diagnostik, fötale Schädigung und Schwangerschaftsabbruch, geschrieben von einer Susanne Ehrlich. Die Ahnungen wurden bereits in der Einleitung noch erheblich verstärkt: Dort formuliert die Autorin als Ziel ihrer Arbeit herauszuarbeiten, *"daß die Techniken der pränatalen Diagnostik genau das ermöglichen, was mir als Konsequenz aus meinen Studien wünschenswert erschien"* (S.9); Studien, bei der die verfügbare Literatur zum Thema *"anhand von psychoanalytischen Kategorien"* (ebd.) analysiert worden war. Immerhin mal eine neue Herangehensweise. Meine Neugier wurde darüberhinaus durch einen Blick ins Literaturverzeichnis zusätzlich geweckt: von "C" wie Christoph bis "W" wie Witkofski waren so ziemlich alle aus der Behinderten- und Krüppelbewegung, die sich mal zu dem Thema geäußert haben, vertreten.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Lektüre dieses Buches hat meine Adrenalinproduktion erheblich angekurbelt und meine Geduld auf eine harte Probe gestellt: ich war des öfteren versucht, das Ding einfach beiseite zu legen und die Besprechung Besprechung sein zu lassen.

Das erste Kapitel zu den Indikationen, Techniken und Risiken der pränatalen Diagnostik bietet wenig Interessantes oder Neues, zwar ist die Einschätzung von Chorionzottenbiopsie und Alfafetoproteintest nicht mehr ganz zeitgemäß, aber wir wollen nicht kleinlich sein. Dann kommt es jedoch knüppeldick. Unter der Kapitelüberschrift *"Behinderung als Kränkung"* erfahren wir so allerhand. Dabei fällt von Anfang an auf, daß die Autorin keinen Begriff von Behinderung hat, jedenfalls keinen, den sie als solchen darlegen würde. Dementsprechend geht es munter durcheinander mit Behinderung und Beeinträchtigung, und so geht es auch mal um *"die Behinderung und die durch sie verursachten Beeinträchtigungen"* (S.73), entgegen der inzwischen sonst gebräuchlichen Definition, bei der es umgekehrt ist. Darüberhinaus verwendet sie völlig unzeitgemäß, zumal sie im Verlauf des Buches auch auf feministische Argumentationen zu sprechen kommt, durchweg die männliche Form; wer sich hinter *"dem Behinderten"* verbirgt, wird nicht näher erläutert.

Wie angekündigt, ist die Argumentation psychoanalytisch, und zwar in ungebrochen freudianischer Tradition, einschließlich aller inzwischen hinlänglich kritisierten Teile von Freuds Theorie, weder mit Penisneid noch dem weiblichen Masochismus werden wir verschont, doch dazu später. Zunächst einmal legt die Autorin dar, warum Behinderte von ihrer Umwelt abgelehnt werden. Dies sind im wesentlichen zwei Punkte: daß die werktätige Bevölkerung mit ihren Abgaben den Lebensunterhalt von anderen mitfinanzieren muß (die dafür nichts tun müssen) und weil Behinderung die *"Entbindung vom Triebverzicht"* bedeutet. Zu letzterem führt sie aus: *"Hier liegt eine sehr bedeutende Quelle der Verurteilung oder Mißbilligung von geistig kranken oder behinderten Menschen, die sich aus dem Unwillen speist, etwas leisten und ertragen zu müssen, während andere davon unbelastet bleiben. Man könnte dies Gefühl als Neid bezeichnen. ... Während psychisch erkrankte Menschen, jene, die sich aus einer aktuellen Lebensüberforderung in den Wahnsinn 'flüchten', die Anforderungen von Leistung und*



Triebverzicht kennen und ihr psychisches Versagen zumindest mit Leiden bezahlen müssen, sind geistig Behinderte, in deren Sozialisation Leistungserwartung und moralische Kategorien nur in ihrer konkretesten Form und immer nur für den Augenblick wirken konnten, mehr oder weniger frei von Skrupeln, Hemmungen und belastenden Selbstreflexionen. Sie begreifen weder, auf was sie verzichten, noch, daß sie überhaupt verzichten. Sie kennen keine Existenzangst, keine Sorge um die Zukunft. Sie werden von der unmittelbaren Triebbefriedigung, nach welcher der Narzißmus allezeit strebt, nur durch äußere Instanzen, nicht durch innere Einflüsse abgehalten. <u>Versagt die Aufsicht, unter der sie wegen ihrer Unfähigkeit zum Triebverzicht beständig stehen müssen, so können sie ihren Trieben, ungestört von einer Gewissensinstanz, nachgehen."</u> (S. 44f., Hervorh. S.K.).

Allein für diese Sätze kann der Autorin jegliche Kompetenz, sich angemessen mit der Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen auseinanderzusetzen, abgesprochen werden. Das alte Vorurteil von der Triebhaftigkeit - und damit ja auch Gefährlichkeit - geistig Behinderter, diesmal im psychoanalytischen Kleidchen ...

Je weiter frau liest, desto deutlicher wird, daß die Autorin anscheinend keine behinderten Menschen kennt und von den Diskussionen zu Pränataler Diagnostik, die in den vergangenen Jahren sowohl in Behinderten- wie auch in Frauenzusammenhängen geführt worden sind, nichts mitbekommen bzw. nichts verstanden hat. Das hindert sie aber nicht daran, Äußerungen aus dem KritikerInnenspektrum in anmaßender und besserwisserischer Weise zu be- und verurteilen

Beim Weiterlesen lerne ich, daß wir alle leiden müssen, denn wenn wir nicht leiden, nimmt uns dies *"den einzigen Gewinn, den sie* (die Behinderten, S.K.) *direkt aus ihrer Situation beziehen können.* (Es) *nimmt ihnen die Legitimation, sich als Leidenden zu betrachten und ihr Leiden zu artikulieren"* (S.59). Vielmehr machen wir uns mit der Behauptung, wir würden nicht primär an unserer Behinderung (in diesem Fall ist wohl die Beeinträchtigung gemeint) sondern an den Reaktionen der Umwelt leiden, zu Opfern... Und mehr und mehr gewinne ich den Eindruck, daß alle diejenigen von uns, die sich nicht primär als Leidende begreifen, hier den Stempel "psychisch gestört" aufgedrückt bekommen sollen. Wozu macht sich die Autorin sonst die Mühe, die Veröffentlichungen aus der Krüppelbewegung ihrer psychoanalytischen Deutung zu unterziehen, die der nichtbehinderten Frauen und Paare, die sich für eine Amniozentese bzw. beim entsprechenden Befund für eine Abtreibung entschieden haben, aber nicht? Wir haben alle unsere Behinderung nicht verarbeitet,

projizieren unsere nicht verarbeitete narzißtische Kränkung auf unsere nichtbehinderte Umwelt, von der wir uns - im Sinne einer self-fulfilling-prophecy - dann "diskriminiert" fühlen, jawohl, diskriminiert in Anführungszeichen, nachzulesen auf Seite 71. Da sind wir Dummerchen doch tatsächlich dem *"Mißverständnis des Diskriminierungsvorwurfes"* (S.72) aufgesessen und haben es nicht mal gemerkt! Gut, daß es solche Bücher gibt, damit wir vielleicht doch noch merken, wo's langgeht... Außerdem können die anderen ja auch gar nichts dafür, daß sie uns abstoßend finden, und ausgegrenzt werden wir nicht, denn unser Existenzrecht *"ist in der BRD gesetzlich verankert"* (S.189). und: *"Als Beispiel dieser Bemühungen* (des Staates um die Belange Behinderter, S.K.) *seien die verkehrstechnische Zugänglichmachung öffentlicher Institutionen und Räume sowie die Förderung der Integration Behinderter im Bildungs- und Freizeitbereich angeführt"* (S.32). Schön zu erfahren, daß sich der Staat so uneigennützig um uns verdient gemacht hat! Hier zeigt sich - wie an anderen Stellen auch - deutlich, daß ihr die gesellschaftspolitischen Dimensionen und Diskussionen zu bestimmten Themen unbekannt sind, bzw. sie einfach nicht interessieren, sonst müßte sie zumindestens mal erwähnen, daß die von ihr angeführten Errungenschaften nicht auf das grundlegende Wohlwollen des Staates, sondern auf harte Überzeugungsarbeit und jahrelang Kämpfe unsererseits zurückgehen.

Interessant ist einzig und allein das Individuum und dessen Strategien, mit dem Problem "Behinderung" umzugehen, sei es als selbst behinderter Mensch, als Eltern eines behinderten Kindes oder von Personen, welche die pränatale Diagnostik in Anspruch nehmen. Interessant auch die Argumentation, die Frau Ehrlich im weiteren für die Pränatale Diagnostik ins Feld führt. Über die Klärung des *"Wesens des Kinderwunsches"*, bei dem der Penisneid sowie der bereits erwähnte weibliche Masochismus, der erst die Annahme der Mutterrolle ermöglicht, eine nicht unerhebliche Rolle spielen, kommt sie zu einer Position, die auf den folgenden Nenner gebracht werden kann: die Inanspruchnahme von pränataler Diagnostik mit anschließender selektiver Abtreibung ist der Ausdruck wahrer Emanzipation, denn damit zeigt frau unmißverständlich, daß sie nicht (mehr) bereit ist, bedingungslos die Rolle der Mutter einzunehmen, es handelt sich also um einen quasi-revolutionären Akt. Leider gibt sie nicht einmal preis, ob sie sich selbst als Feministin sieht und wenn ja, welche Definition von Feminismus sie eigentlich hat.

Die Autorin beschäftigt sich auch mehrfach mit der Singer-Debatte. Obwohl sie die utilitaristische Haltung nicht teilt und billigt - weil sie die psychologische Dimension menschlichen Handelns außen vor läßt - ist sie doch für die Diskussion der Singerschen Thesen sowohl im Hinblick auf "Euthanasie" wie auch auf Pränataldiagnostik, die sie in verharmlosender Weise darstellt. Sie zitiert in ihrem Unterkapitel zum Utilitarismus einige Passagen aus "Praktische Ethik" und "Should the Baby live?", die an Deutlichkeit eigentlich nichts zu wünschen übrig lassen. Unter der Überschrift *"Die Singer-Debatte"* bezieht sie sich dann auf diese Zitate und kommt zu dem erstaunlichen Schluß: *"Die ... vorgestellten Thesen P. SINGERS geben nun keinen Hinweis darauf, daß er die 'Tötung Behinderter' vorschlägt. Vielmehr plädiert er für eine aktive Euthanasie in eng begrenzten Fällen, in denen die passive Form des Sterbenlassens aufgrund der damit verbundenen Qualen nach seiner Auffassung einen größeren Verstoß gegen ethische Gebote bedeutet"* (S. 192). Ist "aktive Euthanasie" kein Töten? Und wie kommt sie dazu, die "eng begrenzten Fälle" wie Kinder mit Spina bifida und Down Syndrom so widerspruchslos als lebensunwert anzuerkennen? Hier wird ein Grundproblem des Buches deutlich: Die Art und Weise des Einsatzes und der Interpretation von Zitaten macht einen des öfteren Schwindeln, weil die Argumentation überhaupt nicht nachvollziehbar ist, vor allem nicht von jemandem, der behauptet, sich mit der Diskussion und deren Hintergründen auseinandergesetzt zu haben. Natürlich werden Zitate immer benutzt, um die eigene Meinung zu stützen, aber der manipulative Einsatz von Zitaten ist mir schon lange nicht mehr so offensichtlich untergekommen. Erschwerend kommt hinzu, daß sie teilweise einfach nicht versteht, wovon sie redet.

Völlig unverständlich ist ihr z. B. die Bedrohung, die für uns lebende Krüppel von diesen Diskussionen und auch von der Pränatalen Diagnostik ausgeht. Vielmehr dient das "vorgebliche" Behaupten einer solchen Gefahr unsererseits als ein Grund mehr, den GegenerInnen psychische Probleme zu unterstellen. Sie sagt zum einen: *"Es besteht also keinerlei Veranlassung, das Leben Behinderter gegen aggressive Absichten zu schützen. Das Leben geschädigter Föten schützen zu wollen, kann somit nicht mit dem Bedürfnis nach Lebensschutz begründet werden"* (S.204) und zusätzlich zu diesem Musterbeispiel brillanter Beweisführung präsentiert sie uns die Erklärung, warum wir uns trotzdem dafür einsetzen: *"das legt die Vermutung nahe, daß das Bedürfnis, ein Lebensrecht zu verteidigen, das von niemandem angegriffen wird, aus anderen als den angegebenen Motiven gespeist wird. ...* (es) *scheint ein Bedarf an der Errichtung eines Feindbildes zu bestehen..."* (S.196) - ein weiterer deutlicher Hinweis auf unsere defekte Psyche.

Es lassen sich noch zahlreiche andere Beispiel für seltsamen Einsatz von Zitaten und eine ebensolche "Beweisführung" finden. Als Einblick in die Denkweise der Autorin soll jedoch dies genügen.

Insgesamt ist das Buch ein weiteres Plädoyer für den Tabubruch (*"als Perspektive soll die Aufhebbarkeit des Denkverbotes sichtbar werden"*, S.197), allerdings mit einer besonders perfiden Argumentation: Wenn wir uns der Lebenswert-Diskussion nicht stellen, "Denkverbote" errichten und "Feindbilder" aufbauen, sind wir quasi selbst schuld an den Aggressionen gegen uns. Denn damit machen wir uns schuldig an der *"Wiederkehr des Verdrängten"*, indem wir den anderen verbieten, offen ihre Tötungsphantasien auszusprechen, um sie auf diesem Wege zu verarbeiten. Ob die gute Frau schon mal einen einzigen Gedanken daran verschwendet hat, daß die Wirkung dessen auf gesellschaftlicher Ebene eine ganz andere ist, als wenn jemand dies individuell auf der Couch seiner AnalytikerIn macht? Vermutlich nicht, denn der gesellschaftliche Kontext, in dem sich die Entwicklung von Pränataler Diagnostik und Neuer Ethik vollzieht - und der sich auch auf die "selbstbestimmten" Entscheidungen der mit pränataler Diagnostik Konfrontierten auswirkt - findet bei ihr ja ohnehin keine Beachtung. Mir graust schon bei der Vorstellung ganz gewaltig, aber das liegt wahrscheinlich nur daran, daß ich meine Behinderung nicht verarbeitet habe ...

Swantje Köbsell, Bremen

Susanne Ehrlich:
Denkverbot als Lebensschutz? Pränatale Diagnostik, Fötale Schädigung und Schwangerschaftsabbruch
Opladen 1993

Der blinde Maler

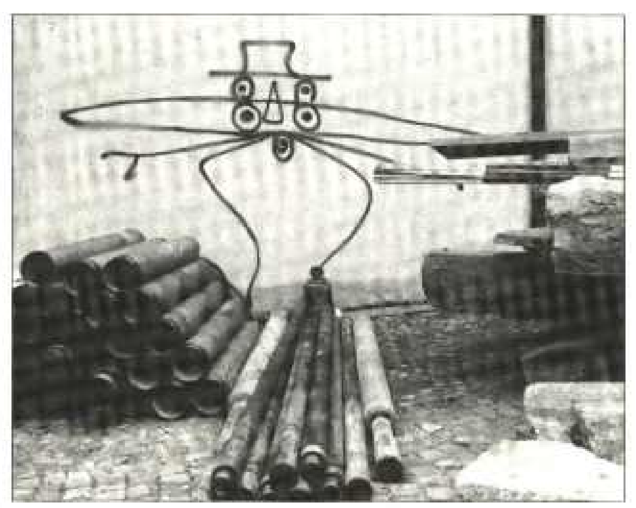
Der Strand war leer, wie jeden Tag an dieser Stelle. Allein ein blinder Maler war es, der da saß und die Aussicht auf das Wasser genoß, das heute vom Sturmgebraus aufgeworfen wurde und tosend gegen das Ufer rollte. Von der Brandung inspiriert, führte er seinen Pinsel mit großen Schwüngen über die Leinwand. Es war das siebente Bild seiner Wolken- und Meeresstudien, das letzte Bild des Zyklus. Inmitten seiner Arbeit trat überraschend ein Schwarzgekleideter aus den Dünen hervor - es war ein Pfarrer.
"Ich habe Dich beobachtet, schon die ganze Woche, und wundere mich von Mal zu Mal mehr."
"Weshalb?" entgegnete der blinde Maler.
"Weil ein jedes Deiner Bilder das Meer und den Himmel zeigt und ein jedes nur die Farbe rot kennt, obwohl doch blau viel angebrachter wäre."
"Aber wer sagt Dir, daß das Meer und der Himmel blau sind?"
Mit dieser Antwort ging der Pfarrer kopfschüttelnd weg und ließ den Blinden zurück, der nun um so heftiger in Rot malte.

Thomas Zwerina, Gießen

"Jeder Rand ist jedem Zentrum immer voraus."

Rezension: Selbstkritik der Sonderpädagogik? Stellvertretung und Selbstbestimmung

Um zwei gleichgewichtige Punkte geht es den HerausgeberInnen Christian Mürner und Susanne Schriber mit ihrer Sammlung zahlreicher Texte aus dem deutschsprachigen Raum: I Motive und Krise der Stellvertretung in der Behindertenpädagogik (Sonderpädagogik). II Standorte der Selbstbestimmung aus der Perspektive autonomer Selbstdefinition.
Zur Diskussion steht der *"Umgang mit der Ambivalenz des Außergewöhnlichen"*; Sonderpädagogik *"im Spannungsverhältnis von Bevormundung und Ausgrenzung einerseits sowie Bewunderung und Spezialzuwendung andererseits"*; das *"Besondere"* als Kriterium der Anerkennung und Selektion gleichzeitig (7). Das im Titel enthaltene Fragezeichen, geprägt von Ideen der Selbstbestimmung, gerichtet an die Adresse der Stellvertretung, kann - so die HerausgeberInnen - zur Selbstkritik anleiten. Dabei sollen die jeweils unterschiedlichen Positionen, auch in ihrem unversöhnlichen Neben- oder Gegeneinander, ihre Berechtigung behalten und nicht glattgebügelt werden. Der Titel läßt Widersprüche, Kontroversen und - vor allem - eine kritische Bilanz vermuten. Die beiden HerausgeberInnen setzen damit einen hohen Anspruch. Wird die Textsammlung der behinderten wie nichtbehinderten AutorInnen dem gerecht?



Beim ersten Überfliegen fand ich das Buch einfach interessant. Und gut, weil durch das Nebeneinander der verschiedenen Beiträge die Definitionsmacht der (nichtbehinderten) Sonderpädagogik nicht mehr absolut und für sich selbst steht. Beim näheren Hinsehen wird es schwieriger: Z.B. Kobis Artikel *"Vom unbeholfenen Helfen"*, der auch "Vom unbeholfenen Schreiben" heißen könnte, läßt mich immer noch grübeln, ob ich ihn wichtig, nur langweilig oder überflüssig finden soll. Breiten Raum nimmt - auf beiden Seiten - der Bezug zur aktuellen "Euthanasie"-Debatte ein. Sonderpädagogik kann sich heute nicht mehr nur darauf berufen, "helfen" zu wollen (die Frage, ob dieses Postulat an sich ausreicht, lasse ich einmal außen vor). Sie muß zum in Frage gestellten Existenzrecht behinderter Menschen, immerhin die Klientel, zu deren Vertretung sie sich berufen fühlt, Position beziehen. Dies geschieht durchweg mit sicher nicht gespieltem Entsetzen. Doch scheinen sich die "Stellvertreter" im allgemeinen eher überrumpelt - vielleicht auch überfordert? - zu fühlen, so als sei diese Auseinandersetzung wie ein fürchterliches Unwetter urplötzlich über sie hereingebrochen. Welche Erleichterung, wenn es genauso wieder verschwinden würde.

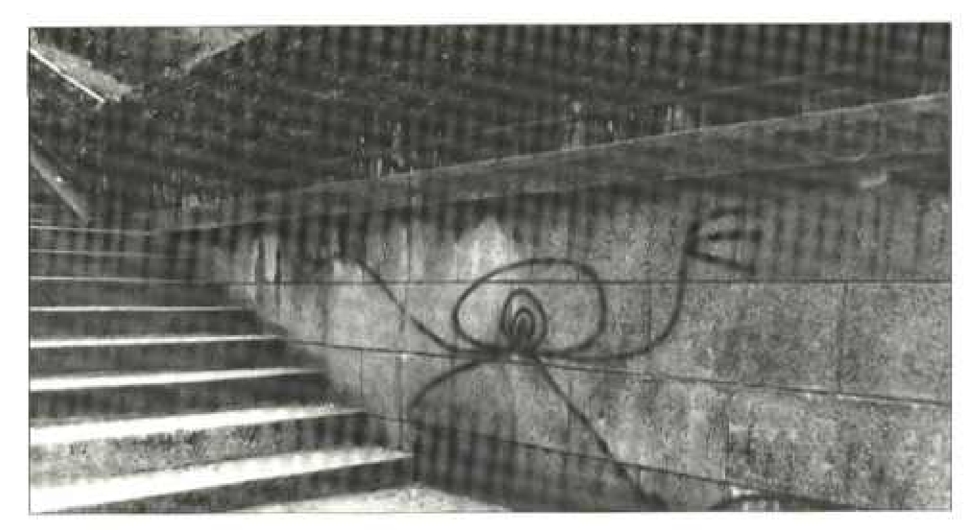
Immerhin - Ulrike Schildmann, Professorin für Heil- und Sonderpädagogik in Siegen und Barbara Rohr, Professorin für Behindertenpädagogik in Bremen, lassen die Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit der historischen Dimension eugenischen Denkens erkennen. Schildmann (*Zum Verhältnis von Selbstverständnis und Fremdverstehen*) fragt denn auch gezielt nach dem Verhältnis zwischen Sonderpädagogik und Eugenik und der Relevanz des institutionell gesicherten gesellschaftlichen Ausschlusses behinderter Menschen durch heil- und sonderpädagogische Einrichtungen im Lauf der Geschichte. Zwar seien die *"Stellvertreter"* zu Beginn der 80er Jahre von politisch aktiven Behinderten in ihre Schranken verwiesen worden, doch seien sie nun in der Frage der "neuen" Eugenik in ihrer Stellvertreterfunktion gefordert. Allerdings sei zu klären, was hier "Stellvertretung" heißt und dies bedinge eine kritische Analyse der persönlichen wie fachlichen Motive.

Barbara Rohr (*Stellvertretung - Selbsterkenntnis?*) belegt überzeugend ihre historische Verpflichtung, *"das ehemals erlernte Schweigen und Nichtfragen zu verlernen!"* (31). Mit den *"Herrschaftsmitteln"* ihres Amtes will sie Studierende herausfordern, *"ihre Blicke zu schärfen für Menschheitsbedrohungen unserer Epoche ... für die Gefahren einer neuen "Euthanasie" ... für die moralische Notwendigkeit, sich selber zu Protest und Widerstand zu befähigen"* (31/32). Allerdings reicht ihr der Begriff der "Zweiten Schuld" (Giordano) nicht aus; ebenso wichtig für die Aufarbeitung der biographisch/gesellschaftlichen Verstrickungen ist die feministische These von der weiblichen Mittäterschaft. In der *"Erkenntnis der eigenen Mittäterschaft und der moralischen Notwendigkeit"*, nicht mehr zu *"spüren"* (32), sieht sie ein elementares Motiv, sich in die derzeitigen Auseinandersetzungen um "lebenswertes" und "lebensunwertes" Leben einzumischen.

Ricardo Bonfranchi (er ist als Dozent in Bern tätig) fragt nach den Konsequenzen der Sonderpädagogik aus der Diskussion um die "neue Euthanasie". Nach einer ausführlichen Darstellung darüber, wer wann was veröffentlicht hat, bleibt für die Frage der Konsequenzen relativ wenig Raum. Immerhin lerne ich inzwischen, daß es nicht einfach nur Behinderte und Nichtbehinderte gibt, sondern wir alle sind *"von Behinderung Betroffene"*, die einen professionell, die anderen lebenslang oder lebensnah. Nach Belieben können sich hier auch die von Kindern Betroffenen, die Eltern behinderter Kinder *"betroffen"* fühlen. Bonfranchis Fazit: *"Würden professionell von Behinderung Betroffene und lebenslang von Behinderung Betroffene enger zusammenarbeiten, enger miteinander leben, ergäbe sich durch die Debatte um die "neue Euthanasie" keine Bedrohung für Behinderte und Nicht-Behinderte."* (91) Waldschmidts Beschreibung einer *"antiprofessionelllen"* Haltung behinderter Menschen gegenüber Professionellen im Behindertenbereich (Waldschmidt bzeichnet es als Gewaltverhältnis, das die Unterdrückung der Krüppel verstärkt und fortschreibt) nennt er einen extremen Standpunkt. Ein Teil der *"lebensnah von Behinderung Betroffenen"* sei eher an Abgrenzung, ja Konfrontation interessiert, repräsentiere aber (gottseidank!) nicht die Mehrheit. Durchaus treffend stellt Bonfranchi anschließend fest, die Sonderpädagogik habe ihre Anerkennung (vor allem in den 70er Jahren) durch die Verbannung der Behinderten aus dem gesellschaftlichen Alltag erkauft, und es gebe in der Gesellschaft ein nachweisbares Bestreben, Behinderte zu vernichten. Allerdings kommt er nicht auf die Idee, spätestens an dieser Stelle die Verbindung zu dem von Waldschmidt beschriebenen Gewaltverhältnis zwischen *"lebenslang von Behinderung Betroffenen"* und *"professionell von Behinderung Betroffenen"* herzustellen. Die Frage nach den Gründen - und der Berechtigung - der von ihm so bedauerten unkooperativen Haltung bleibt ungestellt und so verkommt seine lobenswerte Erkenntnis zur theoretischen Floskel. Seine Frage nach den Konsequenzen der Sonderpädagogik aus der "Euthanasie"-Diskussion verpufft im Dunst der allgemeinen und allseitigen Betroffenheit.

Andreas Fröhlich, Leiter und Dozent am Institut für Spezielle Pädagogik und Psychologie in Basel, der sich der *"Krise der Sonderpädagogik"* annimmt, konstatiert als ein Symptom, daß *"dem Kreis von Heilen, Pflegen und Fördern neue Technologien entgegengesetzt werden, die eine Lösung der "Behindertenproblematik" verheißen könnten"* (114). Die sonderpädagogischen Disziplinen hätten nach-

weislich die frühen Hinweise auf diese Entwicklung verpaßt, wollten sie offenbar nicht wahrhaben, und wie so oft würde die Pädagogik das Gesetz des Agierens anderen überlassen. Angesichts des Umstands, daß gerade Frauen aus der Behindertenarbeit pränatale Diagnostik in Anspruch nehmen, stellt er fest: *"Wir nehmen für uns selbst Rechte in Anspruch, die wir nach außen vehement als Angriffe auf Menschlichkeit und Lebensrecht bezeichnen."* (115) Der Krüppelszene - *"diese neuen Intellektuellen im Rollstuhl"* (116) - gesteht er zu, sie treffe mit ihren Forderungen und ihrer Unerbittlichkeit den Kern heil- und sonderpädagigischen Selbstverständnisses. Der Gewöhnung an den *"intellektuellen Blickwinkel aus dem Rollstuhl"* (116) folgt das Erschrecken über das eigene Tun. Bedarf es wirklich erst dieses Blicks? Ist die Heil- und Sonderpädagogik tatsächlich so *"unschuldig"*, daß sie nicht weiß, was sie tut? Dem Erschrekken über den Verlust der Unschuld begegnet Fröhlich mit der Flucht nach vorn: Er träumt von einem *"Leben im Hier und Jetzt, in einer fröhlichen Ausgeglichenheit, im Genuß von Kommunikation, Zärtlichkeit und Nähe"*, von einer *"Gegenrealität, ... die selbstbewußt das lebt, was viele sich heimlich wünschen."* (121)



Susanne Schriber (Dozentin am Heilpädagogischen Seminar in Zürich) will anhand von fünf Thesen, die sie als Diskussionsgrundlage und vorlaufige Skizze bezeichnet, auf Mängel und Gefahren hinweisen, die sich aus den Voraussetzungen ganzheitlicher Denkweisen ergeben können. Die Gefahr ganzheitlicher bzw. systemischer Denkmodelle liegt in ihrem möglicherweise totalitären Anspruch, der Einseitigkeit und Absolutheit, mit der sie zwar "alles" wahrnehmen, d.h. erfassen wollen, dabei aber das Individuum, das Einzelne (wofür es nach Schriber des analytischen Blicks bedarf) vernachlässigen oder gar negieren. Auf der politischen Ebene verzichtet man dagegen ohne Not auf das hier durchaus angebrachte systemische Denken. Letztlich bedeutet ganzheitliche Wahrnehmung auch ganzheitliche Erfassung und das wiederum möglicherweise totale Erfassung. *"Es gibt so gesehen weder eine ganzheitliche Erfassung noch eine ganzheitliche Förderung, bestenfalls ein Bemühen um vielseitige Erfassung und vielseitige Förderung... Die Ganzheit ist eben unerreichbar, mit jeder Annäherung an sie entfernen wir uns von ihr."* (239)

Will eine Selbst-Kritik der Sonderpädagogik glaubwürdig sein, muß sie die Erfahrungen, Erkenntnisse und Forderungen der "Objekte" ihres Tuns zur Kenntnis nehmen und sich letztlich an den Konsequenzen der sich daraus ergebenden Widersprüche (im Verhältnis zu ihrem Selbst-Bild) messen lassen. Das ist banal und überhaupt nicht neu. Doch scheint es nötig, dies zu betonen, ist doch offenbar der "Blickwinkel aus dem Rollstuhl" für die Profis immer noch gewöhnungsbedürftig. Gleichzeitig drängt sich die Frage auf, ob die "Sicht der Betroffenen" überhaupt einen ernstzunehmenden Faktor in der Sonderpädagogik darstellt.

Um das *"Rollenverständnis von Subjekt und Objekt"* geht es in Udo Siercks Beitrag *"Übermacht Behindertenpädagogik"*. Dabei ist im Verhältnis zwischen Sonder/Behindertenpädagogen und behinderten Menschen von vornherein klar, wer Subjekt und wer Objekt ist. Als behinderter Mensch in dieser Beziehung vom Objekt zum Subjekt zu werden, würde folgerichtig den Stellvertretungs-Anspruch des "betreuenden" Pädagogen und damit sein Selbst-Verständnis ad absurdum führen. Über die Therapie vermittelt sich für das "Objekt" des Handelns die *"gnadenlose Arroganz der Normalität"*. (127) Übrig bleibt ein Negativ-Bewußtsein über die eigene Unfähigkeit. Und auch als Referenten auf einem Fachkongreß für Therapie bleiben behinderte Menschen *"bunte Orchideen, an die man und frau sich gerne erinnert, wenn sie in die Praxis zurückgekehrt die Körper und Seelen behinderter Menschen enteignen."* (126)

Der Objekt-Status qua Mensch-sein mit Behinderung; als Objekt der Pädagogik und Medizin, der Fürsorge, Verwahrung und Verwaltung über die Behinderung definiert zu werden (mit seinen verheerenden Folgen) zieht sich, bei aller Verschiedenheit der Beiträge, als roter Faden durch den zweiten Teil des Buches und bildet damit das Pendent zu Motiv-Suche und Stellvertreter-Anspruch der Sonderpädagogen. Der Schweizer Autor Christoph Eggli spricht treffend von der *"Käseglocke der bevormundenden Überbehütung"* (131), die rebellierenden Wünschen behinderter Menschen immer wieder übergestülpt werde.

Barbara Viewegs Überlegungen zur DDR-Sonderpädagogik (sie arbeitet am Zentrum für selbstbestimmtes Leben in Jena) geben einen kurzen Überblick über DDR-Begrifflichkeiten und deren Hintergrund. Z.B. hieß es Schädigung anstelle von Behinderung, was nach Vieweg auch eine stärkere Medizinalisierung behinderter Menschen ausdrückt. Der Schädigung war mit korrektiv-erzieherischen Maßnahmen zu begegnen, und wo dies nicht mehr möglich schien, bei den *"Bildungsunfähigen"*, erlosch auch der Anspruch auf Förderung.

Dreht Euch nicht um, die Angst geht rum ... Swantje Köbsell, Behindertenpädagogin und Mitarbeiterin bei der Assistenzgenossenschaft Bremen untersucht die Funktion und Funktionalisierung von Vorurteilen und Angst im Verhältnis zu Menschen mit Behinderung. Die Zeit für Veränderung, also für die Auflösung von Vorurteil und Angst, ist denkbar schlecht. Im Gegenteil ist eher eine Tendenz vom abwertenden Urteil hin zur abwertenden Handlung festzustellen, wobei eugenisches Denken weiter tradiert wird und die Bereitschaft, es in Handeln umzusetzen, wächst. Für Köbsell kann es aber nicht darum gehen, Ethik und Moral an die neuen technisch-medizinischen Machbarkeiten anzupassen. Statt dessen sind *"gute Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit für alle"* (186) zu gewährleisten.

Der *"Normalo von der Stange"* ist für die Vielfalt der Evolution völlig unzureichend. Für Alex Oberholzer, Schweizer Medienredakteur, gehören Behinderte auch als Randgruppe zur Avantgarde: *"Jeder Rand ist jedem Zentrum immer voraus."* (157) - Eine zum Teil beißende Satire auf die Bio-Technologie der neuen Menschenzüchtung. Für Volker Schönwiese, Assistent am Institut für Erziehungswissenschaften in Innsbruck, (*Anmerkungen zur aktuellen Neubewertung des Lebens*) ist der neue Lebenswert-Diskurs einer der aktuellsten Macht-Diskurse. Eine Folge (u.a.) des heutigen Wissenschaftsverständnisses ist die verlorengegangene Verantwortlichkeit der Wissenschaft für ihre Folgen mit einer daraus resultierenden Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen. Wie weit, fragt Schönwiese, hat sich die Heil- und Sonderpädagogik an diesem Prozeß beteiligt, indem sie z.B. an den Paradigmen traditioneller Naturwissenschaft orientiert blieb? In der medizinierten Sicht von Behinderung ist es nicht weit von der Therapie zur Therapeutisierung: Der Alltag behinderter Menschen wird in viele voneinander unabhängige Therapien verwandelt. Therapie bzw. "Förderung" macht aber nur dann Sinn, wenn das Entwicklungziel Autonomie und Selbstbestimmung heißt und nicht Anpassung an restriktive Normalitätsvorstellungen bis hin zur Zerstörung von Identität. Der auch politisch ausgetragene Kampf um Integration und Selbstbestimmung ist somit das wichtigste Gegengewicht gegen Funktionalisierung, Verwahrung und Vernichtung behinderter Menschen.

Die Zerstörung der Indentität, und wie diese Zerstörung wieder aufgelöst oder verhindert werden kann, ist auch das Thema der Schweizer Psychotherapeutin Aiha Zemp. Ihr Plädoyer für eine feministische Theoriebildung in der Sonder-Pädagogik richtet den Blick auf die Wirkung patriarchaler Strukturen insbesondere für Frauen mit Behinderung. Solange Sonder-Pädagogik kein gesellschaftskritisches Verständnis des Geschlechterverhältnisses entwickelt, *"reproduziert sie gesellschaftliche Normalität, d.h., die Diskriminierung derer, mit denen sie arbeiten sollte, ist ihr immanent."* (191)

Als *"Handelsreisende in Sachen Integration"* bezeichnet sich die Psychologin Susanne v. Daniels. Die *"mißtrauische Auseinandersetzung mit den eigenen, identifikatorischen Bereitschaften" (Thürmer-Rohr) ist "Dauerthema, Herausforderung, Entwicklungschance und Notwendigkeit für die Frau in der Doppelrolle geworden."* (221) V. Daniels schärft wie kaum eine andere den Blick für die

Gratwanderung in dieser Doppelrolle: Was bedeutet es, als behinderte Frau im sonder/integrationspädagogischen Bereich zu arbeiten? Wann läuft ein in diesem Feld arbeitender behinderter Mensch Gefahr, MittäterIn zu werden? Schlußendlich: Auf dem Hintergrund der Macht der Sonderpädagogik und der Medizin und ihres Legitimationsdrucks gegenüber den gegebenen Bedingungen läuft Integrationspädagogik - die ja den Anspruch hat, eine allgemeine Pädagogik zu entwikkeln, die gemeinsames Leben und Lernen aller Kinder und Jugendlichen ermöglicht - Gefahr, sich allzusehr auf *"Behindertenspezifisches"* zu konzentrieren. In diesem Fall *"ist sie nichts anderes als "klassische Sonderpädagogik" mit neuerem "modischen" Namen".* (223)

Ein größerer Kontrast läßt sich kaum denken: Während v. Daniels vorzugsweise Zwischentöne benutzt, zum genauen Hinsehen, zur detaillierten Wahrnehmung auffordert, läßt Franz Christoph seinen Holzhammer niedersausen. Feindbild Nr. 1: Die Nichtbehinderten (Sonderpädagogen usw.). Feindbild Nr. 2: Frauen, besonders gerne behinderte Frauen. Motto: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Es fällt mir schwer zu sagen, was ich ärgerlicher finde: Ein solcher Artikel unter Niveau aus den eigenen Reihen oder z.B. die Ergüsse eines Bonfranchi.

Insgesamt ist "Selbstkritik der Sonderpädagogik?" ein Buch, das am Ende mehr Fragen offenläßt, als am Anfang gestellt werden. Selten tritt der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, der Unterschied zwischen gut und gutgemeint, offenkundiger und deutlicher zutage als in diesen Beiträgen. Dabei schadet es nicht, sich ggf. mit Aspekten zu beschäftigen, die einem "eigentlich" bekannt sind. Ohne die Arbeit für diese Rezension hätte ich mir diese Mühe allerdings wohl kaum gemacht. Zurück zur eingangs gestellten Frage: Werden die Beiträge dem Titel gerecht? Das hängt sicher auch vom eigenen Anspruch ab. Für Studierende wie für PraktikerInnen kann es als Herausforderung für eine grundlegende Betrachtung des eigenen Standortes verstanden werden. "Futter" dafür bietet es genügend. Es reicht allerdings nicht, nur die eigenen Motive, das Selbst-und Fremd-Verständnis zu beleuchten. Die Selbst-Spiegelungen, wie sie in einzelnen Beiträgen anklingen, wären z.B. daran zu messen, wieweit Praxis bereit ist, Veränderungen zuzulassen. Mehr als eine Betrachtung "des Inneren" hatte ich eine kritische Bestandsaufnahme der Praxis erwartet. Ist Sonder-Pädagogik überhaupt vertretbar? Wie erklärt sie die Widersprüche, wenn sie zwar Autonomie *für* behinderte Menschen verspricht, die aussondernden Strukturen aber nicht aufgehoben werden? Wie kommen kritische PädagogInnen mit diesen Widersprüchen zurecht? Hat das Bewußtwerden dieser Widersprüche Konsequenzen, die tatsächlich im Interesse behinderter Menschen liegen? Welche Rolle spielt dabei die Integrations-Pädagogik? Welche Probleme gibt es? Sind solche Fragen schon wieder out? Oder sie sind noch gar nicht angekommen? Wenn die Überlegungen von Ulrike Schildmann dazu nicht als Alibi dienen sollen, steht eine Selbst-Kritik in diesem Sinn noch aus.

URSULA AURIEN, BERLIN

Christian Mürner, Susanne Schriber (Hrsg.): ***Selbstkritik der Sonderpädagogik? Stellvertretung und Selbstbestimmung.*** Luzern 1993



BÜCHERSCHAU

Neue und nicht mehr ganz neue Bücher - eine unvollständige und streng subjektive Auswahl.
Siehe auch die Rezensionen in dieser randschau und in den vorangegangenen Heften. Auch einige der auf dieser Seite aufgeführten Titel werden wir in näxter Zeit besprechen.
Übrigens: RezensentInnen sind immer willkommen. Meldet Euch bei Thomas Schmidt (siehe Impressum)

* "Euthanasie war mitnichten eine Erfindung wahnhafter Nazis, sie war eingebettet in Betrachtungsweisen, die Menschen verdinglichen, vermessen und bewerten" (Klappentext). Eine Analyse der Bedingungen, die den faschistischen Massenmord möglich gemacht haben.
Klaus-Peter Drechsel: Beurteilt - Vermessen - Ermordet. Die Praxis der Euthanasie bis zum Ende des deutschen Faschismus, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) 1993; 174 S., 16,80 DM



* Die anthroposophische Dorfgemeinschaft, von innen gesehen. Das von vielen hochgelobte Integrationsmodell erweist sich als System aus Selbstausbeutung, sozialer Kontrolle und repressivem Sanftmut.
Kathrin Taube: Ertötung aller Selbstheit. Das anthroposophische Dorf als Lebensgemeinschaft mit geistig Behinderten. Eine Kritik, AG SPAK Bücher München 1994, 232 Seiten, 32.- DM

* Dokument einer Vereinnahmung: Der Reader zur Kölner "Lebenshilfe"-Tagung im April 1993. Humangenetik und "konstruktive" KritikerInnen an einem Tisch; am Ende steht ganz viel Betroffenheit und die allseitige Bestätigung des guten Willens.
Therese Neuer-Mierbach, Rudi Tarneden (Hrsg.): Vom Recht auf Anderssein. Anfragen an pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung, Lebenshilfe-Verlag Marburg und Verlag Selbstbestimmtes Leben Düsseldorf 1994; 166 S., 16,80 DM

* PatientInnenmorde als letzte Konsequenz eines industrialisierten Gesundheitssystems? Über strukturelle Gewaltverhältnisse und die (Un-)möglichkeit von Alternativen. Mit Beiträgen von Georg Seeßlen, Antje Drescher, Bärbel Irion u.a.
Claudio Kürten, Klaus Dörner (Hrsg.): Erfolgreich behandeln - armselig sterben. Macht und Ohnmacht im Krankenhaus und Heim, Jakob van Hoddis Verlag Gütersloh 1993, 135 S., 23.- DM

* "Gesundheit", was ist das ? Was sagt der Bedeutungswandel eines Begriffs über gesellschaftliche Veränderungen aus und welche sozialen Auswirkungen hat ein verändertes Verständnis von Gesundheit ? Mit Beiträgen von Herrad Schenk, Liliane Juchli, Marianne Gronemeyer u.a.
Eberhard Göpel, Ursula Schneider-Wohlfahrt (Hrsg.): Provokationen zur Gesundheit. Beiträge zu einem reflexiven Verständnis von Gesundheit und Krankheit, Mabuse-Verlag Frankfurt/Main 1993; 287 S., 36,80 DM

* Ein parteilicher Ratgeber für Psychiatrie-PatientInnen und alte Menschen, denen ihre Rechte weggenommen wurden. Wichtig für alle, die sich gegen Psychiatriewillkür wehren wollen. Mit Musterbriefen für Anträge und Beschwerden und ausführlichem Adressenteil.
Rudolf Winzen: Zwang. Was tun bei Betreuung und Unterbringung? AG SPAK Bücher München 1993, 152 S., 14,80

* Isolation, Vereinsamung, Schuldgefühle als Folgen der Geburt eines behinderten Kindes. Wie die Gesellschaft auf Behinderung reagiert und was das für Mütter bedeutet, beschrieben anhand von Fallbeispielen.
Monika Jonas: Behinderte Kinder - Behinderte Mütter ?, Fischer Taschenbuch Verlag 1994, Band 4756 , 12.80 DM

* Vom Recht auf Gesundheit zur "Pflicht zur Gesundheit". Der Autor zeigt am Beispiel der USA den Trend zur lückenlosen sozialen Kontrolle im Dienst der "Volksgesundheit": RaucherInnen, Übergewichtige und Sportmuffel als Sozialschädlinge.
Hagen Kühn: Healthismus , Edition Sigma 1993, 42.- DM

* Eine kritische Auseinandersetzung mit der Definition des Hirntodes vor dem Hintergrund der aktuellen Tendenzen, Menschen nach den Bedürfnissen der Transplantationsmedizin für tot zu erklären.
Johannes Hoff, Jürgen in der Schmitten (Hrsg.): Wann ist der Mensch tot?, Rowohlt Verlag Reinbek 1994, 416 Seiten, 38 DM

AUßERDEM:

* **Eva Fleischer, Ute Winkler (Hrsg.): Die kontrollierte Fruchtbarkeit.** Neue Beiträge gegen die Reproduktionsmedizin, Verlag für

Gesellschaftskritik Wien 1994, 170 Seiten, 36.- DM

* **Eckhard Heesch (Hrsg.): Heilkunst in unheilvoller Zeit.** Beiträge zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus, Mabuse Verlag Frankfurt/M. 1993, 191 S., 30.- DM

* **Anne Dore Stein (Hrsg.): Lebensqualität statt Qualitätskontrolle menschlichen Lebens**, ca. 200 Seiten, 29,80 DM. Bestellungen über: Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Bremen, Waller Heerstr. 55, 28217 Bremen

* **Christa Wichterich (Hrsg.): Menschen nach Maß.** Bevölkerungspolitik in NordSüd. Mit Beiträgen von Erika Feyerabend, Susanne Heim, Swantje Köbsell u.a., Lamuv Verlag Göttingen 1994

* **FINRRAGE (Hrsg.): Bevölkerungsexplosion - Marketing einer Ideologie.** Dokumentation, zusammengestellt von Susanne Heim und Ulrike Schaz; Bezug (gegen 10.- Spende): FINRRAGE, Postfach 201 903, 20209 Hamburg

* **Peter Rödler: Menschen, lebenslang auf Hilfe anderer angewiesen.** Grundlagen einer allgemeinen basalen Pädagogik, Afra Verlag Butzbach 1993; 327 S., 38,50 DM

* **Andreas Kammerbauer: Behindertenpolitik.** Eine Chance für Hörgeschädigte? Signum Verlag Hamburg 1993; 94 S., 30.- DM

* **Heidi Lindner: Viele Tode stirbt der Mensch.** Autobiographie mit Träumen und Erlebnissen einer psychisch kranken Frau, Jakob v. Hoddis Verl. Gütersloh 1994, 110 S.

* **Theresia Degener: Das ambulante Pflegerechtsverhältnis als Modell eines Sozialrechtsverhältnisses**, Peter Lang Verlag Ff./Main 1994 (Dissertationsarbeit); 327 S.

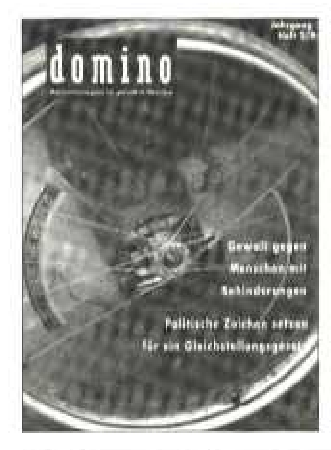
* **Ulrike Schildmann, Reinhard Völzke: Integrationspädagogik: Biographische Zugänge**. Berufliche Werdegänge von Erzieherinnen in Kindergartengruppen für behinderte und nichtbehinderte Kinder, Leske + Budrich Verlag Opladen 1994.

* **Ottmar Miles-Paul: Wir sind nicht mehr aufzuhalten.** Beratung von Behinderten durch Behinderte. Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik. AG SPAK Bücher München 1992, 155 S., 28.- DM

* **Christian Kind: Behindertes Leben oder verhindertes Leben?**, Huber Verlag 1993, 34,80 DM

Schriftenreihe des Bildungs- und Forschungsinstituts zum selbstbestimmten Leben Behinderter (bifos). Die Bände sind gegen einen Unkostenbeitrag erhältlich bei bifos, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel
* **Band 1: Gisela Hermes, Ottmar Miles-Paul (Hrsg.): Independent Living Angebote in Europa. Bestandsaufnahme, Standards, Perspektiven.** Kassel 1994, 5.- DM
* **Band 2: Gisela Hermes (Hrsg.): Mit Recht verschieden sein. Forderungen behinderter Frauen an Gleichstellungsgesetze.** Kassel 1994, 7.- DM
* **Band 3: Theresia Degener: Behinderte Frauen in der beruflichen Rehabilitation.** Rechtsgutachten zur Diskriminierung behinderter Frauen im beruflichen Rehabilitationsverhältnis. Hrsg. vom hess. Netzwerk behinderter Frauen und hess. Koordinationsbüro für behinderte Frauen. Kassel 1994, 5.- DM

ZEITSCHRIFTENSCHAU



DOMINO
Nachrichtenmagazin für gehinderte Menschen
Einzelheft 6 DM/Abo 18 DM-4 Ausgaben
Vertrieb: Andreas Lugmayr, A-4592 Leonstein 455

DOMINO - Nachrichtenmagazin für gehinderte Menschen, so heißt das neue - vierteljärlich erscheinende behindertenpolitische Magazin aus Österreich. Mit einer Startauflage von 10.000 Exemplaren versucht DOMINO ein finanziell abgesichertes Rad in die Tür des deutschsprachigen Zeitschriftenmarkts zu bekommen. Nach dem Niedergang der österreichischen Zeitschrift 'los' (eingestellt vor ca. anderthalb Jahren), ist die 'domino' das Erfrischendste, was deutschsprachige Behindertenpolitik seit langem zustande gebracht hat. Die Verantwortlichen bürgen für Qualität, Andreas Oechsner als verantwortlicher Redakteur wartet in der Nr. 2 mit einem brillianten Editorial zur 'Gewalt gegen Beehinderte' auf. Erwin Riess dürfte den LeserInnen der 'randschau' zumindest durch seine 'Groll-Texte' durchaus bekannt sein (die 'randschau'-Redaktion zumindest hat 'Groll' fest in ihr Herz geschlossen) und schreibt für 'domino' als Freier. Martin Ladstätter besorgt die Redaktion, Franz Hualnigg und Silvia Oechsner bilden als ebenfalls Freie den Rest der (noch?) männerdominierten Redaktion. Auf 32 Seiten bietet 'domino' österreichische Behindertenpolitik, die sich in der 'selbstbestimmt-leben'-Ideologie verortet.
Heft 1/94 befasst sich mit dem österreichischen Bundespflegegeldgesetz, wobei deutlich wird, das auch anderso hart um die Pflegeabsicherung und Assistenz heftigst gestritten wird. In Nr. 2/

Behinderung, Schwanger- & Elternschaft

Ich bin Rollstuhlfahrerin und brauche einen Kinderwagen. Welche Tragegurte kann ich benutzen, wenn ich mit zwei Krücken laufe? Wo finde ich Informationen, ob ich als Tetraplegikerin bei der Geburt eine Periduralanästhesie brauche, die ich dann dem/der ÄrztIn geben kann?

Die Beantwortung dieser und anderer Fragen ist die Stärke der neuen Zeitschrift 'Disability, Pregnancy & Parenthood International' (DPPI), die jetzt im zweiten Jahr in London erscheint. Sie wird von Mukti Jain Campion herausgegeben, einer behinderten Mutter, die auch im Dachverband englischer Initiativen behinderter Eltern arbeitet.

Die Zeitung ist kein Organ politischer Selbstverständigung einer wie auch immer gearteten Behinderten/Krüppelbewegung (wie 'die randschau'), sondern versteht sich als Forum von behinderten Eltern und Leuten, die beruflich mit Schwangerschaft, Geburt und Kindern zu tun haben. Ziel ist es, durch Information und Austausch gegen die Verleugnung behinderter Eltern zu arbeiten.

Die thematische Bandbreite der Artikel - viele Erfahrungsberichte v.a. behinderter Mütter und engagierter Hebammen - reicht vom rollitauglichen Kinderwagen bis zum Umgang mit KrankenhausärztInnen, von Independent Living in den USA bis zur Situation behinderter Eltern in Uganda. Bis auf den Beitrag zur Geschichte und Gegenwart der Euthanasie in GB, BRD und den USA - einer der wenigen explizit politischen Artikel - stammen die meist pragmatischen und dadurch nützlichen Berichte aus England und Nordamerika. Das mindert jedoch nicht den Gebrauchswert und muß (das ist auch die Hoffnung der Herausgeberin) ja auch nicht so bleiben, schließlich gibt es auch in der BRD behinderte Eltern...

DPPI erscheint vierteljährlich, kostet 25,- Pfund im Jahr und gibt es auch auf Kassette. Probeexemplar und Abo bei:

Arrowhead Publications
51 Thames Village
London W4 3UF
England



94 befasst sich 'domino' mit der 'Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen'.
Wer also ein paar Mark übrighat und Interesse eine spannende behindertenpolitische Zeitschrift zu lesen, dem/der sei 'domino' wärmstens ans Herz gelegt.



ARRANCA!
Zeitung für eine radikale Linke
Einzelheft: 6 DM/Abo: 24 DM-vier Hefte
Vertrieb: F.e.I.S., c/o LAZ, Crellestr. 22, 10827 Berlin

ARRANCA!, ist spanisch und heißt soviel wie losmachen, starten oder anfangen, d.h. eigentlich im Imperativ: "leg endlich los". ARRANCA! kommt aus Berlin und wird von der Gruppe 'Für eine linke Strömung', kurz 'F.e.I.S.', herausgegeben. Soeben ist die Nr. 4 (5. Heft) erschienen. F.e.I.S. ist aus der Kritik an den links-autonomen Bewegungszusammenhängen im Oktober 1991 entstanden. Seit Januar 1993 erscheint dann 'ARRANCA!', die unregelmäßig erscheint (angestrebt wird jedoch vierteljährlich).
Die fünf vorliegenden Hefte beschäftigen sich mit der Organisationsfrage einer radikalen Linken (Nr. 0), mit Selbstschulung/Lernprozesse/Bildung (Nr. 1), mit linker Medienpolitik (Nr. 2), mit 'Linke und Militanz' (Nr. 3) und mit einem Resumee linker Politik, 'Bis hierher und weiter' (Nr. 4).
ARRANCA!, eine Zeitschrift die sich zu lesen lohnt. Für alle, die spannende Beiträge zu linker Politik, Organisationsfragen und Perspektiven zu schätzen wissen.

Wir wollen Euch an dieser Stelle die Möglichkeit geben, Zeitschriften die Euch interessieren, die Ihr spannend findet kurz vorzustellen. Entsprechende Beiträge sendet bitte an: J. Fretter, Mombachstr. 17, 34127 Kassel, Fax: 0561 / 89 65 32

ZEITSCHRIFTENGEFLÜSTER

Der Chefredakteur der 'LEBEN UND WEG', Zeitschrift des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) aus Krautheim, H-G. Heiden (HGH), wurde von seinem Arbeitgeber geschaßt. Grund, u.a.: Ein für die Nr. 2/94 geplantes Interview von HGH mit Andreas Jürgens, der für Bündnis 90/Die Grünen für den nächsten Deutschen Bundestag kandidiert. Das Interview wurde auf Intervention des Vorstandes des BSK, ohne Wissen des Chefredakteurs aus dem Heft gekippt. Folge: HGH sauer, im Heft 3/94 großer Aufstand (Stellungnahmen von HGH, dem Bundesvorsitzenden E. Bauer und des Herausgebers) und schließlich Arbeitsgerichtstermin. Nr. 4, soeben erschienen, erwähnt den Vorfall mit keiner Zeile mehr.

LESERIN-BRIEF

Die Männer schreiben über die Krüppelszene - die Frauen über sich selbst

Berlin, im heißen August 1994

Liebe 'randschau'-Redaktion,

nun sitze ich an meinem Computer, um Euch ein paar Gedanken zur letzten 'randschau'-Nummer mitzuteilen. Um es vorweg zu nehmen, es ist keine Wut über die letze Ausgabe, die mich an den Computer treibt, sondern der Wunsch nach Auseinandersetzung. Das Thema: 'Szene wohin?' der letzten 'randschau' gab auch mir einigen Anlass mir über 'unsere Szene oder Bewegung' Gedanken zu machen.
Wenn Horst zu Beginn des 'round-table-Gesprächs' der letzten 'randschau' meint: *"Wir sollten (...) tatsächlich die Machtfrage stellen und die Führung in der Behindertenpolitik übernehmen"* (S. 9), hat mich die Klarheit seiner Aussage befremdet. Das ist nicht die Frage, die ich mir stelle, wenn ich mir über Krüppelpolitik Gedanken mache. Das dieses Problem gerade zu Beginn eines Gesprächs auftaucht, an dem fast ausschließlich Männer beteiligt sind, ist für mich kein Zufall, sondern ein Zeichen dafür, wie weit 'herrschende' Politikvorstellungen auch in der Krüppelszene und der 'randschau' verankert sind. Wenn es in der politischen Arbeit um gesellschaftliche Veränderungen geht, kommt man sicherlich irgendwann an Punkte, bei denen es um Macht geht, um Veränderungen durchzusetzen. Für mich geht es zuerst um die inhaltliche Auseinandersetzung und das Finden eigener Standpunkte. Für die gute Umsetzung in die konkrete Behindertenpolitik nach außen ist auch das Überdenken und Weiterentwickeln der eigenen Inhalte und die Auseinandersetzung in unseren Gruppen wichtig. Das in den vergangenen Jahren in unseren Zusammenhängen eigene Inhalte entwickelt und meiner Meinung nach spannende Diskussionen geführt wurden, belegt 'die randschau', besonderes die Ausgaben zur Krüppelutopie, zu Medien und zum Rassismus.
Für das Erarbeiten der eigenen Themen brauche ich Platz, an dem ich zweifeln darf, an dem Widersprüche zur Sprache gebracht werden können, Netzwerke entwickelt und Gemeinsamkeiten entdeckt werden können. Dies ist für mich der Raum, indem Neues entstehen kann. Wichtig ist, daß ich in diesen Freiräumen Dinge zusammen denken kann, die auch in der Krüppelbewegung oft noch nicht zusammen gedacht werden. Damit könnte die schwierige Aufspaltung in unseren Auseinandersetzungen z.B. auf dem Krüppelforum in Selbsterfahrung einerseits und politische Arbeit andererseits überwunden werden. Während in vielen Diskussionen die Planung der nächsten politischen Aktionen großen Raum einnimmt, bleiben Selbsterfahrungsgespräche oft in den eigenen Widersprüchen stecken und finden keinen Lichtblick über dem eigenen Tellerrand. In Krüppelfrauengruppen ist dieses Problem schon diskutiert worden, aber noch lange nicht gelöst.

An der letzten 'randschau'-Nummer hat mir gut gefallen, daß die Entwicklung der Krüppelfrauengruppen und Frauennetzwerke in mehreren Artikeln behandelt wurde. Trotzdem hoffe ich, das die politische Arbeit von Frauen mit ihren anderen Sichtweisen in allen Bereichen der Krüppelszene stärker zum Tragen kommt.

Meine Vorstellungen politischer Arbeit sind sicherlich nicht die, die alle teilen können. Es ist richtig und wichtig, daß es noch viele andere gibt. Die Krüppelbewegung lebt auch von Menschen wie Andreas Jürgens, die versuchen unsere Vorstellungen auf parlamentarischen Wege umzusetzen. Große Bauchschmerzen bekomme ich allerdings, wenn Ottmar Miles-Paul von einer großen, einheitlichen Bewegung träumt, in der alle Ziele klar sind und es nur noch um Fragen der Durchsetzung geht.
Nach dem Lesen der letzen 'randschau'-Nummer hatte ich den Eindruck: die Männer stellen die Machtfrage und die Frauen suchen ihren Raum zum zweifeln.

KATRIN METZ, BERLIN



Foto: Ch. Rill, Kassel

Postvertriebsstück * Entgelt bezahlt
Hg.: krüppeltopia e.V., Mombachstr. 17, 34127 Kassel **1P 4356 F**



Foto: M. Pieper, 1990

Auf zu neuen Taten... !

Selbstbestimmt Leben konkret

Nr. 2, August 94

Behinderte in die Parlamente

Viele, die sich heute wie ich in der Selbstbestimmt Leben Bewegung behinderter Menschen engagieren, können mittlerweile auf ein über ein Jahrzehnt währendes Engagement gegen die vielfältigen Diskriminierungen von Behinderten und für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben für Behinderte zurückblicken. Eine Zeit, in der wir unter der gegenwärtigen Regierung viele Niederlagen einstecken mußten, eine Zeit, in der wir trotz unseres beharrlichen Eintretens für eine menschengerechtere Welt immer wieder feststellen mußten, daß die Mühlen der Veränderung nur sehr langsam mahlen, eine Zeit, in der wir uns oft fragten, ob sich der energieraubende Aufwand eigentlich lohnt, aber auch eine Zeit, in der wir als Einzelpersonen und als Bewegung enorm gewachsen sind und so manchen Etappensieg erringen konnten.

Zurückblickend auf die über 10 Jahre meines Engagements entwickelte sich so manche Idee und Vorgehensweise weswegen wir anfangs als radikal und träumerisch gebrandmarkt wurden, zusehens zum breiten Konsens, so daß die TräumerInnen von früher mittlerweile zu wichtigen GestalterInnen und Trendsettern der heutigen Behindertenpolitik geworden sind, deren Ideen und Begriffe sogar die traditionellen Kräfte der Behindertenhilfe zusehens aufgreifen. Sei es die Zugänglichmachung des öffentlichen Nahverkehrs, für den wir mit Demonstrationen und Blockaden kämpfen, der Aufbau von Ambulanten Diensten und Assistenzgenossenschaften, die Entwicklung von Zentren für selbstbestimmtes Leben und das Modell der Persönlichen Assistenz oder die Forderung nach Gleichstellungsgesetzen, so sind dies Trends, deren Forderungen längst nicht alle erfüllt sind, die aber entscheidend von uns engagierten Behinderten vor Ort geprägt wurden.

Mit dem Aufbau von Zentren zum selbstbestimmten Leben Behinderter und der Gründung der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland - ISL e.V. - ist es uns gelungen, uns langsam an die Tische der Entscheidungen und die entsprechenden Finanztöpfe vorzutasten. Dem wohlwollenden Schulterklopfen oder dem arroganten Aktion Sorgenkind Smile, mit dem wir jahrelang abgespeist wurden, können wir behinderte Menschen zusehens unser Expertenwissen und unser Selbstbewußtsein entgegensetzen und als ernstzunehmende Verhandlungspartner mit zukunftsweisenden Ideen auftreten.

Wenn nun der von der ISL-Initiative geprägte Ruf "Behinderte in die Parlamente" immer lauter ertönt und immer mehr Behinderte bereit sind, sich in die Politik einzumischen und für Parlamente zu kandidieren, ist dies eine logische Fortführung unserer Entwicklung, bei der wir nicht mehr bereit sind, uns von der Politik abspeisen zu lassen, sondern uns selbst einmischen. Deshalb habe auch ich mich entschlossen, als unabhängiger Kandidat auf einem aussichtsreichen Listenplatz für Bündnis 90/DIE GRÜNEN in NRW für den nächsten Bundestag zu kandidieren, um auch dort unsere Stimme hörbarer zu machen. Um diesen Weg erfolgreich werden zu lassen, hoffe ich auf Eure Unterstützung und eine gute Zusammenarbeit mit Euch allen.

Andreas Jürgens

Das unmöglich Geglaubte Möglich gemacht

Während die meisten von uns die Hoffnung für die Aufnahme eines Benachteiligungsverbotes für Behinderte in Artikel 3 des Grundgesetzes wahrscheinlich schon aufgegeben haben, ist uns der erste Erfolg in Sachen Gleichstellung Behinderter gerade noch in der Zielgeraden geglückt. Am 30. Juni hat der Deutsche Bundestag fast einstimmig (622 von 629 Abgeordneten stimmten dafür) beschlossen, den Satz "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" in Artikel 3 des Grundgesetzes aufzunehmen. Diejenigen, denen die über fast 4 Jahre konstant wiederholten Aussagen der KoalitionspolitikerInnen von wegen das Grundgesetz dürfe nicht zum Warenhauskatalog verkommen und Behinderung sei vorrangig eine Frage der Sozialgesetzgebung noch in den Ohren klingen, wissen, daß dieser Erfolg kein Geschenk, sondern ein hart erkämpfter politischer Sieg darstellt, auf den die Behindertenbewegung stolz sein kann.

Um diesem berechtigten Stolz und vor allem dem erfolgreichen Konzept der verbands- und behinderungsübergreifenden Zusammenarbeit, ohne die dieser Erfolg nie möglich gewesen wäre, gebührend Rechnung zu tragen, reisten ca. 350 meist behinderte Menschen am 30. Juni zur Bundestagssitzung nach Berlin und feierten ihren Erfolg. Neben den vielen langjährigen StreiterInnen aus der Gleichstellungsbewegung waren eine Reihe von PolitikerInnen zur Feierstunde nach einem Besuch im Reichstag ins Haus der Kulturen gekommen, um uns für unser Engagement zu danken. Barbara Weiler, Ilja Seifert und Horst Peter sind nur einige, die uns über die letzten Jahre hinweg aus dem Parlament heraus unterstützt und zu dem großen Erfolg verholfen haben. Grußworte aus den USA, Polen, Finnland, England, Kanada und der Schweiz verdeutlichten zudem die internationale Bedeutung dieses Erfolges. Andererseits betonten die Redner wie Andreas Jürgens, daß dieser Erfolg hauptsächlich auf das unermüdliche und gemeinsame Vorgehen der vielen einzelnen behinderten Menschen vor Ort zurückzuführen ist, die nicht müde wurden, immer wieder für unsere Forderung einzutreten. Hierfür danken auch wir von Selbstbestimmt Leben konkret Euch allen.

Auch wenn die Zustimmung des Bundesrates noch aussteht und wohl noch einiges politisches Gerangel über die Verfassungsreform zwischen Koalition und Opposition stattfinden wird, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis unsere erste Forderung zur Gleichstellung Behinderter im Grundgesetz verankert ist. Daher können wir uns nun frei nach dem Motto: "Jetzt geht´s erst richtig los", das in Berlin einhellig immer wieder geäußert wurde, daran machen, unsere Vorstellungen von einem umfassenden Gleichstellungsgesetz zur Ausgestaltung unserer Grundrechte zu konkretisieren und einzufordern, so daß wir am Ende der nächsten Legislaturperiode hoffentlich mal wieder kräftig feiern können.

"Ich zahle Sozialsteuer, weil ich will, daß die Gleichstellung Behinderter Realität wird."
Ottmar Miles-Paul - Geschäftsführer der ISL e.V. - Kassel

UNO Tag für die Menschenrechte Behinderter

Der von Disabled Peoples´ International mitinitiierte und auf EU-Ebene koordinierte UNO Tag für die Menschenrechte Behinderter soll auch dieses Jahr um den 3. Dezember herum gebührend begangen werden. Tragen auch wir durch vielfältige Aktivitäten dazu bei, daß den vielen Reden endlich Taten folgen und ein selbstbestimmtes Leben Wirklichkeit wird. Infos bei O. Miles-Paul Tel. 0561/779755.

ISL Aktiv

Eine ermutigende Tagung

Was mit dem Begriff empowerment (Befähigung, Ermächtigung, Ermutigung) umschrieben wird, ist eine gute Darstellung der diesjährigen ISL-Tagung, an der vom 18.-20. Mai mehr als 70 behinderte Menschen aus der ganzen BRD teilgenommen haben. Der ermutigende und andere Meinungen zulassende Geist der Tagung, ermöglichte nicht nur einen breiten Austausch der engagierten TeilnehmerInnen, sondern verdeutlichte in Referaten und Gesprächen immer wieder den Zusammenhang von individueller Betroffenheit und gesellschaftlicher Veränderung. Die Referate dieser Tagung werden in einem Buch im Rahmen der Schriftenreihe zum selbstbestimmten Leben Behinderter des bifos zusammengefaßt und voraussichtlich Ende des Jahres herausgegeben.

Forum behinderter BeraterInnen gegründet

Am 21. Juli wurde im Kölner Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter das Forum behinderter BeraterInnen gegründet. Mit diesem von der ISL angeregten und initiierten Forum wollen behinderte Menschen, die in der Beratung von Behinderten tätig sind und das Prinzip des Peer Counselings praktizieren, nicht nur einen aktiven Austausch fördern, sondern eine Vielzahl von Aktivitäten in diesem Bereich zur Aus- und Fortbildung und Interessenvertretung vorantreiben und begleiten. So sind neben der Mitgestaltung der vom bifos und der ISL geplanten Peer Counselor Ausbildung die Durchführung eigener Tagungen zur Beratung Behinderter geplant. Als Sprecher des Forums wurde Matthias Rösch vom Mainzer Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter gewählt. Nähere Infos bei Matthias Rösch unter Tel. 06131/395429 oder 365243.

ISL Netzwerk gegründet

Nachdem in der Vergangenheit eine Reihe von engagierten behinderten Menschen aus Städten, in denen noch keine Selbstbestimmt Leben Initiative existiert, großes Interesse siganalisiert haben, mit der ISL enger zusammenzuarbeiten, hat diese nun das ISL Netzwerk gegründet, durch das derartige Personen gezielt über die Aktivitäten der ISL informiert, zu Tagungen und Aktivitäten der ISL eingeladen und beim Aufbau von weiteren Selbstbestimmt Leben Initiativen unterstützt werden sollen. Auf diese Weise soll nicht nur das Netz von Selbstbestimmt Leben Initiativen ausgebaut werden, sondern auch eine breitere Basisbeteiligung und Unterstützung von engagierten Einzelpersonen und Initiativen gewährleistet werden.

Diejenigen Einzelpersonen, in deren Stadt es bisher keine Selbstbestimmt Leben Initiative gibt oder Initiativen von Behinderten, die sich der Förderung eines selbstbestimmten Lebens Behinderter verbunden fühlen und die Interesse daran haben, in diesem Netzwerk mitzumachen, können sich mit Ottmar Miles-Paul im ISL-Büro Kassel, Tel. 0561/713387 in Verbindung setzen.

Peer Counseling Reader in Neuauflage erschienen

In 2. und erweiterter Auflage ist im Mai 1994 die Übersetzung des Peer Counseling Training Programms des Centers for Independent Living in San Francisco erschienen. Der Reader, dem ergänzende Beiträge zum Thema Peer Counseling beigeführt wurden, kann für 10 DM + 3 DM Versand beim ISL-Büro Kassel, Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel, Tel. 0561/713387 bestellt werden.

Durch Sozialsteuer die Selbstbestimmt Leben Bewegung stärken

Zwar nicht zeitgleich, doch ungefähr zur selben Zeit feiern im Herbst diesen Jahres zwei Initiativen aus dem Behindertenbereich Geburtstag, die die "kleinen" Unterschiede in der Behindertenarbeit und -politik symbolisieren und die für uns einen Anlaß zum Nachdenken bieten. Während der von uns selbst gegründete Förderfonds "Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter" im Herbst eher still und bedächtig seinen 1. Geburtstag begeht und noch etwas verdutzt in dieser Welt steht, von der er noch nicht weiß, was sie ihm bringen wird, feiert die wie viele zurecht sagen, gegen uns betriebene Aktion Sorgenkind ihren 30. Geburtstag mit Pomp und Gloria und zelebriert, daß die Welt ihr schon Milliarden gegeben hat. Im Gegensatz zum Sozialsteuerverein, indem viele von uns behinderten Menschen selbst einen finanziellen Beitrag dazu leisten, daß die Selbstbestimmt Leben Initiativen in der BRD ausgebaut und gefördert werden können, um eine würdige und zukunftsweisende Politik und Unterstützung für Behinderte vorantreiben zu können, die von den Betroffenen so weit wie möglich selbst betrieben wird, betreibt die Aktion Sorgenkind eine auf - wie der Name schon sagt - Mitleid und Entmündigung basierende Kampagne, die eine breite Medienunterstützung genießt und hauptsächlich von Nichtbehinderten und deren Normen dominiert wird und immer noch die Aussonderung Behinderter fördert.

Dies ist ein Unterschied wie Tag und Nacht, der nicht nur zum Nachdenken, sondern auch zum Handeln anregen sollte, so daß diese so unterschiedlichen Geburtstage Anlaß und Antrieb für uns alle sein sollte, selbst Förderer des Förderfonds Sozialsteuer zu werden und andere behinderte und nichtbehinderte Menschen als einmalige oder regelmässige Förderer zu gewinnen und davon zu überzeugen, daß sie ihr Geld bei uns durch die Förderung der Zentren für selbstbestimmtes Leben Behinderter für eine menschengerechtere und auf Veränderung dringende Zukunft investieren können. Nähere Informationen erteilt der Förderfonds "Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter", Karola Zöllner, Luitpoldstr. 74c, 91052 Erlangen, Tel. 09131/204898. Ktonr. 8814101 bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ: 700 205 00.

--- hier bitte abtrennen ----------------------------------

An Sozialsteuer zum selbstbestimmten
Leben Behinderter e.V.
Luitpoldstr. 74c
91052 Erlangen

O Ich möchte Förderer des Selbstbestimmt Leben Fonds werden und bitte um die Zusendung der Beitrittsformulare

O Ich interessiere mich für den Förderfonds Sozialsteuer und bitte um die Zusendung weiterer Informationen

O Ich möchte für den Förderfonds werben und bitte um die Zusendung von ______ Exemplaren des Werbefaltblattes

Name ________________________________ Anschrift ________________________

____ Tel. ________________________

--- hier bitte abtrennen ----------------------------------

"Ich zahle Sozialsteuer, weil ich möchte, daß immer mehr behinderte Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können." Birgit Nabben, Pullheim

Neues aus den Zentren

Die Bewegung kommt in die Jahre

Am 23. September feiert die Aktion Autonom Leben ihren 10jährigen Geburtstag. Von uns bereits jetzt einen herzlichen Glückwunsch an die alten Häsinnen und Hasen aus Hamburg im Voraus. Nähere Informationen über die geplante Feier erteilt die Aktion Autonom Leben Tel. 040/392555.

Bibliographie zum Thema behinderte Frauen

Das beim Kasseler fab e.V. angesiedelte Hessische Koordinationsbüro für behinderte Frauen hat eine erste umfassende Bibliographie mit dem Titel "Literatur von - für - über Frauen mit Behinderung" herausgebracht. In dem über 450 Titel umfassenden Werk wurden u.a. Zeitungsartikel, Broschüren, Diplomarbeiten und Bücher zu diesem Thema aufgelistet. Diese Bibliographie gibt´s für 3 DM(Briefmarken) beim Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Birgit Schopmans, Werner-Hilpert-Str. 8 34117 Kassel, Tel 0561 / 713387.

Bei Frauenstreiktagdemo dabei

Auf Drängen von behinderten Frauen ist es diesen gelungen mit Marita Boss-Waidosch eine Rednerin für die zum Frauenstreiktag am 5. März in Bonn durchgeführte Großdemonstration zu stellen. Möge dieses Beispiel keine Eintagsfliege sein, sondern zum Standard werden.

Kölner Modellprojekt eingeweiht

Im März wurde mit ca. 50 Gästen aus Politik, Verwaltung und Behindertenorganisationen der auf 2 Jahre festgelegte Modellversuch des Kölner Zentrums für selbstbestimmtes Leben Behinderter mit dem Titel "Peer Support für behinderte Frauen" eingeweiht.

Mehr Einfluß auf örtlicher Ebene

Die Zentren für selbstbestimmtes Leben engagieren sich zusehens für die Einrichtung von kommunalen Behindertenbeauftragten und -beiräten. So wurde Marita Boss-Waidosch vom Vorstand des Mainzer Zentrums zur Behindertenbeauftragten der Stadt Mainz berufen und in Kassel formierte sich am 30. August auf Drängen des fab e.V. ein von Behinderten selbst kontrollierter Behindertenbeirat.

Neue ISL Mitgliedsorganisationen

Das Ganzheitliche Bildungs- und Beratungszentrum für behinderte Frauen - BiBeZ - in Heidelberg, das ein breites Fortbildungs- und Beratungsangebot für behinderte Frauen bereit stellt, wurde als neues Mitglied in der ISL aufgenommen. Ebenso wurde das hauptsächlich vom langjährig in Köln aktiven Lothar Sandfort initiierte Institut für systemische Beratung Behinderter in Trebel im Wendland als neues Mitglied aufgenommen. Dieses im Aufbau befindliche Institut will vor allem Beratungs- und Therapiemöglichkeiten für Familien mit behinderten Mitgliedern mit Ferienaufenthalten anbieten.

Modellprojekt zur Persönlichen Assistenz in NRW

Dem Kölner Zentrum für selbstbestimmtes Leben ist es in Kooperation mit der Dortmunder Beratungsstelle Mobile gelungen, ein Modellprojekt zum Aufbau und Erprobung von regionalen Unterstützungszentren für alte und behinderte Menschen zur Persönlichen Assistenz in NRW zu initiieren. Der für 3 Jahre geförderte Modellversuch, hat das Ziel, den Aufbau und die Unterstützung von Organisationen voranzutreiben, die behinderte und alte Menschen dabei unterstützen, ihre Persönliche Assistenz eigenverantwortlich umzusetzen. Näheres beim ZsL Köln, Pohlmannstr. 13, 50735 Köln, Tel. 0221 / 71 25 386

ZsL Jena kooperiert mit tschechischer Behindertenorganisation

Das Jenaer Zentrum für selbstbestimmtes Leben hat eine Kooperation mit einer tschischen Behindertenorganisation begonnen, die neben dem Austausch von Erfahrungen auch die Schaffung von Urlaubsmöglichkeiten umfaßt.

Internationales

Treffen deutschsprachiger Behinderteninitiativen

Vom 3.-5. Juni waren ca. 40 VertreterInnen von Behinderteninitiativen und -verbänden aus dem deutschsprachigen Raum nach Notwill in die Schweiz gereist, um am ersten größeren Austausch von deutschsprachigen Behindertenorganisationen teilzunehmen. Das Treffen, das von der schweizer Selbsthilfedachorganisation ASKIO veranstaltet wurde und durch vielfältige Kontakte mit VertreterInnen der ISL in der Vergangenheit geplant wurde, diente vorrangig einem ersten Austausch über die Situation Behinderter in den einzelnen Ländern und dem Stand der Diskussion zu wichtigen Fragen wie der Gleichstellungsgesetzgebung, Persönlichen Assistenz, einem einheitlichen Behindertenausweis und Möglichkeiten der Arbeit für Behinderte. Aufgrund der vielen gemeinsamen Interessen ist bereits für Anfang Juni 1995 ein weiteres Treffen in Notwill geplant, das einen detaillierteren Austausch ermöglichen soll.

Austauschprogramm mit Wales geplant

Für das Frühjahr und den Herbst 1995 ist ein Austauschprogramm mit der Waleser Behindertendachorganisation, dem Wales Council for the Disabled, zum Thema Bildung für Behinderte geplant. Nachdem bereits Ottmar Miles-Paul und Marita Boss-Waidosch in den vergangenen Jahren an der Mitgliederversammlung der Organisation in Wales teilgenommen hatten, besuchte im Mai Howard John, der Geschäftsführer der Organisation, die ISL zu einem Vorgespräch und stellte dabei fest, daß es zwischen den beiden Organisationen viele gemeinsame Interessen gibt. So sind z.B. auch die Waleser momentan damit beschäftigt für Gleichstellungsgesetze zu kämpfen und die Aus- und Fortbildung Behinderter zu fördern. Nähere Informationen über den geplanten Austausch erteilt Gisela Hermes vom bifos, Tel. 0561/713387.

Austausch mit tschechischen Behindertenorganisationen

Auf Einladung der ISL e.V. besuchte eine 8köpfige Delegation von verschiedenen tschechischen Behindertenverbänden vom 15.-17. April Erlangen, um sich über die hiesige Selbstbestimmt Leben Bewegung und die deutsche Behindertenpolitik zu informieren. Der intensive Austausch wurde bereits durch den Besuch von Axel Bauer vom Erlanger Zentrum für selbstbestimmtes Leben in der Tschechischen Republik Ende Juni erwidert, der dort über die Beratung von Behinderten für Behinderte referierte.

Kontakte mit Kanada ausgebaut

Der rechtspolitische Sprecher der ISL - Andreas Jürgens - und Ingolf Österwitz vom Vorstand der BAGH waren vom 23.-25. März nach Toronto eingeladen worden, um dort über die Erfahrungem mit dem deutschen Schwerbehindertengesetz und besonders mit der Ausgleichsabgabe aus der Sicht Behinderter zu referieren. Die Tagung mit über 100 TeilnehmerInnen aus Kanada, den USA und der BRD war eine gute Möglichkeit, um neue internationale Kontakte zu knüpfen und einen Überblick über die verschiedenen Herangehensweisen zur Förderung der Arbeitsmöglichkeiten Behinderter zu gewinnen.

Vom finnischen Parlament eingeladen

Auf Einladung des neugegründeten Centers for Independent Living in Helsinki und des finnischen Parlaments besuchte Andrea Schatz vom Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben BZsL am 5. Mai Helsinki und referierte im Rahmen einer Veranstaltung zur Gleichstellung Behinderter im finnischen Parlament über die deutschen Erfahrungen im Kampf für Gleichstellungsgesetze für Behinderte.

Bifos News

Bifos ist jetzt ein eigenständiger Verein

Die wohl erfreulichste Nachricht aus dem bifos besteht darin, daß es uns mit der Gründung des Vereins Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter - bifos - am 24.06. gelungen ist, das bifos auf eigene Räder zu stellen. Das bisher aus Praktikabilitätsgründen beim Kasseler fab e.V. angesiedelte Bildungsinstitut hat damit einen weiteren Schritt für die langfristige Sicherstellung eines umfassenden Bildungsangebotes von Behinderten für Behinderte vollzogen. All diejenigen Einzelpersonen und Organisationen, die mit dem bifos gemeinsame Veranstaltungen durchführen wollen, können sich gerne mit dem bifos in Verbindung setzen.

Peer Counselor aus Europa tauschten sich aus

Auf Einladung des bifos und der ISL fand vom 1.-3. Juli ein internationales Seminar mit dem Thema: Peer Counseling - ein Schlüssel zum selbstbestimmten Leben Behinderter in Erlangen statt. Nachdem es bereits mehrere internationale Konferenzen zum Thema Selbstbestimmt Leben gegeben hatte, war dies die erste Tagung, die sich gezielt der Beratung Behinderter durch Behinderte - dem Peer Counseling - widmete. Während wir in Deutschland uns auf die Bereitstellung des Peer Counseling hauptsächlich durch die Zentren für selbstbestimmtes Leben konzentriert haben, führen die Niederländer und Belgier dieses meist in landesweiten Seminaren durch. Eine bereits durchgeführte Ausbildung zum Peer Counselor hat in den Niederlanden zudem bereits große Erfolge gezeigt. Rundum wurde von den ca. 30 VertreterInnen aus 8 Ländern Europas die Notwendigkeit einer gezielteren Kooperation in diesem Bereich betont und zu diesem Zweck entsprechend dem deutschen Forum behinderter BeraterInnen ein europäisches Netzwerk von Peer Counselorn gegründet, das den weiteren Austausch fördern soll.

Spende aus Wiesbaden

Eine überraschende Spende vom Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung von 300 DM erhielt das bifos im Frühjahr dieses Jahres. Auch wenn dies nicht alle Finanznöte des bifos löst, ist dies eine nachahmenswerte Aktion.

Schriftenreihe zum selbstbestimmten Leben Behinderter

Im Rahmen einer neuen Schriftenreihe zum selbstbestimmten Leben Behinderter hat das bifos in den letzten Monaten folgende 3 Bände herausgegeben:

* Band 1: **Independ Living Angebote in Europa** 5 DM
* Band 2: **Mit Recht Verschieden Sein** - Dokumentation über 2 Tagungen behinderter Frauen für 7 DM
* Band 3: **Behinderte Frauen in der beruflichen Rehabilitation**: Rechtsgutachten 5,--.

Ausbildung zum Peer Counselor

In der Zeit von ende 1994 bis anfang 1996 führt das bifos in Kooperation mit der ISL in 6 Wochenlehrgängen eine Ausbildung zum Peer Counselor durch. Die pro Ausbildungswoche 200 DM kostende und auf 15 Plätze begrenzte Ausbildung ist für behinderte Menschen konzipiert, die andere behinderte Menschen für die Führung eines selbstbestimmteren Lebens bereits beraten oder beraten wollen.

Noch Plätze frei

Für folgende Tagungen des bifos sind noch Plätze frei: "Barrierefreies Bauen" am 5/6. November in Frankfut 100 DM TeilnehmerInnenbeitrag - "Sexuelle Ausbeutung" behinderter Mädchen und Frauen vom 12.-14.12 in Neuanspach/Taunus 200 DM TeilnehmerInnenbeitrag.

Nähere Infos gibt's direkt beim bifos:
Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561/713387 - fax: 0561/713132

Selbstbestimmt Leben Initiativen

ISL-Geschäftsstelle
Luitpoldstr. 74 c
91052 Erlangen
Tel. 0 91 31/20 48 98 fax: 0 91 31/20 52 25

Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter
Luitpoldstr. 74c
91052 Erlangen
Tel 0 91 31 / 20 48 98 fax: 0 91 31 / 20 52 25

ISL-Büro Kassel - Pressestelle
Werner-Hilpert-Str. 8
34117 Kassel
Tel. 0561/713387 fax: 0561/71 31 32
E-Mail: ISLKS@ASCO.ks.open.de

Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter - bifos
Werner-Hilpert-Str. 8
34117 Kassel
Tel. 05 61 / 713 387 fax: 05 61 / 71 31 32

Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.
E. Schneller-Str. 10
07747 Jena
Tel. 03641 / 3 313 75

Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.
Marienburger Str. 32a
10405 Berlin
Tel. 030 / 44 28 031 fax: 030/44 28 031

Aktion Autonom Leben e.V.
Eulenstr. 74
22763 Hamburg
Tel. 040 / 39 25 55 fax: 040 / 39 07 078

Selbstbestimmt Leben e.V.
Ostertorsteinweg 98
28203 Bremen
Tel. 04 21 / 70 44 09

Institut für systemische Beratung Behinderter e.V.
Nemitzer Straße 16
29494 Trebel
Tel. 0 58 41/ 7 04 99 fax: 0 58 48 / 13 71

Selbstbestimmter Ambulanter Dienst
c/o Hans-Joachim Harig
Davenstedter Markt 29
30455 Hannover
Tel. u. fax: 05 11 / 49 96 42

Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter - fab e. V.
Kurt-Schumacher-Str. 2
34117 Kassel
Tel. 0561/779755 fax:0561/71 31 32

Verein zur Assistenz Behinderter Pulheim
c/o Birgit Nabben
Kiebitzweg 13
50354 Hürth
Tel. 0 22 33 / 75 4 33

Zentrum für Selbstbestimmtes Leben e.V.
Jakobstr. 22
50678 Köln
Tel. 02 21 / 322 290 fax: 02 21 / 321 469

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Mainz
c/o Matthias Rösch
Karl-Zörgibel Str. 18a
55128 Mainz-Pretzenheim
Tel. 0 61 31 / 36 52 43

Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum für behinderte Frauen - BIBeZ
Maaßstr. 37
69123 Heidelberg
Tel. 06221/830346

Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben Hohenlohe c/o Ingeborg Wiemer
Südstraße 16
74238 Krautheim
Tel. 0 62 94 / 336

Verbund behinderter ArbeitgeberInnen VbA e.V.
Klenzestr. 57c
80469 München
Tel. 089 / 202 1432

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Nürnberg
c/o Gaby Eder
Dennerstraße 6
90429 Nürnberg
Tel. 09 11 / 264 874

Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.
Luitpoldstr. 42
91052 Erlangen
Tel. 0 91 31 / 205 313 Fax: 0 91 31 / 204 572

Phönix Vorsicht Behinderung! e. V.
Glockengasse 14
93047 Regensburg
Tel. 09 41 / 56 09 38 fax: 09 41 / 561 422

Impressum:

Herausgeber: Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter u. Interessenvertretung "Selbstbestimmt Leben" Deutschland - ISL e.V.
V.i.S.d.P.: Ottmar Miles-Paul
Vertrieb: ISL-Büro Kassel, Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel, Tel. 0561 / 77 97 55
Druck: AStA der GhK mit der Unterstützung durch das Autonome Behindertenreferat im AStA

Für Blinde und Sehbehinderte ist dieses Info auch auf Diskette erhältlich